

# hlz



C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg  
September-Oktober 9-10/2014

CONTAINER TERMINAL ALTENWE

**Wir lassen uns  
nicht verladen**

**Stoppt  
Freihandelsabkommen**





In seinen Pressekonferenzen zum Schuljahresanfang kommt Senator Rabe wieder mit Rekordzahlen, aber die Probleme, die wir vor Ort haben, werden nicht erwähnt. Dass nun bereits 74,5 Prozent der Grundschüler\_innen ein Ganztagsangebot anwählen und sich damit innerhalb von drei Jahren die Zahl der Grundschulen mit dem entsprechenden Angebot vervierfacht hat, sagt nichts über die Qualität aus. Das weiß auch Senator Rabe und kündigt zum wiederholten Male an, dass „es jetzt um eine kontinuierliche Verbesserung der Qualität“ gehen solle. Darauf warten wir schon lange!

Im Bereich der Inklusion überzieht die BSB die Schulen und ReBBZ (Regionale Bildungs- und Beratungszentren) mit einem zeitaufwändigen Diagnostik- und Kontrollverfahren. Zum einen sollen alle bereits diagnostizierten Förderbedarfe der 4. Klassen noch einmal überprüft werden, obwohl das von Senator Rabe in Auftrag gegebene Gutachten der Professoren Schuck und Rauer deutlich macht, dass der Anstieg von Schülerinnen und Schülern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung (LSE) nicht aufgrund falscher Diagnosen zustande kommt, wie der Senator suggeriert. Zum anderen führt er ein veraltetes, sehr zeitaufwändiges Diagnostikverfahren ein, dass die Schüler\_innen weiter stigmatisiert und nicht zu ihrer

Förderung (Förderdiagnostik) beiträgt. So verzögert sich die Zuweisung der schon längst benötigten Mittel und es beginnt – noch schlimmer – ein reines Umschichten nach dem Motto: Alles schlecht ist gerecht. Statt noch einmal zeit- und personalaufwändig mit einem veralteten Diagnostikverfahren die Förderbedarfe zu überprüfen, sollte Senator Rabe die dringend benötigten Mittel in die Hand nehmen und die nach unserer Rechnung fehlenden 550 Stellen schaffen, damit Inklusion in Hamburg gelingt!

Zu den 500 neu eingestellten Lehrerinnen und Lehrern sind weitere 266 Referendarinnen und Referendare an die Hamburger Schulen gekommen. Insbesondere die Referendarinnen und Referendare stehen seit Februar 2013 unter erhöhtem Druck. Sie werden vom ersten bis zum letzten Tag ihrer Ausbildung mit durchschnittlich 10 Wochenstunden

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt,  
Regina Tretow**

## Alles schlecht ist nicht gerecht

im Unterricht bedarfsdeckend eingesetzt, ohne nunmehr eine jeweils dreimonatige Einführungs- und Prüfungsphase zu haben. Eine im Frühjahr unter den Referendar\_innen durchgeführte Gefährdungsbeurteilung hat deutlich gemacht, dass sich die Ausbildungssituation noch stärker belastend auswirkt. Durch die ca. 1000 Referendar\_innen, die Ham-

burg momentan ausbildet, kann die BSB ca. 200 Lehrerstellen einsparen. Auch dabei will der Senat wieder sparen und ignoriert, dass die hohen Anforderungen in der Schule an das pädagogische Personal auch eine gute Ausbildung nötig machen.

Unterstützt die neuen Kolleginnen und Kollegen und werbt sie für die GEW!

Angesichts der Beratungen über den Hamburger Haushalt 2015/16, die aktuell in der Bürgerschaft geführt werden, betonen wir, dass die Mittel aus dem Bildungspaket („BAföG-Millionen“) auch tatsächlich in den Hochschulen ankommen müssen. Stattdessen soll im Wissenschaftsbereich sogar gespart werden. Nach den Senatsplanungen bekommt das Wissenschaftsressort 2015 gegenüber 2014 rund 31 Millionen Euro weniger Mittel.

Die Hoffnungen der Hochschulen bestand darin, dass die frei werdenden BAföG-Mittel ihnen Spielraum verschaffen und im Wissenschaftsetat bleiben würden. Stattdessen wird nun gekürzt. Jahrelang hat Senatorin Stapelfeldt zusätzliche Bundesmittel für die Hochschulen gefordert. Jetzt ist Geld da und wird von der Wissenschaftsbehörde gleich in die Kasse des Finanzsenators

abgeliefert. Hamburg hat im ersten Halbjahr 2014 einen Überschuss von mehr als einer halben Milliarde Euro erzielt, wohl der größte Überschuss in der Geschichte der Stadt. Diese Mittel könnte die Stadt nutzen, KiTas, Schulen und Hochschulen besser zu fördern.

Wir hoffen, ihr seid gut ins neue Schuljahr herein gekommen.



## GEW

**AZM**  
Für Vorschulen obsolet \_\_\_\_\_ 13

**Kita**  
Mehr als satt und sauber \_\_\_\_\_ 14

### Es wächst zusammen... Seite 9

An der Heinrich-Hertz-Schule lernen G8- und G9-Schüler\_innen bereits in der Studienstufe gemeinsam. Ein Interview.

### Kita Seite 14

Schlechte Bezahlung sowieso, aber seit es die ganztägige Betreuung (GBS) an den Schulen gibt, türmen sich die Probleme. Höchste Zeit aufzusteigen.

### Fatales Zeichen Seite 17

Türkisch für Lehramtsstudierende soll es an der Hamburger Uni nicht mehr geben. Ein Interview

### 1. Weltkrieg Seite 51

Wie Kinder instrumentalisiert wurden – eine Ausstellung von Kolleg\_innen, die ihren Schüler\_innen den Wahnsinn des Krieges ein Stück näher bringt.



Foto: hlz

## Magazin

**Türkisch**  
Lehramtsstudiengang abgeschafft \_\_\_\_\_ 17

**Union Busting**  
Was ist denn das? \_\_\_\_\_ 38

**Kinderarbeit**  
Schule statt Steinbruch \_\_\_\_\_ 40

**Nicaragua**  
Seit 30 Jahren Partner \_\_\_\_\_ 42

**Städtepartnerschaft**  
Hamburg – Leon \_\_\_\_\_ 44

**Nazibiographien (25)**  
Hermann Sass \_\_\_\_\_ 46

**1. Weltkrieg**  
Ausstellung eröffnet \_\_\_\_\_ 51

**Islamischer Staat**  
Ursachen für Fanatismus \_\_\_\_\_ 54

**Friedenserziehung (1)**  
Replik auf Martin Ostendorf \_\_\_\_\_ 56

**Friedenserziehung (2)**  
Tagung im Schulmuseum \_\_\_\_\_ 58

**Friedensforschung**  
Zivilklauselkongress \_\_\_\_\_ 60



# Schwerpunkt

Widerstand gegen  
Freihandelsabkommen \_\_\_\_\_ 28

# Bildungspolitik

G8/9 (1)  
Initiative gestartet \_\_\_\_\_ 8

G8/9 (2)  
Ein Interview \_\_\_\_\_ 9

Hochschulen  
Trübe Aussichten \_\_\_\_\_ 22

Kompetenz statt Trichter (1)  
Replik auf Alfred Lumpe \_\_\_\_\_ 23

Kompetenz statt Trichter (2)  
Poetry Slam \_\_\_\_\_ 24

Kompetenz statt Trichter (3)  
Satire \_\_\_\_\_ 26

# Rubriken

hlz-Notiz \_\_\_\_\_ 3

Leser\_innenbriefe / Nachrichten \_\_\_\_\_ 6

gb@-Seminare \_\_\_\_\_ 39

Ruheständler\_innen \_\_\_\_\_ 61

Rätsel \_\_\_\_\_ 63

Aus der Zensuranstalt... \_\_\_\_\_ 64

Impressum \_\_\_\_\_ 64

GEW-Termine \_\_\_\_\_ 65



**Hoffentlich bleiben  
die Seiten leer** **Seite 28**

Damit dies bei allen in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen passiert, muss aktiver Widerstand geleistet werden.

**Kämpfer für das Kalifat** **Seite 54**

Dass junge Deutsche sich einer Terrormiliz anschließen, hat auch etwas mit uns zu tun.

**Härtetest** **Seite 56**

Das Thema Unvermeidbarkeit von Kriegen ist angesichts der Auseinandersetzungen in Nahost tagesaktuell. Grund für uns, einmal mehr unsere friedenspolitischen Positionen in den Vordergrund zu stellen.

**Slam** **Seite 24**

Kompetenz muss vorhanden sein. Dazu muss man wissen, wie es geht. Ein ganz anderer Beitrag zur Kontroverse.



## Stadtteilgymnasien

hlz 7-8/2014, S. 11

Ich stimme dem Einspruch von Bernwart Klamt zu. Die GEW tritt für ein integratives Schulsystem ein. Dem widerspricht eine Positionierung gegen die G9-Initiative, die mit einem vermeintlichen Schutz der Stadtteilschulen im Rahmen des 2-Säulen-Systems argumentiert. Gleichwohl ist das von der Initiative beabsichtigte Wahlangebot zwischen G8 und G9 abzulehnen, weil es an Schulen kaum umsetzbar ist. Zum Nachdenken: Die GEW kann die Stadtteilschulen weiter unterstützen, wenn sie dafür eintritt, dass Stadtteilschulen in Stadtteilgymnasien umbenannt werden. An Stadtteilschulen kann das Abitur erworben werden. Warum sollte das nicht auch im Namen deutlich werden?

ANDREAS WOLF

## trennschärfer

hlz 7-8/2014, S. 36ff

Das Interview habe ich mit großem Interesse gelesen – mir hat allerdings (zur Antwort auf S.39) die Nachfrage gefehlt, warum – nachdem „Inhalte“ und „Kompetenzen“ (mittlere Spalte, o.) schematisch gegeneinander gestellt und Inhalte ‚freigegeben‘ worden sind – dann in der Studienstufe zum Zentralabitur plötzlich Texte verbindlich vorgeschrieben werden. Es wäre auch, was m.E. in dem Interview nicht geklärt wird, der Unterschied – wenn er denn nicht nur in der modernisierten Formulierung liegen soll – zwischen „Kompetenzen“ und den alten „Lernzielen“ trennschärfer herauszuarbeiten gewesen.

Dass viele der, auch darin kein bedeutsamer Unterschied zu den herkömmlichen Lehrplänen, allgemein skizzierten „Vorgaben“ der Bildungspläne eher wolkig gehalten sind, was dann zu höchst unterschiedlichen Deutungen in Fachkonferenzen und Koordinationen führt, wird nicht als relevantes Problem der Unterrichtspraxis benannt und in seinen unerfreulichen, Schüler\_innen belastenden Faktoren erkannt: am Ende der 10. Klassen können weiterhin, unter dem Vorzeichen abgearbeiteter Kompetenzen, extrem unterschiedliche Fähigkeiten und Wissensbestände verbucht werden, etwa im Fach Deutsch. In diesem Fach kann es dann auch zu erheblichen Kollisionen zwischen typischen Unterrichtsstoffen der Klassen 10 (Gym) bzw. 11 (Stadtteilschule) und „plötzlich“ für die Studienstufe verpflichtenden Texten kommen, wie etwa im Abitur 2013 und 2014 mit Goethes „Werther“.

Mit kollegialem Gruß  
KLAUS WEBER

## TTIP

hlz 3-4/2014, S. 36ff

Wieso glauben eigentlich Gewerkschafter immer, dass sie berechtigt sind, sich in alles einzumischen und dabei sogar Unwahrheiten und sogar Lügen verbreiten dürfen? Nach meinem Kenntnisstand steht auch in den meisten Satzungen von Gewerkschaften, sie seien „überpolitisch“ organisiert. Inzwischen kann man wirklich die Meinung vertreten, dass die Gewerkschaften in Deutschland sich anmaßen, über der Politik zu stehen.

Will ich eine Antwort auf diese Email? Nein, denn Sie sollten sich eher um die Erziehung meiner Tochter bemühen – Stichwort G8.

Fazit: Schuster, bleib bei deinem Leisten.

Gruß  
HORST CHRIST

### **Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

am 18.11.14 tagt das nächste Mal der Hamburger Gewerkschaftstag, das höchste Gremium der GEW HH (17-21 Uhr im Curiohaus).

Vertrauensleute und gewählte Delegierte sind stimmberechtigt, der Gewerkschaftstag ist für alle Mitglieder öffentlich – herzliche Einladung!

Anträge stellen dürfen alle GEW Mitglieder.

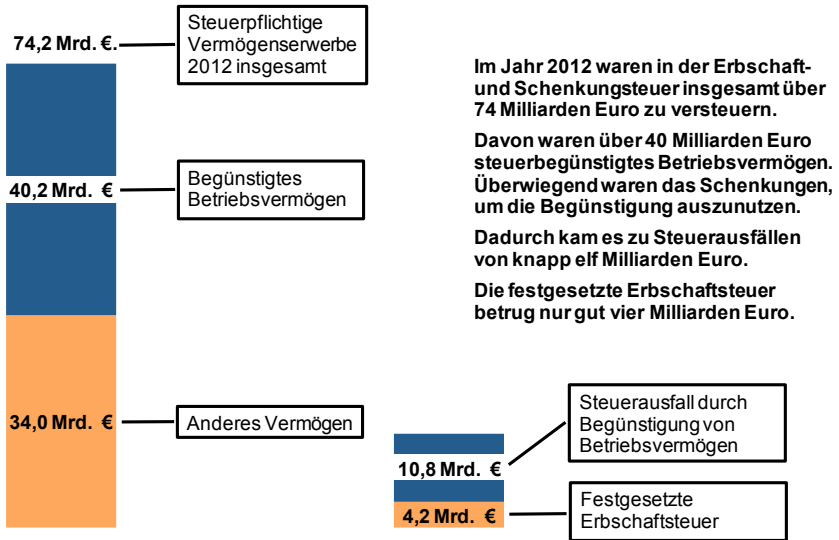
Die Einreichungsfristen sind:

- Satzungsändernde Anträge: 7.10.14

- Andere Anträge: 21.10.14

Also: Bestimmt die Politik der GEW mit, wählt Vertrauensleute und Delegierte, kommt zum Gewerkschaftstag...

Es grüßt euch euer Geschäftsführer  
DIRK MESCHER



Im Jahr 2012 waren in der Erbschaft- und Schenkungsteuer insgesamt über 74 Milliarden Euro zu versteuern.

Davon waren über 40 Milliarden Euro steuerbegünstigtes Betriebsvermögen. Überwiegend waren das Schenkungen, um die Begünstigung auszunutzen.

Dadurch kam es zu Steuerausfällen von knapp elf Milliarden Euro.

Die festgesetzte Erbschaftsteuer betrug nur gut vier Milliarden Euro.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014, Sonderauswertung der Erbschaftsteuerstatistik

„Geld ist genug da, das haben nur die anderen.“ Uli Thöne, GEW-Bundesvorsitzender von 2005 bis 2013

## blind

Die Zahl der Referendar\_innen von derzeit 1085 soll von 2015 an auf 855 abgesenkt werden. Dies steht im Widerspruch zu dem zu erwartenden massiven Lehrer\_innenmangel. Nach Prognosen der OECD können nur 60 von 100 der in den Ruhestand tretenden Pädagog\_innen durch Nachwuchskräfte ersetzt werden. Diese Prognosen werden von Klaus Klemm bestätigt, der im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung Berechnungen vorgenommen hat: Demnach fehlen bis 2020 allein in den fünf norddeutschen Bundesländern jährlich bis zu 3.200 benötigte Nachwuchslehrkräfte.

## frisch

In Hamburg lebten laut Statistischem Landesamt Ende 2013 rund 550.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Fast die Hälfte der unter 18-jährigen Hamburger\_innen ist der Grup-

pe zuzurechnen, bei den über 65-Jährigen ist es nur gut jede\_r sechste.

## spannend

Trotz massivem Einsatz des SPD-Senats für G8 - Hamburg hat genug vom Turbo-Abi: 84 Prozent der Hamburger wollen eine Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren („G9-Jetzt-HH“) - das zeigt eine Umfrage von „infratest dimap“ für den NDR, für die 1012 Norddeutsche befragt wurden, berichtet die Bild-Zeitung am 22.9.

## fragwürdig

Die Zahl der gemeldeten Straftaten an Hamburgs Schulen ist im vergangenen Schuljahr massiv gestiegen. Laut einer Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion wurden im vergangenen Schuljahr 1908 Gewalttaten gemeldet - 805 mehr als im Schuljahr zuvor. Dazu der

Kriminologe Christian Pfeifer: „Ich vermute, dass es in Hamburg im letzten Jahr vereinfachte Wege gab, Straftaten zu melden oder die Behörde die Schulen zusätzlich dazu motiviert hat. Es gibt keine plausible Erklärung dafür, dass ausgerechnet in Hamburg die Schüler plötzlich rabiat wurden.“

## enttäuschend

Laut Schulabgängerbefragungen haben 2012 nur 25,2 % und 2013 nur 38,7 % der Schulabgänger\_innen einen betrieblichen, außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz gefunden. Bei der „guten“ Zahl von 38,7 % handelt es sich um einen Sondereffekt, weil es ab dem Jahr keine Schulabgänger\_innen mehr aus Klasse 9 gab. Die Befragung 2014, deren Zahlen eigentlich vorliegen müssten, werden aller Wahrscheinlichkeit nach wieder Zahlen wie 2012 erbringen.



G 8/9

## Verschiedene Lesarten

So manches bleibt in der Debatte um G8/9 im Dunkeln, so lange nur interessenbezogen argumentiert wird

Zwischen Skylla und Charybdis, so hatte ich meinen Beitrag zum Gewerkschaftstag, in dessen Zentrum die Debatte um G8/9 stand, in der letzten Ausgabe dieser Zeitung betitelt. Mit anderen Worten: Gleich welche Entscheidung man trifft, ob man sich beteiligt oder nicht, man unterstützt damit nicht das Ziel nach Chancengleichheit.

Aktuell, während der Erstellung dieser Ausgabe, sammelt die ‚G9-Jetzt‘-Initiative nun Unterschriften für eine Rückkehr zu 13 Jahren bis zum Abitur. Und wenn man sich das Unterstützerumfeld ansieht und dieses auch noch aus den Tagen kennt, in denen dieselben Personen ein längeres gemeinsames Lernen – in Form einer lediglich auf sechs Jahre angelegten Primarschule – verhindert haben, dann scheint der Rückschluss naheliegend, dass es auch in diesem Fall um die Durchsetzung partikularer Interessen einer Gruppe von ohnehin schon Privilegierten geht. Insofern kann ich es verstehen, wenn gerade auch Gewerkschafter\_innen sich gegen die Initiative stellen (so ja auch unser Beschluss auf dem Gewerkschaftstag). Hinzu kommt, dass, wenn man bereits die Stadtteilschule als Errungenschaft für mehr Bildungsgerechtigkeit erachtet, eine Rückkehr zu G9

den Stadtteilschulen jenen Wettbewerbsvorteil nähme, von dem man annimmt, dass dieser das Motiv von Eltern ist, ihre Kinder statt aufs Gymnasium auf eine Stadtteilschule zu schicken.

Aber ist dem so? Wenn man einmal von den wenigen Eltern absieht, die tatsächlich aus Überzeugung ihre Kinder – trotz Gymnasialempfehlung – auf eine Stadtteilschule geben, so ist diese eindeutig die Bildungseinrichtung, die nahezu ausschließlich Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten beschult. Ausnahme bilden, mit deutlich abnehmender Tendenz, seitdem es aus verständlichen Gründen die Sprengelverfügung gibt (alleiniges Kriterium, ob ein Kind aufgenommen wird, ist die Entfernung zwischen Wohnort und Schule), einige wenige Stadtteilschulen, die i.d.R. als Langform mit hohem reformpädagogischen Anspruch arbeiten.

Insofern ist das Argument, man sei gegen die Wiedereinführung des G9, weil man ja andernfalls den Stadtteilschulen den Garau machen würde, aus dem Munde von ehemaligen Wwl-Anhänger\_innen unglaublich bis verlogen. Auch der für Bildung zuständige Redakteur der Hamburger Ausgabe der *Zeit* behauptet dies zum Auftakt des Volksbegehrens, wohlwissend,

dass er für eine Klientel schreibt, die vor nichts mehr Angst hat, als dass ihre Kinder mit Kindern aus bildungsfernen Schichten zusammenkommen könnten.

Um es an dieser Stelle noch einmal deutlich zu sagen: Die GEW lehnt nach wie vor das Zwei-Säulen-Modell ab, weil dieser vermeintliche ‚Spatz in der Hand‘ eine Konstruktion ist, die dazu führt, die Gesellschaft dauerhaft in Bildungsgewinner- und –verlierer\_innen zu spalten.

Gleich welches Ergebnis die Volksinitiative zeitigen wird: die Richtschnur unseres Handelns bleibt der aus dem Grundgesetz in Artikel 3 postulierte Gleichheitsanspruch, aus dem sich direkt das Gebot nach Chancengleichheit ableitet. Dieses aber kann mit dem Zwei-Säulen-Modell niemals eingelöst werden.

Nicht ohne Hintergedanken haben wir mit Vertreter\_innen der Heinrich-Hertz-Schule ein Interview geführt. Diese Schule stellt insofern eine Besonderheit in der Hamburger Schullandschaft dar, weil sie beide Säulen unter einem Dach beherbergt. Kooperative Gesamtschule nannte sie sich vormalig, das Attribut kooperativ kennzeichnet sie auch heute noch. In besonderem Maße vor allem in der Studienstufe. Dort nämlich lernen die Schüler\_innen aus beiden Säulen bereits gemeinsam für das Abitur!

Dass dies möglich ist, offenbart die Irrationalität des übrigen Systems. Wollte man einem vernunftbegabten außerirdischen Wesen unser Zwei-Säulen-System erklären, wäre es naheliegend, dass dieses fragt, warum denn dieses gemeinsame Lernen in der Mittelstufe nicht möglich sei?



Um also keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Heinrich-Hertz-Schule ist vielleicht einen Schritt weiter als andere Stadtteilschulen, aber auch sie trennt die Schüler\_innen – in diesem Fall nach der sechsten Jahrgangsstufe. Dagegen gibt es vergleichbare Schulen in Langzeit (also ab Jahrgangsstufe eins), die ohne äußere Differenzierung arbeiten, allerdings dann

mit einer Klientel, die stark geprägt ist von einem Aderlass an die Gymnasien nach Jahrgangsstufe vier. Wir werden in der nächsten Ausgabe dieses Modell näher vorstellen.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass der gegenwärtige Streit letztendlich auf dem Rücken aller Kinder ausgetragen wird. Gäbe es die ‚Eine Schule für Alle‘, spräche nichts für die

Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Jahren. Außer man glaubte jenen Apologeten des Neoliberalismus, die einst die Botschaft unter das Volk brachten, Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit stände auf dem Spiel, wenn ‚wir‘ nicht wie alle anderen unsere Kinder schon nach 12 Jahren ins nächste Rennen schicken würden.

JOACHIM GEFFERS

## Es wächst zusammen, was zusammen gehört

In der Studienstufe der Heinrich-Hertz-Schule ist die Trennung zwischen Stadtteilschule und Gymnasium aufgehoben. Ein Interview mit Urte Hermann, Lehrerin für Deutsch und Englisch, Matthias Muth, Lehrer für Englisch und PGW und dem Schulleiter Gerd Augustin. Beide Lehrkräfte arbeiten in der Mittel- wie auch in der Oberstufe sowohl im gymnasialen als auch im Stadtteilzweig der Heinrich-Hertz-Schule

**hlz:** *Die Heinrich-Hertz-Schule ist ja so etwas wie ein Unikat in der hamburgischen Bildungslandschaft. Früher nannte sie sich kooperative Gesamtschule, aber ich denke, dieses Attribut kooperativ spielt noch heute eine große Rolle, weil zwei Säulen unter einem Dach stehen. Bevor wir auf die Oberstufe zu sprechen kommen: gibt es bereits in der Mittelstufe eine Art Kooperation?*

**Matthias Muth:** Bei den fachlichen Jahrgangskoordinationen, sprechen wir zweigübergreifend verbindliche Inhalte und Themen ab, und zwar unabhängig von den Abschlüssen der jeweiligen Lerngruppen (z.B. MSA oder schriftliche Überprüfungen G10). So schaffen wir da zumindest, z.B. über koordinierte Klassenarbeiten, eine Durchlässigkeit und können auch gucken, wo sich die Schüler\_innen aus dem jeweils anderen Zweig befinden.

**Gerd Augustin:** Wir haben für alle Gymnasialklassen und Stadtteilschulklassen ein Teamsystem eingeführt, das parallel läuft. Deren Lehrer\_innen arbeiten in einem Team mit einem eigenen Teamraum und festen Teambesprechungen und einem Teambüro, in dem die Kolleg\_innen auch arbeiten. Und wir setzen die Lehrer\_innen, die in den Stadtteilschulklassen Klassenlehrer\_innen sind, auch in den parallelen Gymnasialklassen ein und umgekehrt. Daraus erwächst eine gemeinsame Verantwortung für parallele Klassen in beiden Säulen. Das ist auch deswegen besonders wichtig, weil in den Stadtteilschulklassen in allen Fächern erweiterte Lernziele erreicht werden sollen, die ja die Voraussetzung für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe bilden.

**hlz:** *Wenn aber zum Teil thematisch das Gleiche gemacht wird – inwieweit gibt es dann*



Fotos: hlz

**„Ich sehe, dass Kinder, die es im Gymnasialzweig vielleicht nicht so gut schaffen, den Stadtteilschulzweig als Chance sehen, weil man ein Jahr länger Zeit hat und man folglich nicht so schnell lernen muss.“**

**Urte Hermann**

*Überschneidungen im Leistungsbereich der beiden Schülergruppen?*

**Urte Hermann:** Ja, die gibt



**„Aus den fünf Stadtteilschulklassen machen jetzt mittlerweile knapp 50 Prozent das Abitur nach 13 Jahren.“  
Matthias Muth**

es. Ich kann es etwa für Englisch beurteilen. Wenn wir zum Beispiel im Stadtteilbereich eine Schüler\_in sehen, die einen native-speaking – Hintergrund hat, kann die auch am gymnasialen Unterricht teilnehmen. Außerdem sind auch unsere schulin-ternen Curricula zweigübergreifend formuliert, so dass jeweils sowohl grundlegende als auch erweiterte Anforderungen definiert sind.

*hlz: Geht das soweit, dass es generelle Wechsel von Stadtteilschüler\_innen in den gymnasialen Zweig gibt?*

**Gerd Augustin:** Das ist ganz ausgesprochen selten. Das ist auch nicht erforderlich, weil, wie Frau Hermann ja ausgeführt hat, die grundlegenden und die erweiternden Ziele in beiden Zweigen unterrichtet werden. Die grundlegenden Ziele natürlich im Gymnasialzweig nur wenig und im Stadtteilschulbereich mehr, aber die erweiterten Lernziele gleichermaßen in beiden Zweigen. Und wir fördern auch in unseren Stadtteilschulklassen leistungsstarke Schüler\_innen recht gut. Es gibt nämlich auch Eltern von leistungsstarken Schüler\_innen, die ihr Kind lieber in einer Stadtteilschule anmelden, weil sie neun Jahre bis zum Abitur für ihr Kind für besser geeignet halten. Deswegen haben wir in den Stadtteilschulklassen eine größere Heterogenität als in den Gymnasialklassen.

*hlz: Ihre Schule trennt die Schüler\_innen, wie es für die gescheiterte Primarschule vorgesehen war, nach der sechsten Jahrgangsstufe. Wie viele Kinder gehen dann auf den gymnasialen Zweig?*

**Gerd Augustin:** Wir sind siebenzünftig und wir bilden nach der sechsten Klasse in der Regel fünf Stadtteilschulklassen und zwei Gymnasialklassen. Sie müssen aber wissen, dass aus den fünf Stadtteilschulklassen jetzt mittlerweile knapp 50 Prozent das Abitur nach 13 Jahren machen.

*hlz: Wie viele Schüler\_innen haben Sie dann im 11. Schuljahr der Stadtteilschule?*

**Gerd Augustin:** Wir können drei Vorstufenklassen bilden. Wir nehmen auch noch einzelne Schüler\_innen von anderen Schulen auf. Es gibt sogar Schüler\_innen von Gymnasien, die dort in der Mittelstufe nicht so gut zurechtgekommen sind und deren Eltern sagen: „Melden wir unser Kind doch mal lieber in der Stadtteilschule für die Vorstufenklasse an. Dann hat es ein Jahr länger Zeit.“ Das ist eigentlich vom System her nicht so gedacht, aber der Senator hat ja die Möglichkeit geschaffen.

*hlz: Gibt es denn auch bei Ihnen Schüler\_innen, die auf dem Gymnasialzweig sind und nach der 10. Klasse sagen: „Nee, ich gehe jetzt doch mal lieber erst noch in die Vorstufe.“ ?*

**Urte Hermann:** Die gibt es, aber das sind Wenige.

*hlz: Aber haben die nicht das größere Stundenkontingent in der Mittelstufe gehabt?*

**Gerd Augustin:** Nein, für uns ist besonders wichtig zu sagen, dass die Stadtteilschüler\_innen nicht als Halbtagschüler\_innen behandelt werden und die Gymnasial- als Ganztagschü-

ler\_innen. Wir haben in unserer Studentafel – das war mit ein Grund dafür, dass wir relativ früh Ganztagschule geworden sind – für die Stadtteilschüler\_innen genauso viele Stunden vorgesehen wie für die Gymnasiast\_innen. Nur das Lernprogramm unterscheidet sich etwas. Zum Beispiel, dass im Stadtteilzweig gesellschaftliche Aspekte oft integriert unterrichtet werden. Das Fachspezifische in Erdkunde, Geschichte, PGW beispielsweise tritt in den Hintergrund. Eine weitere Unterscheidung ist, dass die Stadtteilschüler\_innen das zweistündige Fach „Arbeit und Beruf“ haben, das es am Gymnasium auch gibt, dort aber nur eine Stunde in der Woche. Dadurch haben die Stadtteilschüler\_innen insgesamt die gleiche Stundenanzahl. Wir haben als Ganztagschule drei lange Tage bis 15.30 Uhr und zwei Tage bis 13.30 Uhr Schulbetrieb in beiden Säulen. Die Schüler\_innen haben quasi die gleichen Tagesabläufe und die gleiche Rhythmisierung und die Möglichkeit, sich mal zwischendurch zu treffen und auch gemeinsam an AGs teilzunehmen. Das ist uns sehr wichtig.

*hlz: Die Leistungsvergleiche zwischen Schüler\_innen der Oberstufen an Stadtteilschulen und Gymnasien haben laut den*



**„Wir setzen die Lehrer, die in den Stadtteilschulklassen Klassenlehrer sind, auch in den parallelen Gymnasialklassen ein und umgekehrt.“ Gerd Augustin**

Untersuchungen von KESS 12 und KESS13 eindeutig ergeben, dass die Lernzuwächse für die Stadtteilschüler\_innen in den drei Jahren der Oberstufe sehr groß sind, größer als die der Schüler\_innen in den gymnasialen Oberstufen. Sie reichen allerdings nicht aus, um den Rückstand zu den gymnasialen Schüler\_innen aufzuholen, m.a.W.: die Stadtteilschüler\_innen machen im Schnitt das schlechtere Abitur. Spiegelt sich das ähnlich auch bei Ihnen wider?

**Matthias Muth:** Ich kenne keine belastbaren Zahlen, was die Auswertungen der schriftlichen Abiturergebnisse anbelangt, aber aus der Unterrichtspraxis könnte ich das – zum Teil zumindest – bestätigen. Ich glaube, es hat viel damit zu tun, dass die Anforderungen, die in der Stadtteilschule auch in Bezug auf die Abschlussprüfungen gestellt werden, einfach von ganz anderer Natur sind als die, die im Abitur verlangt werden. Das kann in einem Jahr Vorstufe nicht aufgeholt werden, auch wenn dort über einen Reifungsprozess und über Veränderung der Arbeitshaltung viel passiert. Aber wenn man – ich überspitze das mal ein bisschen – Jahre lang eher an Multiple-Choice-Aufgaben gearbeitet hat und dann plötzlich philosophische Grundfragen in einem großen Fließtext in einer Fremdsprache kommentieren soll, dann ist das ein Riesensprung.

**hlz:** Wie versuchen Sie die Defizite auszugleichen?

**Matthias Muth:** In Deutsch, Mathe, Englisch diagnostizieren wir: Wo sind die Schüler\_innen? Wo haben sie Schwierigkeiten? Wo brauchen sie Unterstützung? Dann bekommen sie in diesem Fach im ersten Halbjahr der Vorstufe eine gesonderte Förderung. Im zweiten Halbjahr guckt man

verstärkt, auf welches Profil der Schüler für die Studienstufe vorbereitet werden sollte und was die grundsätzlichen Anforderungen der Studienstufe bis zum Abitur sind.

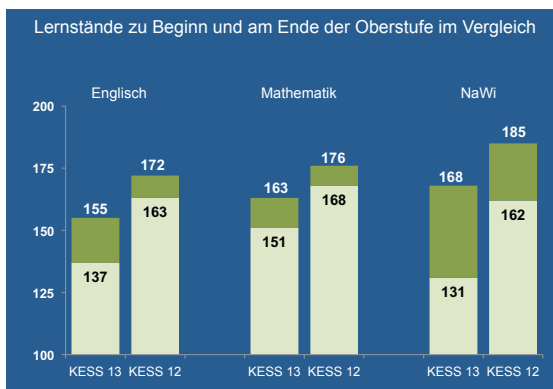
**hlz:** Warum macht man das nicht schon vorher?

**Matthias Muth:** Das tun wir. Wir probieren etwas Ähnliches schon in der Stadtteilschule in

## Wie Schuppen von den Augen

Die Ergebnisse der Untersuchungen von KESS 12 und 13 zeigen für alle drei Kernfächer, dass die Lernzuwächse bei den G9-Schüler\_innen in der Studienstufe deutlich größer sind als bei den Schüler\_innen der Gymnasien (Werte s.u.). Trotzdem reichen diese nicht aus, um die Lernrückstände aufzuholen. Im Abitur liegen die Gymnasiast\_innen immer noch vorn. Mit anderen Worten: Die Zeit, die Defizite aufzuholen, reicht bei manchem/r ehemaligen Stadtteilschüler\_in nicht aus. Das Gespräch mit den Vertreter\_innen der Heinrich-Hertz-Schule bestätigten dies.

Die Lösung liegt auf der Hand: Es muss die Möglichkeit eingeräumt werden, die Oberstufe auch in vier Jahren zu absolvieren. (Übrigens die Zeit, die all jene Schüler\_innen in der Vergangenheit mit einer so genannten Ehrenrunde brauchten.) Da es im Leistungsspektrum bekanntermaßen zwischen den Schüler\_innen der Stadtteilschule und der der Gymnasien große Überschneidungen gibt, sollte den Leistungsschwächeren an den Gymnasien ebenfalls die Möglichkeit des längeren Lernens eingeräumt werden. JG



Die Abiturient\_innen der dreijährigen Oberstufen erzielen in diesem Zeitraum in Englisch einen Lernzuwachs von durchschnittlich 18 Skaleneinheiten (Gymnasiasten 9), liegen am Ende der Oberstufe gleichwohl 17 Skaleneinheiten unter dem mittleren Lernstand der G8-Abiturient\_innen.

In Mathematik beträgt der Lernzuwachs in den dreijährigen Oberstufen 25 Skaleneinheiten (Gymnasiasten 8), der mittlere Leistungsrückstand gegenüber den G8-Abiturient\_innen beläuft sich auf 25 Skaleneinheiten. In den Naturwissenschaften verzeichnen die Abiturient\_innen der dreijährigen Oberstufen einen mittleren Lernzuwachs von 54 Skaleneinheiten (Gymnasiasten 23); hier beträgt der Leistungsrückstand gegenüber den G8-Abiturient\_innen am Ende der Oberstufe 17 Skaleneinheiten.

Jahrgang 10. Wir arbeiten da jetzt im zweiten Jahr mit Modulen, in denen die Schüler\_innen in den Kernfächern auf drei unterschiedlichen Niveaustufen über ein Vierteljahr gefördert werden. Das kann bedeuten, dass ein\_e Schüler\_in mit einer E-Note in Englisch auch mal ein Aufgabenformat aus einer gymnasialen Abschlussprüfung bekommt, die sie sonst in dem Jahr einfach nicht sehen würde.

**Gerd Augustin:** Ich kann bestätigen, dass die Lernzuwächse in der Vorstufenklasse besonders hoch sind. Ich kann auch bestätigen, dass die Leistungen für unsere Stadtteilschüler\_innen im Abitur etwas geringer ausfallen als die Leistungen der Schüler\_innen, die nach acht Jahren Abitur machen. Mir ist auch bekannt, dass etwa am Christianeum oder am Helene-Lange-Gymnasium der Abiturdurchschnitt deutlich höher ist als bei uns. Ich würde das so interpretieren: Die Schüler\_innen, die aus eher bildungsnahen Elternhäusern kommen und denen es leicht fällt, sich in der deutschen Sprache differenziert auszudrücken und sinnentnehmend zu lesen und zu formulieren, diese Schüler\_innen geraten bei uns nach der 6. Klasse sicher leichter in eine Gymnasialklasse als Kinder, die einen deutlich anderen Familienhintergrund haben. Das heißt nicht automatisch, dass sie in Mathematik genauso überdurchschnittlich begabt sind. Aber sie werden vielleicht zu Hause enger betreut, weil die Eltern selbst Akademiker sind und wissen, worauf es in der Schule ankommt. Das erklärt, weshalb wir in den Stadtteilschulklassen eher Migrantenkinder und Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern haben. Wir sind eine Schule mit einer sehr großen Heterogenität in der Schülerschaft. Wir haben bürgerliche Schüler\_innen, wir haben Akademikerkinder, wir haben aber

auch einen ordentlichen Anteil an Migrant\_innen. Der liegt weit unter dem Hamburger Schnitt, bei ungefähr 30 Prozent übrigens. Trotzdem arbeiten wir mit diesen Kindern sehr erfolgreich. Wir haben einen hohen Anteil von Schüler\_innen, die aus Hamburg-Mitte und aus der Flughafengegend kommen, weil wir hier von den öffentlichen Verkehrsmitteln her sehr gut angebunden sind. Die schichtspezifischen Unterschiede sind groß. Umso mehr empfinde ich es als enorme Leistung, dass Kinder sowohl aus bildungsfernen als auch migrantischen Elternhäusern in großer Zahl bei uns - wie auch an anderen Stadtteilschulen - das Abitur schaffen. Und dass die Schnitte dann nicht so doll sind, finde ich in dem Zusammenhang zu diskutieren unverstündlich, böseartig, ignorant.

*hlz: Im Hinblick auf diese Mischung: ethnisch, kulturell, schichtspezifisch - gibt es da entsprechend Animositäten?*

**Matthias Muth:** Ich kann es vom Oberstufenunterricht her gar nicht bestätigen. Vielleicht auch deshalb, weil die Profile anerkannt und beliebt sind. Dort verwischen sich die Grenzen sehr schnell. Hinzu kommt, dass auch Schüler\_innen von anderen Gymnasien hierher wechseln oder von anderen Stadtteilschulen zu uns in die Vorstufe kommen. Das mischt sich sehr schnell.

**Gerd Augustin:** Urte, wie ist es denn bei dir in Jahrgang 9?

**Urte Hermann:** Animositäten auf der Ebene von ethnischen Hintergründen sehe ich nicht. Was ich durchaus beobachte - also das hängt dem Jahrgang 6 natürlich schon an -, dass ein Kind, das dann in eine Gymnasialklasse kommt, stolz darauf ist. Das merkt man schon. Aber ich sehe umgekehrt auch, dass

Kinder, die es dann im Gymnasialzweig vielleicht nicht so gut schaffen, den Stadtteilschulzweig als Chance sehen, weil man halt ein Jahr länger Zeit hat und folglich nicht so schnell lernen muss.

*hlz: Wie viele Schüler\_innen nehmen denn in der Mittelstufe das Angebot wahr, vom gymnasialen Zweig auf den der Stadtteilschule zu wechseln?*

**Matthias Muth:** Ich habe keine Zahlen, aber in diesem Jahr haben mehrere Schüler\_innen aus Gy 10 die Chance genutzt, in die Vorstufe zu wechseln, um sich dort zu stabilisieren.

*hlz: Die Klassenverbände nach Jahrgang sechs fallen auseinander, werden neu gemischt. Wie endgültig ist diese Trennung?*

**Gerd Augustin:** Die enge Teamarbeit unter den Lehrer\_innen, die ich beschrieben habe, ist auch unter den Schüler\_innen zu merken. Die sind meistens in einem Gebäudekomplex oder in einem Flur untergebracht und die Klassenlehrer\_innen verabreden gleiche Regeln für alle. Es gibt auch gemeinschaftliche Aktivitäten, z.B. sportliche oder Ausflüge. Gemeinschaftsaktionen der Jahrgänge also, die dazu beitragen, dass es zwischen den Schüler\_innen des Stadtteilschul- und des gymnasialen Zweiges gar nicht erst zu größeren Abgrenzungen kommen kann. Und wie gesagt: In der Studienstufe ist man ja wieder vereint.

*hlz: Ich höre daraus: es wächst zusammen, was zusammengehört. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen auch weiterhin viel Erfolg!*

Das Interview führte  
JOACHIM GEFFERS

# Hoffnungsvoll

Das unsägliche Arbeitszeitmodell für Vorschullehrkräfte ist weg

Mit dem Rundschreiben unseres Landesschulrates an alle Schulleitungen zum Schuljahresanfang 2014/15 ist es jetzt "amtlich": Das unsägliche Arbeitszeitmodell für Vorschullehrkräfte (VSK), auch Wagner-Modell genannt, ist weg.

Über Jahre haben die Fachgruppe Grundschulen und hier insbesondere der Arbeitskreis Vorschule unterstützt vom GPR in zähen Verhandlungen dafür gekämpft, dass Vorschullehrkräfte nicht schlechter behandelt werden als Lehrkräfte. Der letzte Erfolg war ein Empfehlungsschreiben im Jahre 2009 zur Senkung der Belastungen von Vorschullehrkräften. An diese Empfehlungen fühlten sich aber nicht alle Schulleitungen gebunden.

Ab diesem Schuljahr gilt nun die neue Arbeitszeitregelung für Vorschullehrkräfte.

## Es war einmal . . .

Alle VSK Lehrkräfte arbeiten seit 2004/05 nach dem sogenannten "Wagner-Modell", das die Arbeitszeit der Kolleg\_innen auskömmlich für eine 85%ige Regelstelle berechnete.

Eine Unterrichtsstunde in VSK wurde mit 60 Minuten (inklusive Betreuungszeiten) berechnet und nicht wie in der Lehrerarbeitszeitverordnung vorgeesehen mit 45 Minuten.

Dies hatte zur Folge, dass die VSK Lehrkräfte jeden Schulvormittag (5 Unterrichtsstunden à 60 min) durchgängig von 8 – 13 Uhr ohne

Unterbrechung, ohne eigene Pause, ohne Zweitkraft allein in ihrer Klasse verbringen mussten. Selbst ein Toilettengang wurde schwierig! Kollegiale Kontakte und Gespräche in den Pausen? Nicht möglich. Dadurch fühlten sich die VSK Lehrkräfte in den Kollegien als Randgruppe und isoliert.

Zudem bescherte ihnen die Erweiterung ihrer Unterrichtsstunden durch sogenannte "Betreuungszeiten" Mehrarbeit von ca. einer Stunde täglich.

Damit nicht genug! Bei 85% "Zwangsteilzeit" blieben noch immer rund 1,8 WAZ (inklusive Vertretungsstunde) übrig zur "anderweitigen Verwendung". Nach einem Non-Stop Einsatz von 5 Stunden allein mit ca. 23 vier- bis sechsjährigen Kindern am Vormittag, bedeutete dies noch zusätzlichen Arbeitseinsatz am Nachmittag.

## Was ändert sich?

In Zukunft wird eine VSK Unterrichtsstunde mit 45 Minuten berechnet.

Entsprechend dem Lehrerarbeitszeitmodell werden die VSK

Kolleg\_innen jetzt auch in die Pausenregelung der Lehrkräfte mit einbezogen, was vorher durch den durchgängigen Einsatz nicht möglich war.

In den unteilbaren A-Zeiten werden jetzt anteilig der Arbeitszeit 0,85 WAZ Aufsichtszeiten berücksichtigt und angerechnet wie bei allen anderen Lehrkräften auch.

Unter dem Strich bleiben keine Zeiten mehr übrig, in denen zusätzliche Arbeit zu leisten ist.

Dies begünstigt die Möglichkeit, die Arbeitszeit auf 100% aufzustocken.

Die Optionen, wie Schulleitungen ihren VSK Kräften über den Vorschuleinsatz/Basisvertrag von 85% hinaus auch 100% Verträge ermöglichen können, zeigt das Schreiben des Landesschulrates dezidiert in verschiedenen Einsatzformen und Varianten auf:

- Sprachförderung, Viereinhalb-jährigen Testung oder im Rahmen des Projekts Fly
- Inklusion oder GTS am Nachmittag über PTF-Ressourcen
- GBS über einen gesonderten Vertrag mit dem Träger.

Und sie bewegt sich doch, diese Behörde! Das sind mehr als hoffnungsvolle Zeichen!

Für die Fachgruppe  
Grundschulen / VSK  
REGINA TRETOW  
Zweite stellv. Vorsitzende



Dafür gibt es sogar ein paar Smileys



# Spare in der Not...

Satt und sauber ist nicht genug –  
Erzieher\_innen fordern mehr

Als 2013 die Ergebnisse der bundesweit von der GEW, dem Diakonischen Werk und dem Paritätischen Gesamtverband in Auftrag gegebenen Forschungsbericht\* an Kindertagesstätten der interessierten Fachöffentlichkeit in Hamburg vorgestellt wurden, zeigte sich, nun wissenschaftlich bestätigt, was Erzieherinnen und Erzieher in Hamburg schon lange tagtäglich erleben.

Die Personalausstattung in den Kindertagesstätten ist bundesweit zu gering bemessen,

\* Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung. Bildungsaufgaben, Zeitkontingente und strukturelle Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen – von Susanne Viernickel/ Iris Nentwig-Gesemann/ Katharina Nicolai/ Stefanie Schwarz und Luise Zenker, Alice-Salomon-Hochschule Berlin.

um zusätzlich zur reinen Kinderbetreuungsarbeit auch noch mittelbare pädagogische Aufgaben leisten zu können. Die Reflektion über das einzelne Kind, das Gespräch mit den Eltern, die Absprache im Team und auch Vor- und Nachbereitungszeiten für die pädagogischen Angebote in den Kitas ist mit der von den Behörden zugestandenen Personalausstattung nicht zu leisten.

Viele dieser Aufgaben werden dennoch von den Erzieherinnen und Erziehern durchgeführt, allerdings in ihren Arbeitspausen oder nach der Arbeit in ihrer Freizeit. Das gelebte Verständnis der eigenen Profession erlaubt es den Kolleginnen und Kollegen nicht, ohne Vorbereitung oder

Reflektion der geleisteten Arbeit den nächsten Arbeitstag anzutreten.

Bundesweit sind Bildungspläne/Bildungsempfehlungen verpflichtend in den Kindertagesstätten anzuwenden, aber die dazugehörige Personalausstattung wurde und wird in den geltenden Landesrahmenverträgen nicht mit „eingepreist“. Als 2005 auch in Hamburg solche Bildungspläne für den Elementarbereich eingeführt wurden, hat die GEW-Hamburg schon gemahnt, die damit verbundene Mehrarbeit mit der entsprechenden Personalressource zu versehen und das seit 2003 bestehende Hamburger Kita-Gutscheinsystem dementsprechend zu verbessern. Die ablehnende Haltung der zuständigen Fachbehörde (das meiste der in den Bildungsempfehlungen beschriebenen Tätigkeiten würden doch sowieso schon in den Kitas geleistet) überzeugte schon damals nicht.

Nun – ca. 10 Jahre später –



Fotos: Stefan Gierlich

Von hier oben sehen wir alles



**Auch mit einem Auge sieht man gut**



**Demo – wir sind dabei**

sind Kindertagesstätten nicht mehr nur in der Fachwelt, sondern allgemein in der Öffentlichkeit als Bildungseinrichtungen anerkannt. Berechtigterweise ist auch das Interesse der Eltern an Bildungsvermittlung in den frühen Kindheitsjahren gestiegen. Es werden höhere Ansprüche an die Fachlichkeit der Kita-Beschäftigten gestellt als noch in den '90ern, bzw. als noch Anfang dieses Jahrtausends.

Die 2013 vorgestellte Studie veranlasste die Hamburger Behörde (BASFI) aber nicht zur Nachsteuerung, sondern wider besseres Wissen zum Zweifel daran, ob denn die Ergebnisse auf Hamburg übertragbar wären.

Die sechs Hamburger Wohlfahrtsverbände, die in der AgfW (Arbeitsgemeinschaft freier Wohlfahrtsverbände) verbunden sind, vergaben einen gleichlautenden Forschungsauftrag an Prof. Dr. Susanne Viernickel, Alice-Salomon-Hochschule Berlin, die ausschließlich die Hamburger Kindertageseinrichtungen zu untersuchen hatte.

Dieser Forschungsbericht, im Juni 2014 auch als „Hamburger Schlüsselstudie“ erstmalig vorgestellt, untersuchte die Arbeit nach den Hamburger Bildungsempfehlungen im Kontext struktureller Rahmenbedingungen und zeitlicher Ressourcen in (Hamburger) Kindertageseinrichtungen.

In Fragen der Personalaus-

stattung zeigte sich, dass allein durch krankheits-, urlaubs- und fortbildungsbedingte Ausfallzeiten 18 % des zugewiesenen Personals in den Kitas fehlen. Abwesenheiten durch Teamsitzungen, Konzepttage und Mitarbeiter\_innen oder Betriebsversammlungen sind hierbei noch nicht erfasst. Ebenso fehlen Zeitkontingente für Vor- und Nachbereitungen, Elterngespräche oder Elternabende.

Die Forderung, die sich allein unter der Berücksichtigung nur der Ausfallzeiten ergibt, lautet: 25% mehr Personal für die Kindertagesstätten in Hamburg. Dass dies nur ein erster Schritt zu einer angemessenen Personalausstattung sein würde, ergibt sich aus den oben beschriebenen fehlenden Zeitkontingenten.

Die BASFI sperrt sich in den Verhandlungen über den Landesrahmenvertrag, diese wissenschaftlich festgestellten Notwendigkeiten umzusetzen und die erforderliche Finanzierung zu vereinbaren.

Die Beschäftigten der Hamburger Kindertagesstätten sind nicht mehr bereit, unbezahlte Mehrarbeit zu leisten und gehen am 30.10. auf die Straße, um für eine bessere Personalausstattung in Kitas zu demonstrieren.

Um das Thema auch nach der Demonstration im öffentlichen Bewusstsein zu halten, veranstaltet die GEW Hamburg am Abend des 24. Novembers eine

„Kita-Revue“ im Festsaal des Curio-Hauses, zu der alle Kita-Beschäftigten eingeladen sind. Weitere Aktionen sind geplant, so dass die Forderung nach mindestens 25% mehr Personal in den Kitas auch im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf präsent sein wird.

JENS KASTNER  
Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe



**Klar, Spongi ist unser Verbündeter**

**WIR WOLLEN  
MEHR  
ALS SATT  
UND SAUBER!  
DEMO  
30. OKTOBER 2014**



## **KITA-Netzwerk Hamburg 25% mehr Personal in Hamburger Kitas!**

Hamburg hat zwar ausreichend Kita-Plätze, aber gleichzeitig die schlechteste Personalausstattung in den westlichen Bundesländern. Laut den jugendamtlichen Richtlinien kann hier eine pädagogische Fachkraft bis zu 8 Krippenkinder oder 13 Elementarkinder betreuen. In diesen Personalschlüsseln sind Urlaube, Fortbildungen, andere Ausfallzeiten und längere Öffnungszeiten noch nicht berücksichtigt. Außerdem werden bisher keine zusätzlichen Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Beobachtungen, Dokumentationen, Elternarbeit oder für den fachlichen Austausch usw. angerechnet. Niemand würde auf die Idee kommen, pädagogische Kräfte in anderen Bereichen ohne Vor- und Nachbereitungszeiten arbeiten zu lassen.

In der „Viernickel-Studie“ wird festgestellt, dass die verbindlichen Bildungsempfehlungen trotz aller Bemühungen nicht oder nur unzureichend umgesetzt werden können und viele KollegInnen sich gezwungen sehen, unentgeltlich in ihrer Freizeit verpflichtende Aufgaben zu erledigen.

Die Bertelsmann Stiftung, die nicht im Verdacht steht, besonders sozial- oder arbeitnehmerfreundlich zu sein, fordert als Voraussetzung für ein kindgerechtes, pädagogisches Betreuungsverhältnis einen Personalschlüssel von 1:3 in den Krippen und 1:7,5 für Elementarkinder. Das würde sich auch für die Beschäftigten positiv auswirken.

### **Landesrahmenvertrag – finanzielle Grundlage der Kitas – blockiert**

Die Landesrahmenvertragsverhandlungen sind ausgesetzt, weil die Behörde mauert und die Verhandlungen durch Unbeweglichkeit verschleppt. Die Behörde argumentiert, dass wegen der Schuldenbremse und wegen der Elternbeitragssenkungen kein Geld für Personalverbesserungen vorhanden wäre.

Wieder einmal soll eine Interessengruppe gegen eine andere ausgespielt werden. Es ist ungerecht und unmoralisch, dass die Beschäftigten in den Kitas die Gelder für die Beitragssenkungen herein arbeiten sollen. Wir wehren uns dagegen, dass auf unsere Kosten und unsere Gesundheit Wahlgeschenke verteilt werden.

Das **KITA-Netzwerk** ist ein Bündnis von Beschäftigten und Eltern, das sich für eine deutliche Verbesserung des Personalschlüssels in der Hamburger Kinderbetreuung einsetzt.

### **Wenn ihr wollt, dass**

- Krippenkinder in HH die Nähe und die Aufmerksamkeit erhalten, die sie benötigen,
- Kinderbetreuung nicht zur Aufbewahrung wird,
- die Stadt endlich Bedingungen schafft, so dass ihre eigenen Bildungsziele erreicht werden,

### **dann kommt zur**

## **Großdemo mit Sternmarsch am 30.10. 2014 ab ca. 16.30**

Erste Treffpunkte: U-Bahn Hallerstrasse, U-Bahn St. Pauli und Jungfernstieg  
Die Zwischenkundgebung ist auf dem Theodor-Heuss-Platz zw. Dammtor und Moorweide  
Von dort geht es zum Gerhardt- Hauptmann-Platz zur Abschlusskundgebung

# Ein falsches Signal!

Keine neuen Lehramtsstudierende für Türkisch an der Uni Hamburg ab Wintersemester 2014/15?

Die Nachricht, dass ab dem Wintersemester 2014/15 keine neuen Studierenden für das Lehramt Türkisch an der Uni Hamburg aufgenommen werden sollen, ist im Juni auf große Kritik und großen Widerstand in der Öffentlichkeit gestoßen. Durch diese Entscheidung werden nicht nur Fragen der Kapazitäten an der Uni Hamburg und die Folgen der Kürzungsmaßnahmen für die Qualität des Studiums aufgeworfen, sondern auch die Realisierung von Zwei- und Mehrsprachigkeit an Hamburgs Schulen. Außerdem wird es als falsches gesellschaftspolitisches Signal empfunden.

Karin Haas vom GEW-Bleiberechtsausschuss fragt für die hlz Ursula Neumann, Professorin für interkulturelle Bildung an der Universität Hamburg und Bilge Yöreñ, stellvertretende Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) und Lehrerin an der Stadtteilschule am Hafen, nach den Hintergründen und Perspektiven.

**hlz:** Die Universität Hamburg plant, ab Wintersemester 2014/15 keine neuen Studierenden für das Lehramtsstudium im Fach Türkisch aufzunehmen. Warum?

**U. Neumann:** Die Gründe, die angegeben werden, sind vielfältig. Es gebe zu wenig Interesse, so dass die Zahl der Studienplätze nicht ausgeschöpft werde. Außerdem sehe die Schulbehörde keinen Bedarf, und wenn man weitere Türkischlehrer\_innen für die Schule bräuche, könne man sich ja in anderen Bundesländern bedienen. Außerdem sei die Aus-

stattung mit Stellen so schlecht, dass das Lehrangebot gar nicht so qualitativ sei, wie es eigentlich sein müsse.

**hlz:** Und warum erweitert die Uni das Lehrangebot nicht?

**U. Neumann:** Die Universität hat dafür kein Geld. Es fehlt auf der Seite der Erziehungswissenschaft eine Professur für Didaktik des Türkischen. Unsere Studierenden belegen das Fach in der entsprechenden Fakultät, z.B. in einer Geisteswissenschaft, und die Didaktik des Faches in der Erziehungswissenschaft. Die Fachausbildung Türkisch ist bei den Geisteswissenschaften in der Turkologie angesiedelt und die Didaktik in der Erziehungswissenschaft. Leider gibt es dafür keine Professur, sondern nur Lehrbeauftragte. Es ist auch nicht möglich, eine solche Professur einzurichten, weil wir in den vergangenen Jahren viele Professuren streichen mussten.

**hlz:** Das heißt, dass hier die

*Kürzungsmaßnahmen die Studiemöglichkeiten erheblich eingeschränkt haben?*

**U. Neumann:** Ja, wir hatten z.B. fünf Professuren für die Didaktik des Deutschen: je eine für die gymnasiale Oberstufe, die Sekundarstufe I, die Grundschule, für Literatur und für Linguistik. Inzwischen gibt es nur noch eine Professur für den Grundschulbereich und eine für die Sekundarstufe. Im Zuge dieser Kürzungen ist es nicht möglich gewesen, eine neue Professur für die Didaktik des Türkischen einzurichten.

**hlz:** Das war also in den letzten Jahren ein richtiger Kahl-schlag!

**U. Neumann:** Richtig. Es gibt nur einen Turkologen auf einer W3-Stelle, Professor Motika, der im Orientinstitut in Istanbul arbeitet und momentan durch Herrn Professor Köse vertreten wird. Es gab noch eine W1-Professur (Junior-Professur) für Türkische Literatur, die nicht besetzt ist und vermutlich auch nicht wieder besetzt wird. Der Bereich der Linguistik des Türkischen ist nur durch Lehraufträge und Lektoren abgedeckt. Insgesamt gibt es ein zu geringes Lehrangebot, das vor allem qualitativ nicht genügend ausdiffe-



„Die Türkischlehrer\_innenausbildung darf nicht auf Hamburg oder auf Duisburg-Essen allein beruhen, sondern sie ist eine nationale Aufgabe.“  
Ursula Neumann

Fotos: Karin Haas





„Wir haben große Angst, dass wir keine Türkischlehrer\_innen mehr haben, wenn wir sie brauchen.“ Bilge Yörenci

renziert ist. Deshalb haben die beiden Fakultäten eine bessere, dem Studium adäquate Ausstattung gefordert. Das ist aber nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Das Präsidium hat keine zusätzlichen Mittel und verweist auf die Eigenverantwortlichkeit der Fakultäten. Die Wissenschaftsbehörde sagt auch, sie könne nicht mehr Geld genau für diesen Zweck bewilligen, da damit in die Autonomie der Hochschule eingegriffen werde. Darum dreht sich auch ein wenig der Streit.

*hlz: Ist das mit der Autonomie nicht ein vorgeschobenes Argument?*

**U. Neumann:** Ich finde, es ist schon ein ernst zu nehmendes Argument, weil wir an anderen Stellen, zum Beispiel beim Hochschulgesetz, sehr dafür gestritten haben, dass nicht in unsere Autonomie eingegriffen wird.

**B. Yörenci:** Ich hätte mir aber gewünscht, wenn die Wissenschaftsbehörde sich nicht einmischen möchte, dass zumindest von den Bürgerschaftsfraktionen ein Appell an die Universität gegangen wäre, in dem sie ausdrü-

cken, dass diese Fachrichtung wichtig ist und deshalb das Studium erhalten bleiben muss. Nun ist die Abschaffung eingeleitet worden und wir haben das aus der Presse erfahren.

*hlz: Heißt das, dass man jetzt nichts mehr machen kann?*

**B. Yörenci:** Nein, das glaube ich nicht. Man könnte eine Stiftungsprofessur einrichten. Die Türkische Gemeinde denkt auch an eine Spendenaktion. Wir würden die Fachdidaktik aus unseren Mitteln finanzieren. Wir haben viele Kolleginnen und Kollegen, die in Hamburg das Lehramtsstudium für Türkisch absolviert haben. Diese Lehrkräfte könnten zum Beispiel solange aushelfen, auch ehrenamtlich, bis die Universität den Bereich selbst finanzieren kann. Wir haben zusammen mit den Türkischen Elternvereinen dem Universitätspräsidenten, Professor Lenzen, dieses Angebot gemacht und ihn gebeten, mit uns ein Gespräch zu führen, um gemeinsam zu überlegen, wie es weitergehen könnte. Aber wir haben noch keine Antwort bekommen. Wir haben große Angst, dass wir keine Tür-

kischlehrer\_innen mehr haben, wenn wir sie brauchen.

*hlz: Das Wintersemester beginnt bald und da müsste schnell gehandelt werden. Wie haben denn die Parteien in der Bürgerschaft reagiert?*

**U. Neumann:** Es gab eine aktuelle Stunde zu dem Thema. Da konnte man hören, dass alle Fraktionen, außer der SPD, für den Erhalt waren. Die SPD hat sich nicht stark gemacht, sondern sich mit dem Hinweis, man könne nicht in die Autonomie der Hochschule eingreifen, der Verantwortung entzogen. Besonders vom Abgeordneten Kazim Abaci bin ich enttäuscht.

**Bilge Yörenci:** In der letzten Woche hatten wir eine Sitzung mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Dressel. Dabei haben wir noch einmal unseren Wunsch geäußert, dass ein Appell der Bürgerschaft an die Universität gerichtet werde, dass es wichtig ist, das Studium zu erhalten angesichts der vielen Schüler\_innen türkischer Herkunft. Es sind fast 10 % aller Hamburger Schülerinnen und Schüler an Allgemeinbildenden Schulen, d.h. ca. 15.000, und wir haben nur 65 Lehrer\_innen an 36 Schulen (von insgesamt 439 Schulen), die Türkisch unterrichten. Vier Grundschulen und zwei weiterführende Schulen bieten bilingualen Unterricht Deutsch/Türkisch an und an 20 Schulen gibt es Türkisch-AGs.

*hlz: Es gibt also einen großen Bedarf an Türkischunterricht.*

**B. Yörenci:** Ja, aber die Schulbehörde argumentiert, der Bedarf an Türkischlehrkräften sei nicht da, weil im Wahlpflichtbereich der Sek I Türkisch nicht häufig genug angewählt werde – auch von türkisch sprechenden Schülerinnen und Schülern nicht und so kämen nur kleinere Lern-



gruppen zusammen. Ich denke, dass man die bildungspolitischen Ziele der Förderung von Zweid- und Mehrsprachigkeit offensiver vertreten muss. Wenn wir davon ausgehen, dass wir einen hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund haben, gibt es auch einen Bedarf für die anderen Sprachen, nicht nur für Türkisch.

**U. Neumann:** Man muss zwei Dinge auseinanderhalten: Es gibt einmal den Bedarf in der Grundschule. Dort haben wir in Hamburg ein integriertes Konzept der zweisprachigen Alphabetisierung, bei dem die Kinder auf Türkisch und Deutsch lesen und schreiben lernen. Zwei Lehrkräfte unterrichten die türkischen Kinder zusammen oder in einer mehrzügigen Schule werden die Kinder zusammengefasst und bekommen einen eigenen Unterricht.

*hlz:* Gilt das generell für alle Kinder, die eine zweite Sprache haben?

**B. Yörenc:** Ja, aber de facto ist es fast nur für die türkischen Kinder realisiert, weil das Fach von Lehrkräften unterrichtet wird, die im Hamburgischen Schuldienst angestellt sind. Es ist ein zusätzliches Angebot, das im Rahmen der Ganztagschule stattfindet. Der Unterricht wird von der Schulbehörde verantwortet und ist zeugnisrelevant. Es ist nicht der ergänzende Unterricht, den z.B. die Konsulate erteilen.

**U. Neumann:** Das gibt es an vielen Schulen. Im gerade erschienenen Heft für Fremdsprachen in Hamburg sind alle Sprachen aufgeführt, die an Grundschulen unterrichtet werden. Der Ansatz ist ziemlich verbreitet.

*hlz:* Und wie sieht es in der Sekundarstufe aus?

**U. Neumann:** In der Sekundarstufe I ist die Situation anders und die Frage der Elternwahl durchaus eine schwierige Frage. Es gibt dort zwei Konzepte: Man bekommt entweder zum Regelunterricht einen herkunftssprachlichen Unterricht am Nachmittag oder Vormittag als Zusatzunterricht, eingebettet in den normalen Stundenplan. Oder man wählt im Wahlpflichtbereich Türkisch anstelle der zweiten oder dritten Fremdsprache oder eines anderen Faches. Dabei hängt das Angebot von der jeweiligen Schule und den zur Verfügung stehenden Lehrkräften ab. Viele Eltern sagen: „Türkisch lernt mein Kind zu Hause und es hat in der Grundschule auch schon lesen und schreiben gelernt. Jetzt soll es Spanisch oder Französisch lernen.“

**B. Yörenc:** Den Eltern fällt die Entscheidung oft nicht leicht, z.B. wenn ihre Kinder sagen, dass sie gern Spanisch wählen möchten, weil ihre Freunde das wählen. Sie wollen vor allen Dingen nicht, dass ihr Kind benachteiligt wird, da das Türkische nicht das Prestige hat wie Spanisch oder Französisch. Wenn wir zweisprachige Lehrerinnen und Lehrer in der Schule haben, können sie bei der Beratung unterstützend tätig werden.

*hlz:* Heißt das, dass die zweisprachig aufgewachsenen Lehrkräfte deutlich machen, wie wichtig es ist, die Herkunftssprache auch als Bildungssprache zu erlernen?

**B. Yörenc:** Genau. Die Eltern sehen ja die Vorbilder in der Schule. Bei den zweisprachigen Lehrerinnen und Lehrern ist Türkisch mit anderen Fächern wie Deutsch oder Mathematik kombiniert. Wir haben in der letzten Zeit oft bemerkt, dass die Eltern eher das Fach Türkisch wählen, wenn Lehrkräfte, die hier ausgebildet worden sind, die Beratung

übernehmen, wenn es um die Sprachwahl oder weiterführende Schulen usw. geht. Auch die deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler werden animiert, Türkisch zu lernen, wenn sie z.B. einen Mathelehrer haben, der auch Türkisch unterrichtet. Das ist eine ganz neue Situation, obwohl in Hamburg seit Jahren Türkisch als herkunftssprachlicher Unterricht angeboten wird.

**U. Neumann:** Dass zum Beispiel Schülerinnen und Schüler mit deutschem Hintergrund oder einem spanischem Hintergrund jetzt Türkisch wählen können, hat es bisher nicht gegeben.

**B. Yörenc:** Die kollegialen Beziehungen in der Schule und die zu den Schülerinnen und Schülern entwickeln sich ganz anders, weil die Lehrerinnen und Lehrer sich nicht nur beim Vertretungsunterricht oder bei der Aufsicht begegnen, sondern auch als Fachkolleginnen und -kollegen z.B. in Englisch oder Deutsch. Die Schülerinnen und Schüler erfahren, dass ihre Fachlehrerinnen und -lehrer z.B. auch Türkisch unterrichten und werden neugierig auf die Sprache.

**U. Neumann:** Wir sind ziemlich überzeugt davon, dass es diesen Bedarf gibt. Viele Eltern haben nicht eine so umfangreiche Schulbildung, als dass sie zum Beispiel türkische Literatur kennen und es für ihr Kind wichtig finden, dass es z.B. Orhan Pamuk oder andere Schriftsteller auf Türkisch lesen kann. Dass wir Türkischunterricht brauchen, wird ja gar nicht infrage gestellt. Es gibt sogar jetzt einen Antrag der SPD Fraktion an die Bürgerschaft, dass der herkunftssprachliche Unterricht ausgebaut werden soll bzw. der Senat das prüfen soll. Es gibt diesen politischen Willen und es steht im Integrationskonzept, die Kinder zur Zweisprachigkeit zu erziehen und den herkunftssprachlichen

chen Unterricht zu fördern.

*hlz: Das heißt, dass man dafür auch genügend Lehrerinnen und Lehrer ausbilden muss.*

**U. Neumann:** Genau das fordern wir. Man kann nicht sagen, Nordrhein-Westfalen bildet aus und wir nehmen die Lehrerinnen und Lehrer von dort. Außer Hamburg bietet nur noch die Uni Duisburg/Essen Türkisch für das Lehramt an, dort sind 240 Studierende. So zu tun, als könne man sich aus anderen Bundesländern bedienen, ist einfach falsch.

Für Hamburg muss auch die Besonderheit unterstrichen werden, dass der Masterstudiengang eingeführt ist, der erst jetzt in NRW begonnen wurde.

**B. Yörenc:** Wir brauchen türkische Lehrkräfte, die in Hamburg ausgebildet worden sind, weil sie hier sozialisiert sind. Wir haben natürlich auch Lehrkräfte vom Konsulat. Sie kommen für 4 bzw. 5 Jahre nach Deutschland, kennen das System nicht und unterrichten in verschiedenen Schulen, haben aber fast keinen Zugang zum Schulpersonal. Deshalb ist es enorm wichtig, dass Türkischlehrerinnen und -lehrer in Deutschland ausgebildet werden, die die Schulverhältnisse, die Schulsysteme kennen, die selbst durch die deutschen Schulen sozialisiert sind und ganz genau wissen, wo sie ihre Fähigkeiten einsetzen können. Auch aus diesem Grund fordern wir, dass der Lehramtsstudiengang in Hamburg bestehen bleiben muss, auch wenn z.Z. die Studierendenzahlen geringer sind.

**U. Neumann:** Die Frage, warum es in Hamburg so wenige sind, ist interessant. Denn die Zahl derjenigen, die sich für das Türkischstudium interessieren, ist gestiegen. Das kann man an den Teilnehmerzahlen für die

Türkischprüfung ablesen, die vor dem Studium absolviert werden muss. Wir gehen davon aus, dass man ungefähr das Vierfache an Bewerbern braucht, um einen Studienplatz besetzen zu können, weil die Studierenden sich an verschiedenen Unis bewerben. Hamburg hat sehr hohe Bewerberzahlen, aber die Studierenden nehmen nicht alle den Studienplatz an, den sie angeboten bekommen. Da man Türkisch kombinieren muss mit einem anderen Fach, ist das eine ganz schwierige Balance. Deshalb werden Studienplätze nicht besetzt werden, weil diejenigen, die sich dafür beworben haben, aufgrund des anderen Faches nicht angenommen werden.

**B. Yörenc:** Außerdem gibt es einen hohen Numerus Clausus für das Fach Türkisch.

**U. Neumann:** Das ist ein weiterer Grund. Dadurch, dass sich so viele Studierende in Hamburg bewerben und sie entsprechend der Quote zugelassen werden, steigt die Anforderung in den Noten. Der Anteil der türkischen Abiturient\_innen ist nicht so hoch und sie studieren oft ein Fach mit höherem Prestige wie Jura, Medizin oder VWL, wenn sie ein gutes Abitur gemacht haben. Das Lehramtsstudium ist in der Konkurrenz nicht so attraktiv.

*hlz: Aber es gibt trotzdem eine große Zahl von Studierenden, die in Hamburg das Fach Türkisch im Lehramt Primar- und Sekundarstufe I studieren. Professor Yavuz Köse geht von 128 eingeschriebenen Bachelor- und Masterstudierenden aus. Nur die Anfängerzahlen für das Lehramt an Gymnasien sind stärker zurückgegangen. Es gibt also einen Bedarf an Studienplätzen. Gibt es jetzt keine Chance mehr in Hamburg, ein Lehramtsstudium für Türkisch aufzunehmen?*

**B. Yörenc:** Für diejenigen, die jetzt studieren wollen, gibt es keine Möglichkeit. Seit das Problem akut geworden ist, bekommen viele Bewerber\_innen tatsächlich eine Absage, weil es nicht genügend Plätze gibt oder weil sie nicht den Numerus Clausus geschafft haben. Viele wollten auch nicht länger auf einen Studienplatz warten und haben sich anders orientiert. Die Gründe sind vielfältig. Aber der Bedarf ist aufgrund der gesellschaftlichen Realität der Zwei- und Mehrsprachigkeit da und kann nicht nur auf der Ebene der Finanzierbarkeit und Zahlen gesehen werden.

*hlz: Könnte man sagen, dass die Abschaffung des Lehramtsstudiums für Türkisch an der Uni Hamburg ein falsches Signal ist?*

**B. Yörenc:** Ja, das kann man sagen, aber es ist noch nicht ganz abgeschafft, sondern im kommenden Wintersemester sind erstmals keine Studierenden für Türkisch zugelassen worden. Der Prozess zur Abschaffung ist in Gang gesetzt worden, aber der ist langwierig. Die Stellungnahmen der Fakultäten sind zum Beispiel noch nicht da. Ich halte die Entscheidung politisch für völlig falsch: zum einen als Signal an die türkischsprachige Bevölkerung, dass ihre Sprache es nicht wert sei, dass man dafür Lehrer\_innen ausbildet, zum anderen als Signal an die deutsche Bevölkerung, dass man von universitärer Seite aus das wissenschaftliche Studium der Türkischen Sprache und Literatur für die Schule nicht weiter fördern und ausbauen will und damit eine wesentliche Ressource der Migrant\_innen nicht weiter nutzen will. Das ist ein Rückschritt und integrationspolitisch geradezu widersinnig. Das kann sich so eine Stadt wie Hamburg nicht leisten. Es hat auch den negativen Beigeschmack mangelnder Verlässlichkeit. Gerade in der

Bildungspolitik braucht man viele Jahre, um eine sinnvolle Maßnahme zu institutionalisieren und sinnvolle Errungenschaften darf man nicht so leicht aufgeben. Deshalb versuchen wir von der Türkischen Gemeinde, dass die Universität noch einmal darüber nachdenkt, ob es nicht andere Möglichkeiten für den Erhalt der Fachrichtung gibt.

**U. Neumann:** Ich sehe zum Beispiel die Möglichkeit, dass wir im norddeutschen Verbund der Universitäten darüber nachdenken könnten, dass wir das Lehramtsstudium für Türkisch auf eine breitere Basis stellen als nur als Angebot an der Uni Hamburg. Man könnte Bremen ansprechen, wo es viele türkische Studierende gibt, man könnte Schleswig-Holstein, also Kiel, Flensburg ansprechen. Mecklenburg-Vorpommern ist wahrscheinlich nicht so interessiert, weil dort nicht so ein großer türkischer Bevölkerungsanteil lebt, aber Hannover oder andere Universitäten in Niedersachsen.

Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen haben Türkischunterricht in den Schulen, wofür sie qualifizierte Lehrkräfte brauchen. Sie haben auch eine Verantwortung der Schülerschaft gegenüber, Studienmöglichkeiten zu schaffen. Wenn man das gemeinsam finanzieren und das Studium abstimmen würde, könnte man wahrscheinlich eine viel größere Zahl an Studienplätzen schaffen.

**hlz:** Das heißt: nicht Abschaffung des Lehramtsstudiums für Türkisch, sondern Ausweitung und Schaffung neuer Möglichkeiten und neuer Formen der Kooperation.

**U. Neumann:** Genau! Ich weiß, dass das Kultusministerium von Niedersachsen interessiert ist. Ich bin mehrfach von der dort zuständigen Dezerentin angesprochen worden,



„Wie haben denn die Parteien in der Bürgerschaft auf die Streichung reagiert?“ Karin Haas

ob wir in Hamburg nicht eine Türkisch-Lehrerausbildung für Niedersachsen mitorganisieren könnten. Meiner Meinung nach müsste das auf der Ebene der Ministerien verhandelt werden. Das ist nichts, was ich als Universitätsangehörige leisten kann. Die Türkischlehrausbildung darf nicht auf Hamburg oder auf Duisburg-Essen allein beruhen, sondern sie ist eine nationale Aufgabe. Wir machen es mit vielen anderen Fächern auch so, dass sie an einigen Stellen in der Republik abgedeckt sind. Ich halte es für eine mögliche Perspektive, dass dies durch entsprechende Politik in den norddeutschen Ländern getragen wird.

**hlz:** Diese Perspektive scheint mir vielversprechend, aber gegenwärtig ist es ja vorrangig, das Lehramtsstudium in Hamburg zu erhalten und möglichst zu verbessern. Gab es außer dem Hinweis auf eine Stiftungsprofessur weitere Vorschläge aus der Politik?

**B. Yörenc:** An der Kundgebung vor der Uni kurz vor den Sommerferien haben viele teilgenommen. Die GEW hat den Protest unterstützt. Aber feste Zusagen zur Weiterführung des Studienganges gibt es bisher nicht. Wir haben durch unseren

Protest die Situation publik gemacht. Weit über die Grenzen Hamburgs hinaus bis nach München gab es Bestürzung und Unverständnis. Wir möchten gerne weitere Gespräche führen, deshalb auch unsere erneute Anfrage bei Professor Lenzen. Er ist auch Erziehungswissenschaftler und wir haben noch Hoffnung.

**U. Neumann:** Ich habe von meinen Kolleg\_innen aus anderen Universitäten, die im interkulturellen Bereich tätig sind, viele Nachfragen bekommen. Sie hätten die Türkischlehrausbildung gerne in Köln, in Münster, in Berlin und in Hamburg soll sie abgeschafft werden. Da ist Unverständnis und erstauntes Nachfragen und man bot uns Unterstützung an.

Bisher ist in den Fakultäten noch kein Beschluss gefasst worden, weder für noch gegen ein Auslaufenlassen des Studienangebots. Ich habe Signale aus dem Präsidium der Universität, dass man dort nicht glücklich ist über diese Entwicklung und nach Lösungen sucht.

**hlz:** Das wäre ein richtiges Signal! Ich bedanke mich für das Gespräch.

Das Interview führte  
KARIN HAAS

# Ohne Strategien und Ressourcen

GEW zum Hochschulpapier der Wissenschaftsbehörde

Bereits im Juni hat die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) einen Entwurf „Strategische Perspektiven für die hamburgischen Hochschulen bis 2020“ vorgelegt, das von den Gewerkschaften, den Hochschulgremien und der Hochschulöffentlichkeit während der Sommer- und Semesterferien kommentiert werden sollte. In diesem Papier versucht die Behörde, Eckpunkte für die zukünftige Entwicklung der Hochschulen zu skizzieren. In der Einleitung heißt es: „Dauerhafter Erfolg in Lehre, Forschung und Transfer ist nur mit gut aufgestellten Hochschulen möglich, die über ausreichend Planungssicherheit für eine längerfristige Entwicklung verfügen.“ Wird das Papier diesem Anspruch gerecht?

Die GEW begrüßt grundsätzlich, dass die Behörde versucht, strategische Perspektiven der Hamburger Hochschulen zu skizzieren. Leider jedoch enthält der Entwurf kaum Perspektiven, da neben der Aufzählung neuer Aufgaben für die Hochschulen völlig unklar ist, wie diese finanziert werden sollen. Völlig unverständlich ist daneben, dass der Fehler des Dohnanyi-Gutachtens von 2003, das Studienplatzangebot am prognostizierten Fachkräftebedarf in Hamburg auszurichten, wiederholt wird. Solcherlei Prognosen haben, wie die letzten Jahre zeigten, eine nur sehr kurze Halbwertszeit und es besteht die Gefahr, an der tatsächlichen Nachfrage vorbei auszubilden. Darüber hinaus kommt die Be-

hörde weiterhin nicht ihrem Versprechen nach, die rechtlichen Voraussetzungen für einen direkten Übergang vom Bachelor zum Master zu schaffen.

Die Anforderungen, die das Papier an die Hochschulen stellt, sind in sich widersprüchlich. Einerseits wird immer wieder die Autonomie der Hochschulen hervorgehoben, andererseits mit zahlreichen „Muss und Soll“-Vorgaben in eben diese Autonomie eingegriffen. Dass dies zu einer Vermittlung an den Hochschulen geführt hat, ist gut nachzuvollziehen. Widersprüch-

---

*Einerseits wird immer wieder die Autonomie der Hochschulen hervorgehoben, andererseits mit zahlreichen „Muss und Soll“-Vorgaben in eben diese Autonomie eingegriffen*

---

lich ist ebenso, dass wieder einmal neue Anforderungen an die Hochschulen herangetragen werden, ohne deren Finanzierung zu gewährleisten. So soll wieder einmal eine Steigerung von Leistungen bei sinkendem Budget erfolgen, ohne andere Forderungen wegfällen zu lassen oder mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Die bestehenden Hochschulvereinbarungen sehen bis 2020 einen jährlichen nominalen Aufwuchs von 0,88% vor, was einer realen Reduktion des Budgets entspricht.

Die Reaktionen auf das Papier

fallen dementsprechend aus: Der Akademische Senat der Universität teilte in seiner Stellungnahme vom 10. Juli mit, dass eine Perspektivplanung grundsätzlich sinnvoll ist, ein solcher Prozess „jedoch eine kooperative Verständigung auf gleicher Augenhöhe, gegenseitige Wertschätzung und Redlichkeit in der Auseinandersetzung voraus“ setze, was er bei der Erstellung des vorliegenden Papiers nicht erkenne. Das Präsidium der Universität teilte in seiner Stellungnahme vom 27. August mit, dass das Papier weder eine Wertschätzung der Universitätsmitglieder erkennen lasse, noch sich zu den entscheidenden Verpflichtungen des Staates, zukunftsweisende Finanzmittel und Strukturvoraussetzungen zu schaffen, äußere. Sie Gipfelt in der Forderung, „dieses ‚Perspektivpapier‘ unverzüglich zurückzunehmen“. Auch der ASTA der Uni stellte am 1. September fest, dass es „absurd ist, dass die Senatorin Anforderungen an die Hochschulen formuliert, ohne je über deren Finanzierung reden zu wollen“, und bündelt somit die Kritik der Hochschulleitung und der GEW.

Fazit: Um Zukunftsperspektiven zu entwickeln, müsste weit über eine halbe Milliarde Euro zur Sanierung der Infrastruktur bereitgestellt werden, ebenso müssten die gesetzlichen Voraussetzungen für einen garantierten Masterstudienplatz geschaffen werden.

Es braucht also eine verlässliche Finanzierung, verlässliche Grundstrukturen und eine tatsächliche Freistellung der Uni in ihren Organisationsstrukturen und nicht eine „Seht-zu-und-übrigens wollen-wir-dies-und-das-Mentalität“. So entfernt man sich auf jeden Fall weiter von der Umsetzung des klassischen Bildungsideals.

FREDRIK DEHNERDT und die  
Fachgruppe Hochschule und  
Forschung der GEW Hamburg



KOMPETENZ STATT TRICHTER

# Banales nicht hochjazzen

Anmerkungen zum Interview mit Dr. Alfred Lumpe über den Erwerb von Kompetenzen

In der hlz 7-8/2014 kommt mit Dr. Alfred Lumpe ein offizieller Vertreter der Kompetenz-Ideologie zu Wort und erläutert noch einmal, wie Hamburger Schulbildung in den letzten 20 Jahren konzipiert wurde. Mein Eindruck ist, dass hier richtige Einsichten verabsolutiert werden und durch diese Absolutsetzung leider auch kontraproduktive Wirkungen entfalten werden, wie ein Blick in die BSB-Rahmenpläne für Geschichte und Philosophie zeigt.

• Es ist sicherlich richtig, dass ein Lehrinhalt von 20 Schüler\_innen auf 20 verschiedene Weisen aufgenommen wird und man das Lernergebnis insofern nicht exakt vorherplanen kann. Aber abgesehen davon, dass Lumpe diesen Effekt überschätzt: Das Problem bleibt auch dann bestehen, wenn man Lumpes Vorschlag folgt und die ausgewählten Texte an der "Lerngruppe" orientiert. Denn Lerngruppen sind nun einmal nicht homogen, sodass ein "passgenauer", individuell wertvoller Lerninhalt zumindest für einen Teil der Schüler\_innen auch nach Methode Lumpe nicht erreicht wird. Der Effekt dürfte eher sein, dass in sozial schwächeren Stadtteilen anspruchslosere Texte gelesen werden, was genau zu jenen Effekten führt, die U. Vieluf in seinem hlz-Beitrag über stadtgeographische Faktoren bei der Bildungsqualität beleuchtet hat.

• Als konkrete Beispiele wählt Lumpe Themen für die Mittelstufe aus dem Formalfach

Deutsch. Hier mag es stimmen, dass die angestrebten Kompetenzen auf verschiedensten Wegen erreicht werden können und dürfen. Denn seien wir ehrlich: Es gibt keinen Klassiker, den man unbedingt gelesen haben "muss". Überträgt man das aber auf Realfächer wie Geschichte, scheint schnell wieder die Gefahr einer "Zerstörung des Allgemeinen" auf (s. meinen Beitrag in der hlz 5-6/2014, S.48ff). Man erkennt das an der BSB-Planung für die Oberstufe: Hier wird krampfhaft versucht, konkrete Kenntnisse als allgemeine Kompetenzen zu definieren, um ihnen ein "Überleben" im Konzept der Kompetenzpädagogik zu sichern. Das wissenschaftliche Niveau kann so sicherlich gehalten werden, aber die Themen bleiben dennoch zu beliebig, um so etwas wie ein gemeinsames gesellschaftliches Wissen zu erzeugen. Hier wäre es sinnvoller, lieber gleich einen inhaltlich definierten Lehrplan aufzustellen.

• Den Vorwurf, dass die Philosophie durch die Schule zerstört wird, kann man den BSB-Plänen leider nicht ersparen, auch wenn formal der "theoretisch-abstrakte Charakter" der Philosophie vermittelt werden soll. Die vorgeschlagenen Kompetenzen sind weitgehend banal, die Inhalte betont beliebig; es wird (soweit ich sehe) kein einziger Philosoph genannt. Die zentrale Aufgabe der Philosophie - nämlich: Wissenschaft vom Denken zu sein - wird eindeutig verfehlt und einem Sammelsurium von

Einzelthemen geopfert. Das Wesen der Philosophie liegt aber gerade im übergreifenden, allgemeinen Blick auf die Dinge, im "großen theoretischen Entwurf". Dass dieses Wissen strukturell ausgerottet werden soll, ist ein Skandal.

• Viel sinnvoller und auch "demokratischer" wäre folgender Weg (jedenfalls in der Oberstufe): Es wird für jedes Fach ein inhaltlich eng definierter Lehrplan erlassen; die Schüler\_innen können aber zwischen verschiedenen Niveau-Stufen wählen, die sich in unterschiedlichen Notenspektren niederschlagen. Kein\_e Schüler\_in sollte verpflichtet sein, überhaupt irgendwo ein "gehobenes Niveau" zu wählen - er/sie darf gerne in allen Fächern die Billig-Variante absolvieren und kriegt das Abi trotzdem. Erreicht wird damit, dass alle Abiturient\_innen zumindest vom Hörensagen her ein gemeinsames, anschlussfähiges Wissen erwerben, das die heutige "Sprachlosigkeit" der Studierenden überwindet. Nur so können Quantität und Qualität verbunden werden - nicht durch ein Hochjazzen banaler "Kompetenzen"!

Ein genormtes Bildungswissen mit einheitlichen Lehrbüchern, aus dem sich jeder die Aufgaben (aber eben nicht: die Themen) auswählt, die seinen Fähigkeiten und seinem Ehrgeiz entsprechen - diese Lösung wäre für alle Seiten einfacher, transparenter und effektiver.

Kurzum: Wenn man "Kompetenz" ernstnimmt, kommt man um Inhalte nicht herum. Damit ist "Kompetenz" als Schlagwort und Kampfbegriff aber wertlos. Soll "Kompetenz" hingegen dazu führen, ein rein technisches Bildungsideal zu propagieren und gemeinsame Inhalte zu zerstören - dann ist Widerstand angesagt.

MATTHIAS BUBLITZ



# Wissen oder Kompetenz? Können muss ich's



Wenn ich den Staub vom Blatte wische,  
dann sitze ich mit euch am Tische  
Johann-Wolfgang, Bert und Franz,  
Friedrich, Mascha, Anna, Hans,  
Günther wütet, Walter summt,  
William klopft und Thomas brummt.

Und weil sich nichts tut, springe ich in die  
Mitte des Tisches  
„Hey hört doch mal zu, ich hab da was  
Frisches“  
Ein Mensch baut einen Roboter, der hilft  
Roboter bauen,  
ein Mensch baut einen Roboter, der kann  
selbst Roboter bauen  
ein Mensch baut einen Roboter Ein Roboter  
baut einen Roboter baut einen Roboter baut  
einen Roboter  
ein Mensch baut einen Roboter Ein Roboter  
baut einen Roboter baut einen Roboter baut  
einen Roboter

Und dann ist es still, ich schaue mich um

„Was Frisches“,  
ruft in die peinliche Stille Johann-Wolfgang,  
dass ich nicht lache  
Das Thema hatte ich vor 200 Jahren schon in  
der Mache!  
Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister,  
Werd ich nun nicht los

Ok, sage ich, keine Sorge, ich hab ja noch  
mehr:

Das hier ist auch ... na ja ... cool ... bitte sehr:  
Mir wird kalt, wenn ich sehe, dass Kinder nicht  
mit ihrer Klasse auf einen Ausflug fahren, weil  
die 14 Euro 70, die die Fahrt in den Zoo kostet  
zu teuer sind für den Vater, der bei irgend so  
einem grünen gelben roten blauen brauen  
Postdienstleister die Post verteilt, seinem Kind  
kaum die Schulhefte kaufen kann geschweige  
denn einen Ausflug in den Zoo.

Im düstern Auge keine Träne,  
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die  
Zähne:  
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,  
Wir weben hinein den dreifachen Fluch -

ruft Heinrich von hinten, lacht, und  
stellt sich zu mir.

*Gib dir keine Mühe, sagt er, jeder Gedanke  
steht schon auf Papier,  
ist von Wölfi, Bert und den andern von hier.  
Im Grunde sagt er, ist schon alles gesagt:  
Jedes Wagnis gewagt, jeder Knochen genagt,  
Jedes Unrecht, das plagt, schon ausgiebig  
beklagt,  
Aber ihr glaubt immer noch, ihr habt die  
Zukunft auf eurem Zettel Wie nennt ihr das?  
Poetry Slam? Sängerkrieg! das war unsere  
Battle.*

*Junger Freund, wenn du schreiben willst,  
dann als Hobby nebenbei.  
Denn die Zeiten der Klassiker sind leider  
vorbei.  
Alte Meister, die müssen leider nicht nur alt,  
sondern gleich tot sein,  
wer lebt und noch schreibt, der muss ein Idiot  
sein.  
Schau dich mal um, dann siehst du das:  
Nur da drüben der Günter, der beißt nicht ins  
Grass*

Heinrich, was du da sagst, sag ich, das klingt ja  
entsetzlich.

Du tust ja grad so als wärt ihr unersetzlich.  
Komplett unangreifbar, literarisch gepanzert,  
Aber ich glaub, dass das, was wir heut tun,  
auch Relevanz hat. [...]

*Nun hör aber mal auf, Sportsfreund, ich muss  
doch sehr bitten,  
Wir schreiben wenigstens nicht ständig über  
Schwänze und Titten.  
Bei uns da wird klassisch und ganz ohne Porno  
begehrt!*

Da wär ich mir nicht so sicher, sag ich, frag  
mal Bukowski und Bert.  
Aber ganz davon ab, dass euer Zeug auch  
schon mal proll ist,  
will ich doch gar nicht bestreiten, dass das,  
was ihr da macht, toll ist.

Ganz ohne Videoclips, Photos, GPS und

Twitter, braucht ihr nur ein paar Worte,  
und nehmt mich mit an all diese Orte:  
In Auerbachs Keller, auf den Grund der Elbe,  
Berlin Alexanderplatz und auch Mitte  
Troja, Rütli, Lübeck und Onkel Toms Hütte.  
Durch euch wird manches ein Wunder, was  
sonst nie ein Wunder war:  
Der Wald steht schwarz und schweiget, und  
aus den Wiesen steigt der weiße Nebel wun-  
derbar.

*Eben, sagt Heinrich,  
schöner kann mans doch nicht machen,  
und du willst mir sagen, dass über den  
Nebel nicht schon alles gesacht ist?*

Nein, da gibt's keinen Zweifel, dass das gut  
gemacht ist!

Aber was bleibt mir?

Soll ich die Klappe halten, Stifte zerbrechen  
und Blöcke zerreißen,  
Tintenkiller sein und Blöcke zerbeißen.

Soll ich jedem Autoren sagen: „Hör auf!  
Und am besten bereu es.“

Gibt es denn wirklich im Westen **nichts**  
Neues?

Ihr habt doch auch Wolfgang Borchert gesacht:  
*Schmeiß die Schreibmaschine in den Bach,  
Das was du denkst wurde längst schon  
gedacht.*

*Einen Text über Krieg?!?!? hat schon wer  
gemacht.*

Aber Borchert hatte seinen eigenen Krieg mit  
nach Hause gebracht.

Und alle die lasen, die konnten es lesen,

**sein** Krieg war auch **ihr** Krieg gewesen

Und erst einer, dann immer mehr stimmten

ein:

*Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst  
Granaten füllen und Zielfernrohre für  
Scharfschützengewehre montieren, dann gibt  
es nur eins: Sag NEIN!*

[...]

Egal ob gleiche Themen, gleiche Orte,  
andere Zeiten brauchen andere Worte,  
Und deshalb sitzen wir an diesem Tag zu  
dieser Stunde,  
mit Euch in einer großen Runde  
Kersten, Daniel, Andreas, Richard und ich,  
Wolfgang, Bert und Friederich  
Wir reden, lachen und erheben den Becher  
Sind Macher und Zauderer, Chronisten und  
Zecher,  
Jeder von uns bannt seine Zeit auf Papier,  
Ihr schriebt in Frankfurt und Weimar und wir  
schreiben hier.

Wir sind immer noch der Stoff aus dem die  
Träume sind,  
Auch wenn wir gut vernetzt und online sind

Wir sind traurig verzweifelt und rasend  
besoffen,  
Aber wir halten staunend die Münder, und  
skeptisch Augen und Ohren offen,  
Ob König von Thule oder Tiefseetauchtool ?  
unser Stift ist bereit  
Ob man sich an uns erinnert? das zeigt dann  
die Zeit?

*Top sagt Heinrich!? Das zeigt die Zeit!*

Top!, sag ich: Heinrich, Wir sind bereit!



Foto: Felix Schmitt

Sven Kamin ist Poetry Slammer und tritt seit 2008 bei Dichterwettstreiten auf. 2008 und 2012 schaffte er es bei den deutschsprachigen Meisterschaften unter die besten fünf Bühnenpoeten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. 2012 wurde er zudem erster Slam op Platt Weltmeister des NDR und ist erster und amtierender Bremer Rap-Slam Champion. Der Journalist, Literaturwissenschaftler und Songtexter gibt Workshops an Schulen und fördert mit seinem eigenen Wedel Schädel Poetry Slam in Wedel junge Dichtertalente. Kontakt und weitere Informationen unter [www.svenkamin.de](http://www.svenkamin.de)

# Vom Wiegen der Säue oder: KO für die Bildung

Eine Satire wider die Kompetenz-Orientierung

Da haben die unermüdlich und verbissen befragenden, messenden, auswertenden, testenden Damen und Herren von den Schulinspektionen, von den Evaluationsteams und Strategie-Abteilungen des LI, von den Kontrolleuren der Ziel- und Leistungsvereinbarungen, ganz zu schweigen von den alteingesessenen gestrengen Schulaufsichtsbeamten bis schließlich herab zu den unglücklichen Wärtern der Qualitätshandbücher und den Organisatoren der diversen schulinternen Selbstoptimierungsgruppierungen, da haben sie alle nun aus dem gegebenen Anlass von dem unbelehrbaren und ewig querulatorischen Lehrpersonal an der Basis der Herrschaftspyramide so oft zu hören gekriegt, dass die Sau vom Wiegen nicht fett wird, dass sie sich in ihrer Verzweiflung etwas Neues haben einfallen lassen:

Wie wäre es, dachte man sich bauernschlau, wenn man dafür sorgen könnte, dass ganz einfach nur noch das von der Sau zur Kenntnis genommen würde, was gewogen wird? Nein, noch besser: Wenn man den Wiegevorgang selbst zur Sau erklären könnte?

Wenn die Sau sozusagen öffentlich-bewusstseinsmäßig und schulpolitisch-verwaltungstechnisch hinsichtlich der Wichtigkeit ihres Sauseins in den Hintergrund träte und das Wiegen selbst mit allen relevanten Eigenschaften des Säuischen versehen werden könnte? Wenn quasi das Wiegen das ihm von

Rechts wegen schon lange zustehende Gewicht der Sau erhalte? Wenn endlich die das Säuisch-Sein doch eigentlich erst generierende Wiegekompetenz voll ans Tageslicht käme? Könnte man dann nicht auf das mühsame und ressourcenverschlingende Mästen der Sau mehr und mehr verzichten? Wären dann nicht alle Probleme schlagartig gelöst? Wären nicht die Stoffhuber, die Inhaltspedanten und die Bildungsheinis in ihre Schranken verwiesen? Hätte man sich auf der Verwaltungs-, Kontroll- und Gestaltungs-, kurz: der Strategenebene nicht endgültig das schulische Operatorenengesindel vom Hals geschafft? Wäre nicht endgültig klargestellt, wer die eigentlich produktive und gestaltende Kraft im Schul- und Hochschulwesen ist, wer das Sagen und wer die Klappe zu halten und zu funktionieren hat?

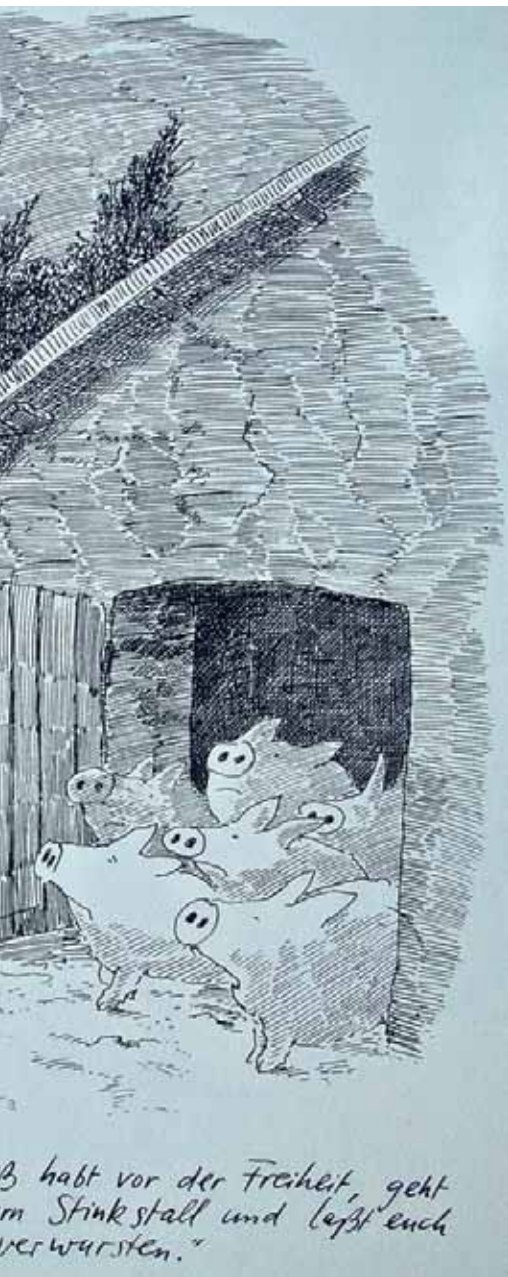
Gesagt, getan: Die in Gang gesetzten Marketingabteilungen lieferten auch gleich die passend-griffige Kampfparole für den internen Gebrauch: »Wir machen das Wiegen zur Sau!« und arbeiteten die Grundzüge einer Kampagne zur Implementation in die Fläche aus. Nun musste nur noch ein wohlklingendes Verkaufs-Label für die Sache gefunden werden – und so kam die Kompetenzorientierung (KO) auf die Welt, das heißt auf den Markt<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Das periodische Umeticketieren war ja schon lange einer der beliebtesten Zeitvertreibe in der Verwaltung. So hatte man ja erst kürzlich, quasi avant la lettre der Kompetenzorientierung, den



Kein Ärger mehr mit Inhalten, Schluss mit dem ewigen unnützen Bildungsgequatsche von

Coup gelandet, das Fach Deutsch erfolgreich zu »SPUK – Sprache und Kommunikation« – und das Fach Mathematik zu »VLOP – verbindungsloses Operieren« – herabzustufen. Nun sollte auch bald das Kompetenzfach »In Zungen reden« für die vereinigten Fremdsprachen sowie »Messen und Kopieren« für die Naturwissenschaften folgen.



wert! Durchregieren!  
–Aaah!

– Dieser eleganten Problemlösung waren merkwürdige Ereignisse vorangegangen: Im Park von Schloss Tegel in Reinickendorf, Berlin, drang seit einigen Jahren ein beunruhigendes Grummeln und Rumoren an die Oberfläche, das sich in neuester Zeit zu einem turbinenmäßigen Heulton gesteigert hatte. Die alarmierte Parkverwaltung konnte schließlich rasende Rotationen und Erschütterungen in der Grabstätte der Gebrüder Alexander und Wilhelm von Humboldt für diese Störung der öffentlichen Sicherheit verantwortlich machen.

Der – modernen Norm- und Testverfahren nicht mehr genügende – Schinkelbau der Grabstätte war bekanntlich schon lange zuvor zum Ärgernis für die zeitgemäße Verwaltung der ansonsten allen Standards gehorchenden Freizeitoptimierungsanlage geworden. Angesichts der fortgeschrittenen Zerrüttung der Fundamente halfen nun auch keine Warnschilder mit »Achtung! Bildungsruine – Betreten verboten! – Keine Behörde haftet für Ihre Kinder!« mehr, keine weitläufige Sperrung der Umgebung, keine Strafen für die Annäherung – schon ihr Versuch wurde mit empfindlichen Sanktionen und Beförderungsverboten belegt – und kein Versiegeln der

Problemzone mit einer meterdicken Beton- und Aktendecke.

Nein, das Problem musste radikal angepackt werden und wurde durch den Verkauf und sofortigen Abtransport der Gedenkstätte inklusive aller damit verbundenen ideellen Rechte an eine US-amerikanische Eliteuniversität auch elegant gelöst. Der Ertrag der erfolgreichen Ausschreibung aber geht an die Stiftung zur Förderung pädagogisch-technischer Überprüfungs- und Lobbyarbeit (LOBOTOM) mit Sitz im Bertelsmann-Gebäude bei der OECD in Pisa. Wie aus den bildungsfernen aber eingeweihten Kreisen um den Senator zu hören ist, plant die LOBOTOM mit dem ihr aus der Humboldtschen Konkursmasse zugewachsenen Vermögen unter Ausweitung und Vertiefung ihrer erfolgreichen Kampagne weitere entscheidende Marktsegmente zu erobern.

Im glücklichen Amerika aber soll – unter gebührendem Ausschluss der Unterschichten, versteht sich – das Humboldtsche Kulturerbe an den Bildungsstätten der finanzstarken Oberklasse zu neuer Blüte erstanden sein. Mit Lizenzen wird bereits gehandelt. Die Finnen sollen sehr interessiert sein. Überall auf den ansonsten messgerätefreien Geländen tummeln sich inzwischen rosig heranblühende, urteilskräftig gebildete, munter-neugierig und unternehmungslustig ihre Welt erobernde Neubewohner, die allen Anlass bieten, voller Hoffnung auf die Errungenschaften zu schauen, die hier frei heranwachsen.

RAINER VON KUEGELGEN

*Und hier viele Argumente noch mal ganz in sachlichem Ernst und in aller Ausführlichkeit zum Nachlesen: z.B. bei der GBW (Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.) unter: <http://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/schule-und-unterricht>*



# Die Freiheit, die wir nicht meinen

Viel war in den vergangenen Wochen zu den Verhandlungen der EU-Kommission über neue Freihandelsabkommen in der Presse zu lesen. So viel, dass es allmählich schwierig wird, den Überblick zu behalten: TTIP, CETA und TiSA sind in aller Munde, dazu die Vorläufer wie das Gats im Rahmen der WTO oder das MAI und Acta. Bei so viel Buchstabensalat kann einem schon der Kopf schwirren. Wir schlagen auf den folgenden Seiten ein paar Breschen in das Kürzel-Dickicht und geben Einblick in den aktuellen Stand der politischen Debatte. Deren Unübersichtlichkeit rührt auch daher, dass nach wie vor nur Bruchteile der viele tausend Seiten umfassenden Vertragsentwürfe und Abstimmungspapiere öffentlich geworden sind. Diese Intransparenz hat System und führt zu wachsenden öffentlichen Protesten, so auch in Hamburg am 11. Oktober zum europäischen Aktionstag, zu dem auch die GEW aufruft. Unsere Artikelauswahl verdeutlicht die möglichen Gefahren, die von den Abkommen für den Bildungsbereich und die öffentliche Daseinsvorsorge, sogar für die Demokratie insgesamt ausgehen. Zudem beleuchten sie das politische Tauziehen zwischen den DGB-Gewerkschaften und der SPD, das jüngst für besonders viele – und zum Teil irreführende – Schlagzeilen sorgte. ML

## Gefahr für die Bildung

Was Europäische Union (EU) und USA derzeit hinter verschlossenen Türen aushandeln, soll den grenzüberschreitenden Handel auch mit Dienstleistungen vereinfachen: TTIP

Ein Blick in die Zukunft: Kassel im Jahr 2020. Die private Fachoberschule (FOS) des US-Bildungskonzerns Apollo Inc. sorgt für Negativ-Schlagzeilen. „Von 27 Prüflingen fallen 25 durch's Abi“, meldet die Presse. Sofort starten die hessischen Schulaufsichtsbehörden eine Untersuchung – und entscheiden, die FOS wegen gravierender Qualitätsmängel zu schließen. Apollo Inc. schlägt zurück. „Wir werden diesen Angriff auf

unsere Möglichkeiten, Gewinn zu erzielen, nicht hinnehmen“, erklärt der Deutschland-Chef des US-Konzerns. Apollo verklagt das Land Hessen vor einem internationalen Schiedsgericht auf Schadenersatz.

### Klage, wenn Gewinn bedroht

„Kein wahrscheinliches Szenario, aber denkbar“, urteilt Professor Markus Krajewski, Rechtswissenschaftler an der Uni Erlangen-Nürnberg. Er ver-

weist auf das Freihandelsabkommen TTIP, das derzeit zwischen EU und USA ausgehandelt wird – ohne dass Parlamente oder die Öffentlichkeit genaue Kenntnis vom Inhalt erhalten. TTIP steht für Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft). Soweit bekannt, sieht das Abkommen unter anderem vor: Ausländische Unternehmen erhalten das Recht, die Regierung des Gastlandes vor einem Schiedsgericht zu verklagen, und zwar dann, wenn das Unternehmen glaubt, staatliche Vorschriften oder parlamentarische Entscheidungen bedrohten den Gewinn. Fachleute kritisieren diese „Investor-Staat-Schiedsverfahren“, weil sie die staatlichen Möglichkeiten angreifen, für Arbeits- und Verbraucherschutz, Gesundheit, Qualitätsstandards sowie Pro-



duktssicherheit zu sorgen. Die Schiedsverfahren sind zudem nicht öffentlich und unterliegen keiner demokratischen Kontrolle. Außerdem besitzen lediglich private Unternehmen das Recht, vor diesen Schiedsgerichten die Regierung zu verklagen – nicht aber Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen oder Privatpersonen. TTIP stößt auf starken Protest der Gewerkschaften, Globalisierungskritiker\_innen und Umweltschützer\_innen. Die GEW fordert, die TTIP-Verhandlungen sofort zu stoppen.

Glaubt man neoliberalen Politiker\_innen in Brüssel und Washington, wird dieses Freihandelsabkommen in der EU und den USA für zusätzliche Arbeitsplätze sorgen. Weil TTIP Zölle und „nichttarifäre Handelshemmnisse“ abbaut.

Laut Bundeswirtschaftsministerium geht es aber nicht nur um den Handel mit Waren, sondern auch um die „Liberalisierung unterschiedlicher Dienstleistungsbereiche“. Gemeint sind Dienstleistungen von Banken, Versicherungen, Anwaltskanzleien, Marketingagenturen und Unternehmensberatungsfirmen. Fachleute gehen davon aus, dass TTIP auch Bildungsdienstleistungen erfasst. Müssen Schulen, Hochschulen und Weiterbildungsinstitute damit rechnen, dass ihnen US-Bildungskonzerne Konkurrenz machen? Sind Arbeitsplätze an deutschen Bildungseinrichtungen bedroht?

„Der Markt für privat finanzierte Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in Deutschland ist bereits geöffnet“, betont Prof. Krajewski. Er verweist auf das weltweite Freihandelsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services), das die EU 1994 unterzeichnet hat. GATS erlaubt beispielsweise ausländischen

Unternehmen, in der EU privat finanzierte Hochschulen zu gründen. Gestattet ist auch, dass Unternehmen mit Sitz in den USA oder in Indien grenzüberschreitende Angebote machen – etwa Online-Sprachkurse und -Weiterbildung. Von der Öffentlichkeit wenig beachtet tummeln sich US-Bildungskonzerne denn auch bereits in Deutschland.

### Noch gilt Subventionsvorbehalt

Allerdings gilt für private US-Unternehmen, die in der EU tätig sind, nach dem GATS-Abkommen eine wichtige Beschränkung: der Subventionsvorbehalt. Der besagt, dass ausländische Unternehmen und Privatpersonen kein Recht haben, die gleiche finanzielle staatliche Unterstützung einzufordern wie europäische Inländer. So haben die EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihr nationales öffentliches Bildungswesen zu stärken – und vor dem Wettbewerb mit ausländischen kommerziellen Anbietern zu schützen.

Doch bleibt es dabei? „Uns wurde gesagt, dass öffentliche Bildung von TTIP nicht erfasst wird“, so Fred van Leeuwen, Generalsekretär von Education International, dem Weltverband der Bildungsgewerkschaften. „Das Problem ist allerdings, dass die Trennung zwischen öffentlicher und privater Bildung verwischt“, ergänzt van Leeuwen. Etwa dann, wenn eine öffentliche Hochschule Lehrende einsetzt, um kommerzielle Weiterbildungskurse für Berufstätige anzubieten. Van Leeuwen fordert, Bildungsdienstleistungen komplett aus dem Freihandelsabkommen herauszuhalten. Gelingt dies nicht, führe das womöglich zu einem „Zustrom US-amerikanischer for-profit-Unternehmen nach Europa“. Die

könnten dann Investor-Staat-Schiedsgerichte anrufen – und hätten das Recht, Regierungen wegen jeder Maßnahme zu verklagen, die ihre Gewinne berührt.

Auch Professor Christoph Scherrer, Politikwissenschaftler an der Uni Kassel, äußert sich besorgt. Er warnt in einer Studie zu TTIP davor, dass insbesondere US-amerikanische und britische Hochschulen und Bildungsanbieter „seit längerem stärker international ausgerichtet sind“.\* Erleichtert TTIP diesen Unternehmen, ihre Angebote grenzüberschreitend zu erbringen oder im Gastland eine Niederlassung zu betreiben, hätte dies Folgen – zumindest für private Bildungseinrichtungen. „Dies könnte zu Konkurrenzeffekten führen“, so Scherrer. Heimische Anbieter gerieten unter Anpassungsdruck, müssten etwa Personalkosten senken. Mögliche Folgen: „Auslagerungen, atypische Beschäftigungsformen oder Absenkung tariflicher Standards.“ Und deutsche Schulbehörden hätten große Probleme, eine private FOS zu schließen, die gravierend gegen Qualitätsstandards verstößt.

MATTHIAS HOLLAND-LETZ,  
FREIER JOURNALIST

\*Christoph Scherrer: Das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA. Forschungsbericht. Kassel, Januar 2014 (noch nicht veröffentlicht)

Weitere Infos auf der GEW-Website



# Neoliberale Freihandelsabkommen stoppen



## DEMONSTRATION

### Am europäischen Aktionstag

**11. Oktober 2014**

**Treffpunkt:** 13.00 Uhr am Gewerkschaftshaus  
(Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg)

**Abschlusskundgebung:** am Gänsemarkt

Für Gemeinwohl und Demokratie statt Konzerninteressen. Keine Abkommen zu Lasten von Beschäftigten, Verbrauchern und Umwelt! Kommen die Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP), Kanada (CETA) und weiteren Ländern (TiSA), befürchten wir (u.a.):

- Weitere Privatisierung von Krankenhäusern, Pflegeheimen, HVV, Wasserversorgung und Energie
- Weniger Lebensmittelsicherheit, z.B. Gentechnik und Hormonfleisch. Den Abbau von Arbeitnehmer/innenrechten und sozialen Standards. Weniger sozialen Wohnungsbau
- Datenschutz und Netzneutralität werden eingeschränkt
- Abbau von Kulturförderung und Privatisierung öffentlicher Bildung
- Volksentscheide gelten nicht

mehr  
■ Fracking wird erlaubt

#### **Blosse Horrormärchen? Wir fürchten: Nein!**

Die Verhandlungen zwischen EU und USA finden geheim statt. Selbst die EU-Parlamentarier dürfen die Forderungen der USA an ihre Ländern nicht einsehen. Trotzdem sind Dokumente in die Öffentlichkeit gelangt und zeigen: Unsere Befürchtungen sind leider begründet. Aktuell werden von der Europäischen Union TTIP mit den USA und TiSA mit 23 weiteren Staaten verhandelt. CETA, das Abkommen mit Kanada, steht sogar kurz vor der Verabschiedung in den Parlamenten.

#### **Was ist so schlimm an den Freihandelsabkommen?**

Es geht nicht um den Abbau

von Zöllen. Die gibt es zwischen EU und USA kaum noch. Ziel ist der Abbau von Standards und Rechten. Denn die angestrebten Vereinheitlichungen bergen die Gefahr, dass das jeweils niedrigere Schutzniveau zum Maßstab wird. Betroffen wären die Arbeitsrechte, Verbraucher- und Umweltschutz, die öffentliche Daseinsvorsorge.

#### **Demokratie for sale?**

Multinationale Konzerne sollen das Recht erhalten, gegen demokratisch beschlossene Gesetze vor geheim tagenden Schiedsgerichten zu klagen, die aus jeweils drei Anwälten aus internationalen Kanzleien bestehen, außerhalb der bestehenden Rechtsprechung. Es geht um „Schadenersatz“ für entgangene Gewinne durch höhere Löhne (Mindestlohn!), Sozial-

Gesundheits- oder Umweltstandards. Solche Verfahren gibt es bereits: Vattenfall klagt gegenwärtig vor einem Schiedsgericht der Weltbank gegen die BRD auf 3,7 Mrd. Euro Entschädigung für entgangene Gewinne durch die Abschaltung von AKWs. Solche Verfahren sollen in allen Bereichen möglich werden. Ziel ist eine weitgehende Machtverschiebung von gewählten Parlamentariern und der Justiz zu multinationalen Konzernen.

## Was wollen wir?

Umfang und Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU müssen voll gewahrt werden. Bildung, Gesundheitsversorgung, soziale und arbeitsmarktbezogene Dienste, aber auch audiovisuelle und kulturelle Werke dürfen nicht Ge-

genstand des globalen Freihandels sein, dürfen nicht zur Ware werden! Wir wollen keine weitere neoliberale Privatisierung und Deregulierung. Wir wollen soziale, ökologische und faire Handelsbeziehungen, in der EU und weltweit. Wir brauchen den

globalen Ausbau von Umwelt-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzregeln.

Es ist 5 vor 12! Das CETA-Abkommen steht bereits vor dem Abschluss – es muss ebenso verhindert werden wie TTIP und TiSA deswegen:

**Jetzt demonstrieren,  
Freihandelsverhandlungen  
stoppen!**

**Wir wollen eine  
EU-Handelspolitik,  
die sozial, ökologisch  
und gerecht ist!**

## Europäische Bürgerinitiative (EBI)

Gegen das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und der EU mit USA (TTIP) hat ein breites Bündnis aus rund 230 Organisationen aus 18 Mitgliedsländern eine Europäische Bürgerinitiative eingereicht. Die Initiative „Stop TTIP“ hat die EU-Kommission aufgefordert, dem EU Ministerrat zu empfehlen, das Handlungsmandat über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) aufzuheben und das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) nicht abzuschließen.

**Die EU-Kommission hat jetzt die Registrierung und Zulassung der Europäischen Bürgerinitiative** gegen die transatlantischen Freihandelsabkommen mit der Begründung **abgelehnt**, dass es sich bei den Verträgen nicht um einen Rechtsakt handelt. Vielmehr gehe es nur um interne Vorbereitungsakte zwischen den EU-Organen, die durch eine Bürgerinitiative nicht anfechtbar seien. Damit werden demokratische Rechte auf Beteiligung ausgehebelt.

**Bündnis gegen TTIP und CETA zieht vor den Europäischen Gerichtshof  
... und startet die geplante Unterschriftenaktion selbstorganisiert.**

Das Bündnis „Stop TTIP“ hat entschieden, Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative zu TTIP und CETA durch die Europäische Kommission einzulegen. Die Organisatoren kündigten außerdem an, dass die Europäische Bürgerinitiative wie geplant durchgeführt werde, auch ohne Anerkennung durch die EU-Kommission. Die Unterschriftenaktion wird voraussichtlich Anfang Oktober starten und ist dann auf der Internet-Seite „TTIP unfairhandelbar“ abzurufen.



// VORSITZENDE //

GEW-Hauptvorstand • Postfach 90 04 09 • 60444 Frankfurt am Main

Bundesminister für  
Wirtschaft und Energie  
Herrn Sigmar Gabriel, MdB  
11019 Berlin

Frankfurt, 23. September 2014  
MT/NK  
Telefon: 069/78973-108  
Fax: 069/78973-202  
E-Mail: [marlis.tepe@gew.de](mailto:marlis.tepe@gew.de)

*Sehr geehrter Herr Bundesminister,*

im Namen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und in Übereinstimmung mit unseren europäischen Partnern des European Trade Union Committee for Education (ETUCE) möchte ich unsere schwerwiegenden Bedenken gegen das geplante Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der EU zum Ausdruck bringen.

Die Haltung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) ist Ihnen hinlänglich bekannt. In Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben Sie am Wochenende betont, die Verhandlungen zu TTIP seien auf der Grundlage der mit dem DGB vereinbarten Voraussetzungen zu führen. Wir begrüßen dies. Ich muss aber zugleich betonen, dass es dazu einer sofortigen Aussetzung der Verhandlungen und einer Neufassung des Verhandlungsmandats bedürfte, um die vereinbarten Ziele wirksam durchsetzen zu können.

Die gleichen inhaltlichen Be-

denken wie gegenüber TTIP gelten für uns auch im Hinblick auf CETA. Dies ist umso dringlicher, als ein abgestimmter Vertragstext vorliegt. Das von Ihrem Haus gestern veröffentlichte Gutachten zum Investitionsschutz kann diese Bedenken leider nicht entkräften. Im Gegenteil: Der Gutachter verweist selbst auf die eingeschränkte Aussagekraft und auf fehlende verlässliche Anhaltspunkte dafür, wie die im Vergleich zur bisherigen Praxis teils erheblich modifizierten Begriffe in der Schiedsgerichtspraxis ausgelegt würden. Eine wissenschaftliche Analyse zu CETA liege danach bislang insgesamt nicht vor. Wir appellieren deshalb umso dringender an Sie,

- dem vorliegenden Vertragstext nicht zuzustimmen,
- sich für eine allgemeine, weitgehende und eindeutige Ausnahmeregelung für die öffentliche Daseinsvorsorge, insbesondere Bildung einzusetzen und
- eine Streichung der Investitionsschutzklausel einschließlich der Regelungen zur Sondergerichtsbarkeit einzufordern.

Im Übrigen schließen wir uns der gemeinsamen kritischen Bewertung unseres europäischen Dachverbandes an, die in diesen Tagen allen Regierungen in den EU-Mitgliedsstaaten zugeleitet wird.

Die Europäische Kommission und die Regierung Kanadas beabsichtigen, den Abschluss der Verhandlungen zum CETA-Abkommen auf dem kommenden Kanada-EU-Gipfeltreffen am 25. und 26. September 2014 in Ottawa zu erklären. Über die weitreichenden Verpflichtungen gegenüber privaten Anbietern von Bildungsdienstleistungen, die die EU und ihre Mitgliedsstaaten im CETA-Abkommen einzugehen bereit sind, sind wir außerordentlich besorgt. Sie bergen ernsthafte Risiken für die Bildungspolitik, für Bildungseinrichtungen, für Lehrkräfte, Kitakinder, Schülerinnen und Schüler, Studierende und berufstätige Menschen in Weiterbildung.

Handelsregelungen können den Spielraum für politische Gestaltung ernsthaft einschränken und den Druck in Richtung Privatisierung und Kommerzialisierung massiv verstärken, wenn sie



auf öffentliche Dienstleistungen wie Bildung angewendet werden. Aus diesem Grund wird Bildung in den verschiedenen Handelsabkommen, an denen die EU beteiligt ist, bisher weitgehend ausgenommen.

Die Einbeziehung von Bildung in CETA hätte ernste Konsequenzen: Die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der EU-Mitgliedsstaaten, den Marktzugang für private und profitorientierte Bildungseinrichtungen zu gestalten und Standards für ihre Qualität zu setzen, würde erheblich eingeschränkt. Jede Maßnahme im Rahmen von Zertifizierungs- und Genehmigungsverfahren, die dem Zweck der Sicherung hoher Qualitätsstandards dient, könnte als „verdecktes Handelshemmnis“ oder eine „mehr als notwendige Belastung des Handels“ gewertet werden.

Darüber hinaus sieht das geplante CETA-Abkommen die Einfügung einer Investitionsschutzklausel (ISDS) vor. Diese Klausel ist äußerst umstritten und stößt in den deutschen und europäischen Gewerkschaften und in einer breiten zivilgesellschaftlichen Opposition sowohl im Hinblick auf das Handelsabkommen mit Kanada als auch mit den USA auf Ablehnung.

Das ISDS-Verfahren würde private Bildungsunternehmen in die Lage versetzen, alle Maßnahmen des jeweils anderen Staates, die angeblich mit ihren Profiterwartungen kollidieren, vor einem internationalen Tribunal anzufechten. Das könnte sich tiefgreifend auf den demokratischen Entscheidungsprozess in diesem Bereich auswirken. Darüber hinaus gewährt ISDS ein juristisches Schutzsystem, zu dem nur ausländische Investoren Zugang haben, wodurch einheimische Institutionen benachtei-

ligt werden. ISDS führt außerdem zur Umgehung des hiesigen Rechtssystems. Es gefährdet demokratische Entscheidungen und gesetzliche Regelungsfähigkeit. Die außerordentlich hohen Kosten für die Rechtsvertretung werden Regierungen wahrscheinlich bereits im Vorfeld davon abhalten, bestimmte politische Ziele zu verfolgen oder Regulierungsmaßnahmen zu treffen, die eine Auswirkung auf die Interessen ausländischer Investoren haben könnten. Die genannten Risiken stehen der Tatsache gegenüber, dass der genannte Mechanismus für die Handelsabkommen mit Kanada und den USA überhaupt nicht erforderlich ist.

Es ist darüber hinaus äußerst

Das ist völlig unzutreffend. Aus unserer Perspektive ist der Zusammenhang offensichtlich: Der der öffentlichen Anhörung zugrunde liegende Text zu ISDS im TTIP-Abkommen beruht auf der Formulierung des CETA-Abkommens. Die Aufnahme von ISDS in das CETA-Abkommen würde die Aufnahme im TTIP-Abkommen präjudizieren.

Angesichts der erheblichen und berechtigten Bedenken hinsichtlich ISDS sowie unter Berücksichtigung der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung zu ISDS fordern wir Sie auf, dafür einzutreten, ISDS aus CETA zu streichen und die Beratung mindestens solange ruhen zu lassen, bis die Fragen zu ISDS im



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVorSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKÉ – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

problematisch, dass die Europäische Kommission versucht, ISDS in CETA einzubeziehen, während sie zugleich die Auswertung der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung zu ISDS im Zusammenhang mit TTIP noch nicht abgeschlossen hat. Nach Auffassung der Europäischen Kommission besteht zwischen ISDS in CETA und in TTIP kein Zusammenhang.

TTIP-Abkommen geklärt sind. Dadurch soll verhindert werden, dass im Hinblick auf TTIP vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Marlis Tepe*

Marlis Tepe



# SPD einigt sich

Die SPD hat im TTIP-Streit einen Kompromiss beschlossen. Die Verhandlungen sollen auf Grundlage eines mit dem DGB verfassten Positionspapiers geführt werden

Die SPD hat eine gemeinsame Linie für die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) beschlossen. SPD-Chef Sigmar Gabriel sagte nach einem nicht öffentlich tagenden Parteikonvent, die 200 Delegierten hätten bei sieben Nein-Stimmen und drei Enthaltungen dafür ge-

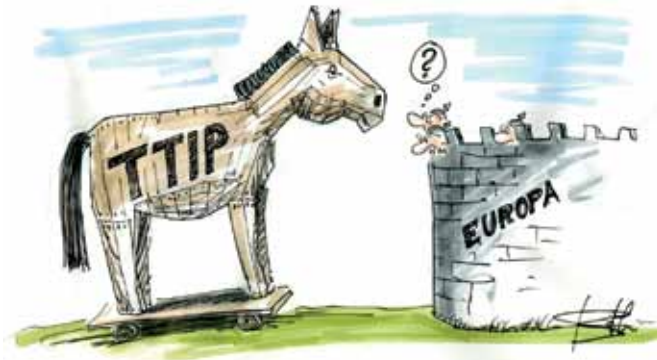
delsabkommen darf Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden." Ein Dumping-Wettbewerb, in dem sich Staaten und Unternehmen Vorteile durch Sozial- und Umweltschutzdumping verschaffen, werde abgelehnt.

Deutschland spielt bei den

hatte von Gabriel im Vorfeld des Konvents eine Klarstellung gefordert. Es dürfe keine Sondergerichte geben, vor denen Konzerne Staaten verklagen können, zudem keine Verschlechterungen bei Arbeitnehmerrechten, im Kulturbereich und für Verbraucher. Zudem dürfe die öffentliche Daseinsvorsorge nicht gefährdet werden. Und am Ende müsse eine Abstimmung über das TTIP-Freihandelsabkommen im Bundestag stattfinden. Einen SPD-Mitgliederentscheid lehnte Stegner ab.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte noch am Freitag betont: "Ich kann nur sagen, auch angesichts der großen Arbeitslosigkeit in Europa, ein Freihandel zwischen den beiden großen Wirtschaftsräumen der Welt ist von unschätzbarem Wert." Zudem warnte sie vor Panikmache: "All das, was da an Horror- und Schreckensszenarien ausgebreitet wird, wird es nicht geben", so die Kanzlerin. "Weder wird das Chlorthühnchen Einzug halten, noch werden gentechnisch veränderte Lebensmittel in Zukunft in die EU importiert werden können", sagte Merkel.

Umstritten ist auch das bereits ausgehandelte Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta), das als Blaupause für TTIP gilt und in dem der Gang vor Schiedsgerichte ermöglicht wird. Katharina Dröge, Sprecherin der Grünen-Fraktion für Wettbewerbspolitik, warf Gabriel einen "Eiertanz" vor. "Ceta darf so nicht kommen und muss gestoppt werden", sagte sie. Klageprivilegien für Konzerne seien ein Risiko für Demokratie und Rechtsstaat. Sie seien unnötig und gefährlich.



stimmt, dass die Verhandlungen auf Grundlage eines Positionspapiers geführt werden, dass er mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ausgehandelt hat. "Ich bin gegen den Abbruch von Verhandlungen", sagte Gabriel.

In dem Papier werden die Vorteile eines Wegfalls von Zöllen aufgeführt – schließlich gingen täglich Waren im Wert von zwei Milliarden Euro über den Atlantik. Eine Absenkung von Standards und Schutzklauseln für Investoren und Sonderschiedsgerichte lehnt es aber ab, ebenso Einschränkungen bei Arbeitnehmerrechten, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards.

Wörtlich heißt es in dem Papier, das seit Ende März diskutiert wird: "Das Freihand-

Verhandlungen eine wichtige Rolle. Zuvor war ein erster Antrag der Parteiführung für den Konvent als zu schwammig kritisiert worden, er wird nun ergänzt um die 14 Punkte aus dem Gabriel-/DGB-Papier. Der Landesverband Bremen, dem auch Vorstandsmitglied Carsten Sieling angehört, forderte hingegen in einem Antrag die Aussetzung der TTIP-Verhandlungen.

**Merkel warnt vor Panikmache**  
SPD-Vizechef Ralf Stegner

Das gemeinsame Papier von DGB und Wirtschaftsministerium findet sich auf der Webseite des DGB in der Rubrik „Internationales & Europa“ sowie als Teil eines Dossiers zum Thema TTiP: <http://www.dgb.de/themen/++co++683203bc-3f12-11e4-9551-52540023ef1a>

## Vorsicht, Tisa!

Während die Kritik an dem monströsen Projekt TTIP immer mehr Gehör findet, basteln die Vertreter von 50 Staaten an einem Abkommen, das alle öffentlichen Dienstleistungen, von Bildung über Gesundheit bis zur Energieversorgung, dem Privatsektor ausliefern würde

Stellen wir uns eine Welt vor, in der Schulkantinen von Unternehmen wie Coca-Cola oder McDonald's betrieben werden. Eine Welt, in der sich pakistanische und paraguayische Unternehmer absprechen, welchen Stundenlohn und wie viele Urlaubstage sie ihren Arbeitern gewähren.

Eine solche Welt erträumen sich die Vertreter von 50 Ländern, die sich von Zeit zu Zeit in der australischen Vertretung in Genf treffen. [...] Diese Länder repräsentieren mehr als 70 Prozent des Welthandels mit Dienstleistungen. Seit Februar 2012 befassen sie sich mit einem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement, Tisa), das sie bis zum Jahr 2015 zu beschließen hoffen.

Am 28. April kamen die Unterhändler erneut zusammen. Das war mitten im Europawahlkampf 2014, als der Widerstand gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) gerade Fahrt aufzunehmen begann. **Es ist das größte Vorhaben dieser Art, seit die Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) de facto festgefahren sind.** Damit will man einem der zentralen WTO-Abkommen, dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Gats), neues Leben einhauchen. [...]

Blicken wir zurück ins Grün-

dungsjahr der WTO. 1994 war es erst drei Jahre her, dass die Sowjetunion untergegangen und die Welt nicht mehr in rivalisierende Blöcke aufgeteilt war. Nachdem Jahrzehnte zuvor die westeuropäischen Diktaturen (Spanien, Portugal und Griechenland) abgetreten waren, wehte auch im Osten ein frischer Wind. Doch die Politiker kannten damals nur ein Ziel: Sie wollten alle Wettbewerbshindernisse aus dem Weg räumen. Deshalb wurde die WTO mit einer beispiellosen Machtfülle ausgestattet. Das Abkommen von Marrakesch zur Errichtung der Welthandelsorganisation schreibt explizit vor, dass jedes Mitglied „die Übereinstimmung seiner Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit seinen Verpflichtungen nach den im Anhang beigefügten Übereinkünften“ zu gewährleisten habe (Artikel XVI, Absatz 4).

**Das Gats ist ein Anhang des Marrakesch-Abkommens. Es strebt die „fortschreitende Liberalisierung“ sämtlicher Dienstleistungen an,** und zwar mittels „aufeinanderfolgender Verhandlungsrunden, die regelmäßig stattfinden, um schrittweise einen höheren Stand der Liberalisierung zu erreichen“ (Artikel XIX). Das bedeutet im Klartext, dass alle Dienstleistungsbereiche für den globalen Wettbewerb geöffnet und die lokalen und nationalen Besonderheiten eliminiert werden sollen.

Deshalb ist im Gats stets von „Dienstleistungsanbietern“ die Rede, egal ob es sich um staatliche Einrichtungen oder Privatunternehmen handelt. [...]

Das WTO-Verfahren sieht vor, dass jeder Staat Angebote (offers) formuliert, welche Dienstleistungsbereiche er zu liberalisieren gedenkt und welche Bereiche ausgenommen bleiben sollen. Ist die Marktöffnung in diesen Bereichen vollzogen, kann sie danach nicht mehr rückgängig gemacht werden. In den Folgeverhandlungen geht es nur noch um den Abbau der Ausnahmen, die bei den ursprünglichen Angeboten beansprucht wurden. Das Pendant zu den Angeboten sind Forderungen (requests), mit denen eine Regierung andere auffordern kann, bestimmte Bereiche für den Wettbewerb zu öffnen. Ziel ist das klassische Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage nach den Gesetzen des Markts, kurz: der komplette Durchmarsch der Marktwirtschaft.

2001 eröffnete die WTO eine neue Runde von Verhandlungen, die man nach dem ersten Konferenztage Doha-Runde nennt. Zugleich verkündete sie einen knappen Zeitplan für die Gespräche über den Dienstleistungssektor: Die Forderungen sollten bis Ende 2002, die Angebote bis Ende 2003 eingereicht sein. (1) **Die hinter verschlossenen Tü-**

## Schlagworte genügen nicht

Wir haben uns für den Ausdruck dieses sehr differenzierten Artikels entschieden, um damit der Komplexität des Themas Rechnung zu tragen.

**ren geführten Verhandlungen gerieten jedoch schon bald ins Stocken. Die maßlosen Forderungen der kapitalistischen Industrieländer stießen bei den Ländern des Südens auf Widerstand.** Den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) gelang es, mehr als 90 Staaten auf ihre Position einzuschwören.

### **Die „wirklich guten Freunde der Dienstleistungen“**

Auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong 2005 kam es dennoch zu einer Einigung über neue Schritte zur Marktöffnung im Rahmen des Gats 3. Doch nach den in Doha festgelegten Regeln gilt nichts als vereinbart, bevor nicht alles vereinbart ist. Um diese auf multilateraler Ebene unlösbare Krise zu überwinden, verständigen sich die Verhandlungsparteien in Hongkong darauf, stattdessen bilaterale oder plurilaterale Verhandlungen aufzunehmen, das heißt zwischen einzelnen Staaten oder zwischen Regionen beziehungsweise Ländergruppen. Wobei auf plurilateraler Ebene erzielte Vereinbarungen im Nachhinein dem Rest der Welt aufgezwungen werden können, was im WTO-Jargon als „multilateralisieren“ bezeichnet wird. Diese Möglichkeit ist explizit in Artikel II, Absatz 3 des WTO-Gründungsdokuments vorgesehen. Genutzt wurde diese Chance bisher schon bei Abkommen über den Handel mit zivilen Luftfahrzeugen, Milchprodukten und Rindfleisch sowie bei Vereinbarungen über die Regeln für öffentliche Ausschreibungen. [...]

Im Dezember 2011 musste die WTO-Ministerkonferenz in Genf offiziell erklären, dass die Verhandlungen festgefahren sind. Daraufhin konnte die GSC die Unterstützung der Regierungen von 50 Staaten für das Vorhaben gewinnen, ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Tisa) außerhalb des mul-

tilateralen Rahmens der WTO abzuschließen. Erste Verhandlungen haben die 50, die sich ohne jede Ironie den offiziellen Namen „Wirklich gute Freunde der Dienstleistungen“ zugelegt haben, im Februar 2012 aufgenommen. Ein Jahr später gab der EU-Ministerrat, in dem die einzelnen Mitgliedstaaten Sitz und Stimme haben, sein Verhandlungsmandat an die Europäische Kommission ab. Genau wie im Fall des transatlantischen Freihandelsabkommens wurde das Dokument, das die Verhandlungsposition der EU begründet, bislang nicht öffentlich gemacht.

Im Juli 2013 zogen die „Wirklich guten Freunde“ auch das EU-Parlament auf ihre Seite. Die Mehrheit äußerte sich in einem Entschließungsantrag „erfreut über die Einleitung von Verhandlungen“.(2) Diese finden wie gesagt in der australischen Botschaft in Genf statt. Die Verhandlungsunterlagen bleiben wie üblich geheim, wobei die USA ganz auf Nummer sicher gehen wollen: Ihre Vorlagen sollen noch für „fünf Jahre nach Inkrafttreten des Tisa“ als geheim klassifiziert werden und selbst bei Nichteinigung für fünf Jahre nach dem Ende der Verhandlungen.(3)

Seine Ziele wie seine Verfahren hat das Tisa einfach von seinem Vorgänger Gats übernommen. Als höchste Priorität wird definiert, die Privatisierung in allen Bereichen voranzutreiben und zu verhindern, dass die einmal dem freien Markt beziehungsweise dem Privatsektor überlassene Dienstleistungen jemals wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Was das Verhandlungsverfahren anbelangt, so wird am System von Angeboten und Forderungen festgehalten, die sich jeweils nicht nur auf die verschiedenen Dienstleistungen, sondern auch auf die Art ihrer Erbringung beziehen sollen. Hauptziel ist dabei stets, sämtliche Beschränkungen

durch Gesetze und Vorschriften abzubauen.

Tisa adoptiert auch Artikel XVII, Absatz 1 des Gats und damit das Prinzip der „Inländerbehandlung“. Demnach „gewährt jedes Mitglied den Dienstleistungen und Dienstleistungserbringern eines anderen Mitglieds hinsichtlich aller Maßnahmen, welche die Erbringung von Dienstleistungen beeinträchtigen, eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die, die es seinen eigenen gleichen Dienstleistungen und Dienstleistungserbringern gewährt.“ Das bedeutet zum Beispiel: Wenn eine ausländische Privatschule oder Privatuniversität in Frankreich eine Niederlassung gründet, muss der Staat diese in der gleichen Höhe finanzieren wie seine eigenen öffentlichen Bildungseinrichtungen. Da dies mittelfristig den Haushalt sprengen dürfte, hätte der Staat keine andere Wahl, als auch auf die Finanzierung der französischen Schulen und Universitäten zu verzichten.

Ist ein Staat den Forderungen nach Marktöffnung erst einmal nachgekommen, verbietet Artikel XVI des Tisa ohnehin den Fortbestand öffentlicher Monopole, etwa des staatliche Bildungssystems, ebenso wie eine Monopolstellung für Dienstleistungserbringer selbst auf regionaler oder lokaler Ebene, wie etwa kommunale Wasserwerke.

Wie schon beim Gats sollen möglichst alle Sicherheits- und Hygienevorschriften am Arbeitsplatz sowie der Umwelt- und Verbraucherschutz gelockert werden. Am meisten interessiert die Privatisierer aber die Grundversorgung, also all das, was ein Staat dem gesamten Gemeinwesen zur Verfügung stellt: Gesundheitsversorgung, Bildung, Post und so weiter.

### **Die Privatisierung kennt kein Zurück**

Zwei weitere vom Gats

übernommene Klauseln sollen verhindern, dass ein einmal privatisiertes Dienstleistungsunternehmen später wieder an die öffentliche Hand zurückgeht: **Die Stillhalteklausele macht das erreichte Niveau der Liberalisierung für alle Sektoren verbindlich und damit die Rückkehr zu öffentlichen Dienstleistungen unmöglich.** Damit wäre zum Beispiel eine Rekommunalisierung der Wasserversorgung blockiert.

Eine Ratchet-Klausel (Einrastklausele) schreibt überdies fest, dass alle Änderungen des legislativen Rahmens „zu mehr, jedoch keinesfalls zu weniger Vertragskonformität führen müssen“. Das soll verhindern, dass neue öffentliche Dienstleistungen, etwa im Bereich der Energieversorgung, entstehen können.

In einigen Bereichen begnügt sich das Tisa jedoch nicht damit, das Gats zu kopieren, sondern verfolgt ehrgeizigere Ziele. Nach den Gats-Regeln war es noch möglich, etwa den Bildungssektor, die Gesamtheit oder Teile des Gesundheitssystems oder der kulturellen Einrichtungen grundsätzlich vom Prinzip der Inländerbehandlung auszunehmen. Im Tisa hingegen soll das Prinzip automatisch auf alle Dienstleistungssektoren angewandt werden. Ausnahmen von dieser Regel können von den Regierungen zwar auf einer Negativliste vermerkt werden, doch diese soll regelmäßig überarbeitet werden.

Ein vertrauliches Dokument vom 14. April dieses Jahres, das im Juni auf Wikileaks publik gemacht wurde, gewährt einen interessanten Einblick in die Verhandlungen über die Finanzdienstleistungen, inklusive der von Post und Versicherungen angebotenen Leistungen. Bei seiner Lektüre drängt sich eine

Erkenntnis auf: Auch nach der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise ist der Willen zur weiteren Deregulierung des gesamten Sektors ungebrochen. Zu den Restriktionen, die zusätzlich beseitigt oder von vornherein verhindert werden sollen, gehören Größenbegrenzungen für Finanzinstitute, Einschränkungen der Geschäfte, die Banken ausüben dürfen, Beschränkungen beim Geldtransfer, staatliche Monopole, Offenlegungspflichten bei Geschäften in Steueroasen oder Kapitalverkehrskontrollen zur Begrenzung des Zuflusses von Spekulationskapital.

Die Internationale für öffentliche Dienste (PSI), ein internationaler Gewerkschaftsbund, in dem 154 Länder vertreten sind, fasst die Entwicklung so zusammen: „Tisa gehört zu einer Reihe neuer Handels- und Investitionsabkommen, die tendenziell die alarmierende Zielsetzung verfolgen, auf der Grundlage gesetzlich verbindlicher Regelungen Investorenrechte zu institutionalisieren und Handlungsspielräume von Regierungen in Bereichen einzuschränken, die nur entfernt mit Handelsfragen zu tun haben.“

Die EU-Kommission geht davon aus, dass die WTO der institutionelle Rahmen des Dienstleistungsabkommens ist.<sup>(4)</sup> Dessen Geltungsbereich würde damit über den inneren Kreis der Genfer Verhandlungspartner hinaus ausgedehnt. Die WTO

bestätigt, dass plurilaterale Handelsabkommen Teil der eigenen Übereinkünfte darstellen und „für Mitglieder, die sie angenommen haben, bindend“ sind.<sup>(5)</sup> Darüber hinaus sieht das Tisa die Möglichkeit vor, dass sich zwei oder mehr WTO-Mitgliedstaaten untereinander auf Vereinbarungen zur Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen einigen.

**Das Dienstleistungsabkommen Tisa steht in einer Reihe mit dem Multilateralen Investitionsabkommen (MAI), dem Anti-Piraterie-Abkommen (Acta) und dem transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP).** All diese zusammenhängenden Projekte zur Ausweitung des Freihandels verfolgen das Ziel, die Souveränität des Volks zugunsten eines angeblich übergeordneten Rechts der Investoren auszuhebeln. Inspirator und treibende Kraft hinter diesen Plänen sind die transnationalen Konzerne. Doch umgesetzt werden sie von den Regierungen, die sich damit ihren eigenen Einflussbereich bescheiden, und vor allem von supranationalen Institutionen wie Europäischer Union, WTO und Internationalem Währungsfonds, die keiner wirksamen demokratischen Kontrolle unterliegen.

RAOUL MARC JENNAR  
Aus dem Französischen von  
Nicola Liebert

Le Monde diplomatique Nr. 10511  
vom 12.9.2014 (leicht gekürzt)

- (1) „Doha Declarations“, WTO, Genf 2003: [onlinebookshop.wto.org](http://onlinebookshop.wto.org).
- (2) Eine Analyse der Vereinbarungen findet sich auf der Website des Autors: [www.jennar.fr](http://www.jennar.fr).
- (3) Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments B7-0314/2013 vom 4. Juli 2013, angenommen mit 526 gegen 111 Stimmen.
- (4) The Trade in Services Agreement (Tisa): [ec.europa.eu](http://ec.europa.eu).
- (5) „The Tisa Initiative: an Overview of Market Access Issues“, WTO Staff Working Paper ERSD-2013-11, Genf, 17.11.2013.



# So mahnen richtige Männer ab!

Personalabteilungen großer Konzerne bedienen sich zunehmend Anwaltskanzleien, die darauf spezialisiert sind, Betriebsräte und ihre Gewerkschaften klein zu kriegen

Große Anwaltskanzleien und Media-Agenturen fungieren zunehmend wie Wirtschaftsunternehmen und bieten Fachtagungen für Unternehmen an mit dem Ziel, Betriebsräte und Beschäftigte systematisch durch Bespitzelung, Abmahnungen, Kündigungen, Bestechung, Diffamierung und Spaltung der Belegschaft einzuschüchtern und zu bekämpfen.

Hamburg darf als ein Zentrum von Union Busting gelten. Hier tummeln sich auffällig viele Vertreter eines Hardcore-Arbeitsrechts, die regelrecht Krieg

gegen Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschafter\_innen führen.

Diese aggressiven Arbeitgebemethoden sind kein Einzelfall, sie geschehen mit Hilfe professioneller Anwälte und Berater und haben zu einer Flut von Arbeitsgerichtsverfahren geführt.

Im September beehrten gleich zwei dieser Union Busting Institute Hamburg.

Am 16.9. schulte die berühmte Kanzlei Schreiner +Partner Personalverantwortliche im Grand Elysee in Sachen Kündigung, Abmahnung und Beherr-

schung von Betriebsräten.

Vom 23.-25.9. schulte das Institut BWRmed!a Personalverantwortliche zu Kündigung von Betriebsratsmitgliedern, Streikbrechereinsatz auch ohne Beteiligung des Betriebsrats. (s. Foto unten)

Zur Überwachung und Kontrolle: „So dürfen Sie Arbeitsleistung und Verhalten Ihrer Mitarbeiter überwachen, die Kündigung einer schwangeren Mitarbeiterin, Arbeitsrecht für Männer – Kühnkompetent – kreativ. So mahnen richtige Männer ab: Mit dem brandneuen Abmahnungs-Notfall-Koffer!“ Zitate aus dem Hause bwrmedia.

Die Arbeitgebertage BWRmed!a bilden eine Schnittstelle zwischen etablierten Kanzleien, verrufenen Hardcore-Anwälten, Uni-Professoren und Unternehmern mit gesteigertem Aggressionspotenzial. Regelmäßiger Referent ist z.B. Mathias Kühnreich aus der einschlägigen Anwaltskanzlei „Buse Heberer Fromm“. Diese belässt es nicht bei der Theorie, sondern ist aktiv in die Zerschlagung von Betriebsräten involviert, so für die Steakhaus-Kette Maredo und den Call-Center-Betreiber Sellbytel.

Die Strategie ist dieselbe wie bei den geplanten Freihandelsverträgen; Konzerne und Lobbyisten wollen sich sämtlicher Lebensbereiche bemächtigen. Die privaten Schiedsgerichte bei Investorenschutzklagen werden genau von solchen Kanzleien und Anwälten besetzt, die durch diese Verfahren hohe Gewinne einstreichen.

Siehe auch: <http://arbeitsunrecht.de/>

**Weitere Informationen unter:** Elmar Wigand/Werner Rügemeier: „Studie Union Busting in Deutschland“, Veröffentlicht bei der Otto-Brenner-Stiftung



Am 24.9. fand in Hamburg/ Speicherstadt eine Protestkundgebung anlässlich der Arbeitgebertage von BWRmed!a statt. Ca. 70 Kolleg\_innen forderten diese aggressive Praxis zu beenden. Im Bild (Mitte) Elmar Wigand



# Rechtsabbieger verhindern

Weitere Infos und Seminarangebote unter  
[www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html](http://www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html)

## Etabliert sich die AfD nach den Landtagswahlen? Reihe: Neue Entwicklungen der extremen Rechten

**Mo. 6. Oktober 2014,  
19.30 Uhr - 21.30 Uhr  
Curiohaus, Raum A**

Leitung: Kai Budler,  
freier Journalist

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat es geschafft, ins Europäische Parlament und in die Landesparlamente in Sachsen, Thüringen und Brandenburg mit Ergebnissen um die 10 Prozent einzuziehen. In diesem erschreckend eindeutigen Erfolg hallt wider, was sich in ganz Europa in sehr unterschiedlicher Weise, aber auch in Deutschland als Neo-Nationalismus und reaktionärer Rollback manifestiert. Nicht mehr nur Anti-EURO-Politik und antimuslimischer Populismus, sondern auch Themen wie „Homo-Ehe“, Feminismus, Gender-Mainstreaming geraten ins Visier und werden als „Tugendterror“ denunziert. Bei dieser Veranstaltung sollen deshalb noch einmal genauer die Wahlerfolge in den ostdeutschen Bundesländern und deren Ursachen analysiert werden. Uns interessieren besonders folgende Fragen: Wie hat die AfD ihren Wahlkampf geführt? Wie war sie in den Ländern überhaupt präsent und vor Ort wahrnehmbar? Mit welchen Themen hat sie gepunktet? Gibt

es inhaltliche bzw. personelle Schnittmengen mit der extremen Rechten und welche Auswirkungen haben die Ergebnisse auf die NPD? Wie wirkt sich der Erfolg auf die Haltung und die Debatten in der CDU aus? Wie sind die Wähler\_innenströme zur AfD aus allen politischen Lagern zu erklären? Welche Strategien hatten die anderen Parteien ggü. der AfD, insbesondere aber auch die Parteien des linken Spektrums? Gab es aus antifaschistischen, feministischen oder migrantischen Initiativen und Organisationen Auseinandersetzungen mit diesem rechtspopulistischen Cocktail rückwärtsgewandter Anschauungen?

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg e. V.

## Überzeugend auftreten und zielwirksam argumentieren

Wer im beruflichen Alltag und bei der gewerkschaftlichen Arbeit Arbeitsergebnisse, Lösungsvorschläge und Ideen präsentiert, will überzeugen - mit seiner Person und mit der Darstellung seiner Inhalte. In diesem Seminar wird in einem rhetorischen Spiel trainiert, wie Argumente und Überzeugungsstrategien wirksam entfaltet werden können. Anschließend werden die produzierten Ideen gemeinsam für die eigene Alltagspraxis maßgeschneidert und schließlich erprobt.

**Samstag 01.11.2014,  
10-17 Uhr, Hamburg,  
GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15**

Leitung: Wolf-Peter Szepansky  
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 40 €)  
**Meine Daten gehören mir**  
Wie bewege ich mich im Internet ohne ungewollt Datenspuren zu hinterlassen? Können wir unsere Daten überhaupt schützen? Und wenn ja: wie funktioniert das? Dieser Workshop nimmt die aktuelle Debatte zum Ausgangspunkt einer alltagspraktischen Einführung: Die Teilnehmer\_innen können praktisch lernen, wie sie Daten auf ihrem Computer und im Internet schützen.

**Samstag 08.11.2014,  
11-16 Uhr, Hamburg,  
GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15**

Leitung: Beate Ruffer  
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 40 €)  
In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

## Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail ([meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)), telef. (040-41 46 33 22), online ([gew-hamburg.de/seminare](http://gew-hamburg.de/seminare)), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 - 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher\_innen, Referendar\_innen, Studis, Erwerbslose,... Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

# Schule statt Steinbruch

In Hamburg-Billstedt ersteigern Kinder der Grundschule Mümmelmansberg eine stattliche Summe für ihre selbstgestalteten T-Shirts. Das Geld ist ihre Spende gegen Kinderarbeit

„25 € zum Erstem, zum Zweiten unnd... zum Dritten. Dieses Puppen-T-Shirt mit der Aufschrift *Kinder sollen glücklich sein* geht an Sie. Herzlichen Glückwunsch. Geben Sie das Geld bitte hier in die Spendenkasse.“ Der Moderator Benjamin Matthews und die Schauspielerin Collien Ulmen-Fernandes animieren die Anwesenden im Billstedt Center zum Bieten. Begeistert unterstützen die Kinder der Grundschule Mümmelmansberg sie dabei.

2 € – 3 € – 5 € – 8 € – 10 € – 15 € – 20 € .... Alle bieten fröhlich mit und ersteigern Puppen-T-Shirts: Eltern, Lehrerinnen, Kunden,

Centermitarbeiter\_innen und auch Betriebe aus dem Center. Viele erhöhen sogar ihr eigenes Gebot immer wieder, um das Schulprojekt „Schule für Steinbruchkinder“ in Indien zu unterstützen

Einen Tag vor dem ‚Internationalen Kindertag‘ ist dies eine weitere Aktion der Projektgruppe „Kinder nähen gegen Kinderarbeit“ von der Grundschule Mümmelmansberg, die auch schon am Welttag gegen Kinderarbeit am 12.6. in der Hamburger Innenstadt mehr als 450 Euro Spenden gesammelt hatte. Der Erlös geht an das von der GEW Stiftung Fair Childhood unter-

stützte Steinbruch Schulprojekt, dessen Anliegen es ist, Bildung statt Kinderarbeit zu ermöglichen.

Große Gestelle mit 399 Puppen-T-Shirts stehen vor und hinter der Versteigerungsbühne.

Viele bleiben stehen, um sich zu informieren und sie sind sehr beeindruckt von dem, was sie hier sehen.

Nach der Begrüßung der anwesenden Gäste und der beiden Lehrerinnen Tanja Breitlow und Birgit Matthiesen, die das Schulprojekt „Kinder nähen gegen Kinderarbeit“ geleitet haben, stellt der Moderator die Charity-Auktion zugunsten „FairChild-



Foto: Volker Peters

Die Spendeneintreiber\_innen in Aktion

hood Stiftung“ vor und bittet nun die Kinder auf die Bühne. Sie kommen mit einer langen Wäscheleine, auf der ihre puppen-großen T-Shirts befestigt sind und stellen sich aufgeregt auf dem Podium für die anwesenden Pressefotografen auf.

Nun beginnt die Versteigerung mit großem Hallo. Ozan, Vanessa, Julien, Akbarshah, Paula, Alihan und die anderen helfen begeistert mit. Sie holen die T-Shirts von den Gestellen und stellen sie vor: ‚Kinder sollen spielen‘, ‚Kinder sollen Lernen‘, ‚Kinder sollen Fußball spielen‘, ‚Kinder sollen lesen‘, ‚Kinder sollen Kleidung haben‘ .... Julien darf den Versteigerungshammer auch mal schwingen und ist begeistert. „Es ist bei genauem Hinsehen so viel auf einigen T-Shirts zu sehen, was man auf den ersten Blick gar nicht wahrgenommen hat“, staunt die Moderatorin. Man kann auch zum Moderator kommen und sich ein T-Shirt wünschen, das von den Kindern geholt wird. Ist das Anfangsgebot abgegeben, ruft der Moderator das T-Shirt auf und, wenn man nicht überboten wird,

### Schule für Steinbruchkinder

In Rajasthan, einem armen Bundesstaat südlich von Delhi, leben die Menschen in vielen Regionen von der Natursteingewinnung. Eine dieser Regionen ist der Bundi-Distrikt, ca. 200 Kilometer südlich der Landeshauptstadt Jaipur. Hier haben sich viele Wanderarbeiter mit ihren Familien und Kindern angesiedelt. Es handelt sich meist um Dalits, Unberühbare. Ihre Kinder sind in den Schulen der angrenzenden Dörfer nicht willkommen. Vielfach verweigern die Behörden diesen Kindern mit fadenscheinigen Argumenten den Schulbesuch. Trotz Verbots seit über 60 Jahren lebt die Kastengesellschaft weiter. Für die Kinder dieser Wanderarbeiter unterstützt Fair Childhood ein schulisches Projekt, durch das die Migrantenkinder eine echte Alternative zur Arbeit in den Steinbrüchen erhalten. Durch das Projekt werden 500 Familien in dieser Steinbruchgegend erreicht. Mit Unterstützung örtlicher Gewerkschaften wird die staatliche Übernahme der Schule am Ende der Projektlaufzeit vorbereitet.

Die Stiftung Fair Childhood ist auf die Spenden, aber auch auf die Mitarbeit von GEW-Kolleginnen und -Kollegen angewiesen, um der Kinderarbeit den Kampf anzusagen: „Der Arbeitsplatz von Kindern ist die Schule“.

Wir freuen uns über Eure/Ihre Spende(n) auf das folgende Spendenkonto, Bank für Sozialwirtschaft, Konto-Nr.: 984 0 000, BLZ: 700 20 500, **IBAN: DE16700205000009840000, BIC: BFSWDE33MUE**

erhält man es.

Innerhalb von weniger als zwei Stunden kommen über 1100 € zusammen. Dadurch kann die Schule der Steinbruchkinder einen großen Schritt auf

ihrem Weg vorankommen, Kindern eine menschenwürdige Zukunft zu geben.

Ein toller Erfolg.

VOLKER PETERS

An alle GEW- Mitglieder in den Beruflichen Schulen

## Endlich vereint! Das wollen wir feiern.



Die Fachgruppen Handel, Gewerbe einschließlich aller KollegInnen der beruflichen Fachrichtungen wurden mit dem Beschluss des Gewerkschaftstages der GEW-Hamburg zur Fachgruppe Berufliche Schulen vereint.

Wir laden Euch zu einem

**Fest der Fachgruppe Berufliche Schulen**  
**am 8.10.2014 ab 18:00**  
in das Curio Haus, Raum ABC ein

Es sind alle GEW-KollegenInnen aus den beruflichen Schulen und ehemals Aktive herzlich eingeladen gemeinsam zu feiern! Es gibt **LIVE-Musik** von der Gruppe „**Kosmopolka**“ und auch für das leibliche Wohl ist gesorgt.

**SAVE THE DATE!**

# Seit 30 Jahren Partner

## Schulpartnerschaften Hamburg – León/Nicaragua und GEW-Hamburg – ANDEN/León

Es ist wohl eine der längsten Partnerbeziehungen zwischen Schulen in Hamburg und auf einem anderen Kontinent. Und auch die gewerkschaftliche Kooperation zwischen Lehrerverbänden diesseits und jenseits des Atlantiks sowie die stabile finanzielle Unterstützung der ANDEN/León durch die GEW-Hamburg ist einzigartig. Zusammen mit dem Nicaragua-Verein Hamburg, der ebenfalls seit dreißig Jahre existiert, feierten wir am 22. September mit einer Podiumsdiskussion und am 27. September mit einem nicaraguanischen Kulturfest diese Jubiläen. Leider können wir in dieser Ausgabe der HLZ nicht darüber berichten, da der Redaktionsschluss vorher lag. Doch auch in diesem Jahr ist eine Hamburger Delegation mit acht Kolleginnen und Kollegen sowie zwei aktiven Begleitern in León gewesen. Wir wollen in dieser und den nächsten Ausgaben der HLZ darüber berichten.

HORST STÖTERAU

### „Copa Elisabeth“ – ein einzigartiges Fußballturnier

León, Nicaragua. Sonnabend, 2. August 2014

Der Anpfiff war fast pünktlich um 9h15: Das Endspiel im 4<sup>o</sup> Campeonato de fútbol femenino, des 4. Mädchenfußball-Turniers in León.

Seit Ende März waren die Mannschaften aus 10 León Schulen Sonnabend für Sonn-

abend zusammengekommen, hatten trainiert und gekämpft. Ein Ableger der Fußball-WM? Zumindest die Begeisterung auf den Rängen war nicht geringer als in Rio und stieg minütlich – so wie die Temperaturen draußen vor der Sporthalle.

Die Ursprünge dieses in Nicaragua ungewöhnlichen Wettkampfes liegen einige Jahre zurück. Hamburger Sportlehrer\_

innen hatten die Idee dazu mit einer großzügigen Spende über die GEW-Hamburg und ihre Mittelamerika-Gruppe lanciert. Bernarda López, die Koordinatorin der Schulpartnerschaften in León, hatte Schulleiter, Sportlehrer und Schülerinnen zusammen- und auf den Weg gebracht. Das Mädchenfußballturnier wurde ein Riesenerfolg. 2009 hatte eine Hamburger GEW-Delegation dem Finale zugesehen und die Pokale überreicht. Es war das dritte, aber zugleich das letzte seiner Art: das Spendengeld aus Hamburg war aufgebraucht.

Dass es jetzt zu einer Neuaufgabe kam, hat mit einer bewegenden Geschichte zu tun:

Elisabeth Grundmann, Jahrgang 1941, meine Freundin, Expertin für Erwachsenenbildung in Lateinamerika, aber auch aktiv in der Arbeit mit Migrantinnen in Hamburg, hatte in ihrer letzten Lebensphase ein ungewöhnliches Vermächtnis erachtet: „Spuren in die Zukunft“ sollte es heißen.

Einige Wochen vor ihrem Tod hatte sie ihre neun engen Freundinnen darüber informiert und uns sprichwörtlich in die Spur gesetzt. Ihre Ersparnisse sollten – gerecht unter uns aufgeteilt



Spendengelder – glückliche Siegerinnen



– Projekten zugute kommen, die wir in Elisabeths Sinne humanitär, gesellschaftspolitisch, ethisch richtungsweisend erdenken und entwickeln würden. Sie wollte Marksteine setzen! Wir sollten in ihrem Geiste kommunizieren und ihr Engagement in die Zukunft verlängern.

Am Ende möge dann alles dokumentiert werden und hoffentlich andere anstiften.

Elisabeth kannte Nicaragua gut aus den Achtziger Jahren, der Zeit der sandinistischen Umgestaltung nach der Revolution von 1979. Im Jahre 2009 hatte sie noch einmal unsere Hamburger GEW-Gruppe zu den Partnerschulen in León begleitet und auch der Siegerinnen-Mannschaft im letzten Match applaudiert.

Im Januar 2013 starb Elisabeth. Vorher hatte ich ihr noch meine Projektidee vorlegen können:

Mit ihrer Spende wollte ich in León ein weiteres Mädchenfußballturnier anstoßen. Die Sportkleidung und die Spruchbänder für die Wettkämpfe sollte „Massili“ liefern, eine Frauenkooperative aus Managua, die ihre Fabrik in die eigenen Hände genommen hatte und Textilien aus organischer Baumwolle produziert. 2012 hatte unsere Delegation der Kooperative einen Besuch abgestattet und sich neben der Produktionshalle unter alten, schattigen Bäumen von der mutigen und erfolgreichen Aktion berichten lassen.

Zurück zum 2. August 2014. Als wir gegen 9 Uhr die Sporthalle in León betraten, stockte mir der Atem. An den beiden Tribünen hing je ein großes Spruchband, eins mit Elisabeths Porträt und der Inschrift „Elisabeth, tus huellas están aquí“ – (deine Spuren sind hier). „4. Mädchenfußballturnier León 2014. GEW Hamburg – ANDEN León“.

Der Anpfiff war, wie gesagt, fast pünktlich. Alle Spielerinnen trugen die T-Shirts und Shorts



**Koloniale Pracht umgeben von viel Not und Elend**

aus Massili, je nach Mannschaft in unterschiedlichen Farben, aber alle mit dem Logo der Städtepartnerschaft, dem Leóner Löwen im Hamburger Stadttor.

Im Endspiel standen die „equipos“ der beiden (sechsklassigen) Primarias „República de Cuba“ und „Ermita Dolores“. Sie spielten mit vollem Einsatz, auch wenn es nicht mehr zu Fußballschuhen gereicht hatte. Voll im Einsatz war auch der Trainer der letzteren Mannschaft, der seine Mädchen kurz zuvor zum Sieg in einem mittelamerikanischen Turnier geführt hatte und nun in seiner Begeisterung den eigentlichen Schiedsrichter lautstark übertrumpfte.

Es war ein gutes, ein schnelles Spiel. Der Sieg von „Ermita Dolores“ war verdient. Als ich zusammen mit Bernarda López am Ende der „Copa Elisabeth“ den ersten Mannschaften die Pokale überreichen durfte, war Gelegenheit, noch einmal an dieses außergewöhnliche Vermächtnis zu erinnern.

Aber auch der sicht- und hörbare „entusiasmo“ aller an diesem Turnier Beteiligten, der pädagogische und emanzipatorische Wert dieses Projekts verlangen nach einer Fortführung.

Ob jemand in Hamburg eine Idee dazu hat?

BARBARA BRIX



**Partnerschaftlich-Anden-GEW**



# Solidarität ist unsere Kraft

Im Sommer dieses Jahres wurde das 25-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und seiner Partnerstadt León/Nicaragua feierlich begangen.

Auftakt bildete der Besuch des Leoner Oberbürgermeisters im Juni in Hamburg und eine Ausstellung in der Rathausdiele. Im Juli kam es zu einem Gegenbesuch einer Hamburger Delegation, angeführt vom Chef der Senatskanzlei, Staatsrat Wolfgang Schmidt, in León.

25 Jahre zuvor hatten der damalige Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau und sein Leoner Amtskollege Luis Felipe Perez Caldera im Hamburger Rathaus eine Vereinbarung unterzeichnet, in der die Hamburger Seite unter anderem zusagte, „Projekte zu unterstützen, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger von León beitragen“.

León ist mit etwa 200.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Nicaraguas. Sie wurde 1524 von den spanischen Eroberern gegründet, nach einem katastrophalen Ausbruch des Vulkans Momotombo im Jahre 1610 weitgehend zerstört und danach an ihrem heutigen Platz neu errichtet. Im Zentrum der Stadt sind viele koloniale Häuser mit üppigem Grün in ihren weiten Innenhöfen zu bewundern. Zentrum der Stadt ist die prächtige Kathedrale, die zweitgrößte in Mittelamerika. Sie wurde im Jahre 2011 Teil des Weltkulturerbes der UNESCO.

In unmittelbarer Nähe zur Kathedrale findet der Besucher das Hauptgebäude der ältesten und renommiertesten Universität Nicaraguas „Universidad Nacional Autónoma de Nicaragua“ (UNAN). Neben ihr kann sich León weiterer sieben Hochschu-

len rühmen. Aus allen Landesteilen Nicaraguas strömen daher viele junge Leute in die Stadt, um hier zu studieren. León ist dadurch eine ausgesprochen junge Stadt. Im Zentrum wimmelt es von Studentinnen und Studenten, die zu ihren Vorlesungen

---

*Noch heute wählen meist über 80 % der städtischen Bevölkerung bei kommunalen oder nationalen Wahlen die Kandidaten der damals siegreichen sandinistischen Bewegung*

---

eilen oder zwischendurch in den zahlreichen Cafés rasch noch eine Aufgabe an ihren Computern lösen.

León ist auch eine „revolutionäre“ Stadt. Viele ihrer Bewohner sind sehr stolz darauf, dass sich ihre Stadt als erste im

Land, noch vor der Hauptstadt Managua, von der jahrzehntelangen Last der Diktatur durch die Somoza-Familie befreien konnte. Noch heute wählen meist über 80 % der städtischen Bevölkerung bei kommunalen oder nationalen Wahlen die Kandidaten der damals siegreichen sandinistischen Bewegung, deren revolutionärer Elan sich inzwischen aber auf öffentliche Reden an Feiertagen konzentriert.

Und nicht zuletzt: León ist auch eine arme Stadt. Wie in vielen Ländern der Dritten Welt zieht es auch in Nicaragua immer größere Teile der ländlichen Bevölkerung in die Städte auf der Suche nach Arbeit und einem Auskommen für die oft vielköpfige Familie. So bilden sich um den Stadtkern herum immer neue Ansiedlungen, in denen es zunächst an allem fehlt: Unterkunft, fließendes Wasser, elektrischer Strom, Müllabfuhr, Schulen, Kinderbetreuung.

Bei diesen Defiziten der städ-



**Eines der wenigen schönen Zeugnisse der kolonialen Vergangenheit**

tischen Infrastruktur setzen die meisten der Hamburger Projekte an. Mehrere Gruppierungen oder Vereinigungen engagieren sich aus eigenem Antrieb oder auf Einladung des Hamburger Senats und tragen so - entsprechend der Vereinbarung - zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Leoner Bevölkerung bei. Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement sammeln sie Spenden, nehmen Projektanträge entgegen, sortieren sie nach Dringlichkeit und Nutzen. Sie begleiten und organisieren die Projekte, sorgen für deren ordnungsgemäße Abwicklung und prüfen die Abrechnung der eingesetzten Finanzmittel.

Der gemeinnützige Nicaragua Verein Hamburg setzt viele derjenigen Projekte um, die der Hamburger Senat jedes Jahr aus dem städtischen Haushalt finanziert, und realisiert auch eigene Projekte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Etwa ein Dutzend Hamburger Schulen, unterstützt von der Mittelamerika-Gruppe der GEW, unterhält seit vielen Jahren Partnerschaften zu Leoner Schulen, sammelt Geld und Unterrichtsmaterial und schickt es alljährlich über den Atlantik.

Auch der Freundeskreis Leon-Hamburg e.V. ist ein gemeinnütziger Verein und sammelt Spenden „auf dem freien Markt“. Die meisten seiner Mitglieder arbeiten bei der Freien und Hansestadt Hamburg. Der größte Teil seiner Mittel entstammt der „Restcent-Aktion“. Dabei spenden aktive und ehemalige Bedienstete der FHH die Cent-Beträge ihres monatlichen Gehalts. Das Geld wird auf einem Sonderkonto deponiert und dem Freundeskreis durch das Referat Entwicklungspolitik der Hamburger Senatskanzlei zugeleitet. Seit 1993 ist der jeweils amtierende Erste Bürgermeister der FHH Schirmherr der Restcent-Aktion. Derzeit nehmen etwa 25.000 Hamburger Bedienstete an der Aktion teil. Das sind al-

lerdings nur etwa 20% . Dieser Artikel hat selbstverständlich auch den Zweck, diesen Anteil zu erhöhen. Denn da der Spendenanteil unter Pensionär\_innen und Ruhegehaltsempfänger\_innen überdurchschnittlich hoch ist, muss in den nächsten Jahren ein Absinken der Spendeneinnahmen befürchtet werden, wenn nicht Neuspender gewonnen werden.

Beispielhaft sollen drei Projekte, die der Freundeskreis teilweise seit Jahren betreut, näher dargestellt werden:

Der kleine Fluss Río Chiquito durchfließt die Stadt León von Ost nach West. Unwissende oder nachlässige Bewohner haben diesen Fluss seit Jahren verunreinigt. Auch wurden durch defekte Rohrleitungen immer

---

*Da bei der „Restcent-Aktion“ der Anteil unter Pensionär\_innen und Ruhegehaltsempfänger\_innen überdurchschnittlich hoch ist, muss in den nächsten Jahren ein Absinken der Spendeneinnahmen befürchtet werden*

---

wieder Abwässer in den Fluss eingeleitet, so dass das Leben aus dem Río Chiquito langsam aber sicher zu verschwinden drohte. In dieser Situation bat die Leoner Stadtverwaltung um Hilfe aus Hamburg. Der Freundeskreis hat daraufhin die Stadt León bei folgenden Maßnahmen auf vielfältige Weise unterstützt, aber es bleibt noch die schwierige Aufgabe, einigen Gerbereien in Flussnähe am Ausgang der Stadt einen neuen Standort für ihre Werkstätten und Wohnungen einzurichten.

Ein zweites soziales Projekt trägt den Namen „Las Tias“, die Tanten. „Tanten“ wurden

ursprünglich Marktfrauen von Kindern und Jugendlichen aus prekären Familien, die sich in der Nähe des zentralen Marktes herumtrieben, gerufen. Die Marktfrauen richteten zwei Zentren ein, um diese Jugendlichen zu betreuen und sie zu einem geordneten Alltag mit Schulbesuch und Erfüllung von Hausaufgaben anzuhalten. In einem dieser Zentren für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren finanziert der Freundeskreis für etwa 80 Kinder von Montag bis Freitag ein warmes Mittagessen und zusätzlich das Gehalt von zwei Angestellten.

Das dritte Projekt ist ein wahres Langzeitprojekt des Freundeskreises. Schon in der 15. Etappe unterstützt der Freundeskreis die Stadtverwaltung von León bei der Entsorgung von Abwasser und bei Bedarf auch bei der Versorgung mit Trinkwasser durch Anschlüsse in den einzelnen Häusern; dies natürlich vor allem in den neu entstandenen Vierteln an den Rändern der Stadt. Es ist Hilfe zur Selbsthilfe. Denn die Ausschachtungen und die Verlegung der Rohre innerhalb des Hauses müssen die Bewohner in die eigene Hand nehmen. Die vom Freundeskreis finanzierte Gruppe von Fachleuten unter Leitung eines Ingenieurs erledigt die technisch aufwändigeren Arbeiten für den Anschluss an das städtische Netz. In den letzten beiden Jahren lagen die zu versorgenden Stadtviertel so weit vom Zentrum entfernt, dass dezentrale Systeme mit Abwasserbehandlungsanlagen installiert werden mussten. Dies war aber nur in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und der Zentralregierung zu finanzieren.

ALBERT WEBER

Kontakt per Mail: [freundeskreis-leon-hamburg@gmx.de](mailto:freundeskreis-leon-hamburg@gmx.de); per Telefon: 040-25492465

Bankverbindung: IBAN DE 76 200700240410290100 BIC DEUTDE33HAM

# Hermann Saß

## – „vorne SA, hinten SS“ (Teil 1)

Hermann Saß (auch Sass geschrieben) gehört zu den schillernden Personen der Hamburger Schulgeschichte zur NS-Zeit. Wegen „mäßiger Erfolge“ als Lehrer 1924 in den Ruhestand versetzt, trat er bereits 1927 der NSDAP bei und schrieb für den „Völkischen Beobachter“. 1933 wurde er Schulsenator in Altona, danach Stadtrat und später Oberschulrat für das Höhere Schulwesen in Hamburg. An den Altonaer Schulen baute er ein Spitzelsystem in den Kollegien auf. Die Karriere eines Mannes, die mit einem persönlichen Desaster endete.

Foto: Staatsarchiv



**Hermann Saß 1923**

Hermann Saß wurde am 17.5.1891 in Elmshorn geboren. Er besuchte die Oberrealschule in Altona, studierte danach in Freiburg, München und Kiel, unterbrochen durch den Kriegsdienst vom 19.3.1915 bis zum 9.12.1918, in dem er zum Vizefeldwebel befördert wurde.

Am 9.10.1918 promovierte er in Kiel („Die Stellung des Adverbs bei Roger Ascham“) und am 29.7.1920 bestand er die wissenschaftliche Prüfung für das höhere Lehramt mit den Hauptfächern Deutsch und Französisch. Die pädagogische Prüfung absolvierte er am 16.3.1921. Er fand Anstellung als Studienrat am Realgymnasium in Altona. Dort arbeitete er bis zum 30.4.1924. Saß wurde dann nach der Personalabbauverordnung in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

### Unfähigkeit oder politische Maßregelung?

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wurde Hermann Saß am 16.4.1933 in Altona kommissarischer Senator für das Schulwesen und am 21.10.1933 als Stadtrat für die Altonaer Schulen verantwortlich. Am 4.1.1934 schrieb Stadtrat Dr. Hermann Saß an den neuen Oberbürgermeister Daniel und lieferte seine Version seiner Versetzung in den Ruhestand. Er wies darauf hin, dass die „wirklichen Gründe für meine damalige Verabschiedung auf politischem Gebiete gesucht werden“ müssten.

Offiziell war Saß nach einem mit „genügend“ bestandenen Staatsexamen und nach einer Beurteilung durch den Schulleiter Gohde von der Schlee-Reformschule, später Realgymnasium in Altona pensioniert worden. Dieser hatte ihm nur „mäßige Unterrichtserfolge“ bescheinigt.

Darüber hinaus hatte das Provinzialkollegium Schleswig am 8.12.1925 die Pensionierung von Hermann Saß auch damit begründet, dass er „einen bedenklichen Hang zur Bequemlichkeit habe.“

Laut Saß gab es ganz andere Gründe:

„Anfang 1924 rollte unter

dem Eindruck der Ereignisse in München die erste völkische Welle durch Norddeutschland und erzeugte auch hier bei den marxistischen Machthabern eine gewisse Nervosität und Beunruhigung. Zweifellos ist meine völkische Einstellung (Anlage 2) damals dem roten Magistrat der Stadt Altona, in dem zu jener Zeit der sozialdemokratische Oberbürgermeister Brauer (z.Z. in China) und der sozialdemokratische Senator Kirch (z.Z. im Zuchthaus) dominierten, bekannt geworden, und der letztere hat als Schuldezernent und Vorsitzender des Kuratoriums für die höheren Schulen seinen Einfluß dahin geltend gemacht, daß ich dem ‚Abbau‘ verfiel. Zwar war es nach den damals geltenden Bestimmungen des Personalabbaugesetzes unstatthaft, einen Berufsbeamten wegen seiner politischen Überzeugung in den Wartestand zu versetzen (‚abzubauen‘). Doch war man bekanntlich, wenn es galt, einen politisch unangenehmen Beamten zu erledigen, um sogenannte ‚sachliche‘ Gründe nicht sehr verlegen.“

Eine ähnliche Aussage machte auf Veranlassung von Hermann Saß das gleichgeschaltete Hamburger Tageblatt: „Als völkisch gesonnener Lehrer wurde er un-

ter der Aera Kirch frühzeitiges Opfer der damaligen Schulpolitik.“

Schulleiter Gohde hätte in Kollegenkreisen „die seine mangelnde direktoriale und charakterliche Eignung treffende Bezeichnung ‚Der Schuster‘ geführt“. Saß bezeichnet ihn als die „beamtete Kreatur“, welche den höheren Orts erwünschten dienstlichen „Abbaubericht“ lieferte und nennt es „ein starkes Stück“, dass „ausgerechnet dieser Flachmann-Typ und Karikatur eines deutschen Erziehers über meine methodischen und pädagogischen Fähigkeiten den Stab zu brechen wagte.“

Gegen den „Abbau“ von Hermann Saß hätte der Schleswig-Holsteinische Philologenverein protestiert. Saß legt zwei Erklärungen von Paul Dittmer und Erich Grabke bei, die dieses bestätigten.

Dittmer war im Schuljahr 1923/24 Studienassessor an derselben Anstalt gewesen. Er habe mit Saß in derselben Klasse unterrichtet und gemeinsam gegessen. „Besonders am Mittagstisch haben wir uns in einem Kreise von 4 Kollegen des Reform- Realgymnasiums sehr häufig über die politische Lage unterhalten. Im Laufe dieser Unterhaltungen betonte Herr Dr. Saß stets seine unbedingt völkische Einstellung und brachte Gedankengänge in unsere täglichen Gespräche hinein, die den größten Teil des Kollegiums der damaligen Zeit noch völlig fremd waren.“

Und der kommissarische Leiter des Philologenvereins in Altona, Erich Grabke, bestätigt als ehemaliger Referendar der Schlee-Reformschule, dass Schulleiter Gohde bei Schülern und Lehrern den Spitznamen „Uns Schuster“ führte. Beide, Dittmer und Grabke, aktive Nationalsozialisten, wurden später von Saß zu Schulleitern in Altona befördert; Dittmar war zeitweise in Altona auch als Stadtschulrat tätig.

### Politischer Werdegang

Im o.g. Schreiben vom Januar 1934 benennt Hermann Saß seine persönlichen Konsequenzen aus seiner Versetzung in den Ruhestand.

„Es mag noch erwähnt werden, daß, als ich von dem Widerstand Kirch's gegen meine Wiedereinstellung erfuhr, ich keinesfalls meine antimarxistische und antidemokratische Gesinnung verleugnete. Meine Rückkehr in den Schuldienst, die ich unter Preisgabe meiner politischen Überzeugung wohl hätte erkaufen können, wurde damit zur Unmöglichkeit. Ich zog vor, Nationalökonomie zu studieren, wurde Diplomvolkswirt und trat im Jahre 1927 der N.S.D.A.P als Mitglied Nr. 67846 bei.“

Mit seinem frühen Beitritt zur NSDAP, Mitgliedsnummer unter 100.000, reihte sich Saß in die Gruppe der „alten Kämpfer“ ein, die später das goldene Parteibzeichen erhielten. Saß schrieb regelmäßig Artikel für den „Völkischen Beobachter“ und andere NS-Zeitungen. 1930 machte er an der Hamburger Universität die Prüfung als Diplom-Volkswirt. Vom 1.5.1931 bis zum 31.3.1933 war er Ortsgruppenleiter der NSDAP in Barmstedt. Dann begann seine Karriere als Senator und Stadtrat in Altona. Nach dem Groß-Hamburg-Gesetz vom 26.1.1937 wurde

Hermann Saß zum 1.4.1938 als Oberschulrat für das Höhere Schulwesen eingesetzt.

### Saß' Amtsführung

Saßs erster Akt als neuer Senator für die Altonaer Schulen war 1933 die massive Intervention gegen zwei 1930 eingerichtete überkonfessionelle Samschulen. Diese waren von dem Altonaer Schuldezernenten Hermann Leo Köster in schulreformerischer Intention etabliert worden. Saß hatte die Schulleiter und Lehrer beider Schulen zum 29.4.1933 ins Altonaer Rathaus zitiert und die Ausrichtung dieser Schulen als „besonders unerfreulich“ bezeichnet. Die vormalige sozialdemokratische Regierung mit Schulsenator Kirch hätte in Altona „die Schule zur Brutstätte weltfremder und zerstörerischer Theorien gemacht, in einem Geist, der alles andere als deutsch gewesen“ sei. Und den Lehrern, die er als „willige und törichte Helfer“ bezeichnete, rief er zu: „Wer etwa glaubt, fürderhin die ihm anvertraute Jugend zur Ablagerungsstätte veralteter international-marxistischer Gedankengänge machen zu können, hat seinen Beruf als deutscher Lehrer, als deutscher Erzieher verfehlt.“

Hatte Saß sich noch 1934 darüber mit scharfen Worten beklagt und behauptet, als Lehrer



Hermann Saß, 2. von rechts, bei einer Parteiversammlung in Altona

aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt worden zu sein, führte er selbst als verantwortlicher Vorgesetzter ein gnadenloses Regime. Dazu gehörte ein ausgeprägtes System der Bespitzelung und Denunziation.

Sowohl am Christianeum, an der Oberrealschule für Jungen (Hohenzollernring) und der Oberschule für Jungen in Blankenese hatte Hermann Saß nationalsozialistische Lehrer, die aus eigenem Antrieb oder nach Anforderung kleine Dossiers über einzelne andere Kollegen schrieben. Im Fokus von Hermann Saß stand insbesondere Robert Grosse, der seit 1932 Schulleiter des Christianeums gewesen war. Grosse war von Hermann Saß 1934 abgesetzt und als Lehrer an die Oberrealschule für Jungen am Hohenzollernring versetzt worden. Der Lehrer Joachim Carstens lieferte mit anderen Lehrerkollegen kleine denunziatorische Dossiers über angebliche Aussagen von Grosse im Unterricht und im Lehrerzimmer. Am Christianeum bespitzelte der Kunsterzieher Adolf de Bruyker

Kollegium und Schulleitung und belieferte Saß mit geheimen Mitschriften von Lehrerkonferenzen und Dossiers über einzelne Lehrer.

In Blankenese waren es Kurt-Hilmar Eitzen und Horst Kanitz, die Äußerungen des Kollegen Hermann Reimers im Lehrerzimmer und in persönlichen Gesprächen an Saß weitergaben, woraufhin die Gestapo eingeschaltet wurde.

Obwohl der HJ-Organisationsgrad der Schüler des Christianeums 1936 bei 97% lag, gab es gerade dort, wie auch am Johanneum, eine aktive Gruppe der Swing-Jugend, die bespitzelt und verfolgt wurde. Schüler des Christianeum waren es auch, die Saß im Schülerjargon „vorne SA und hinten SS“ nannten. Denn er verlangte von allen Abiturienten, in HJ-Uniform zur Prüfung anzutreten.

Zum 1.4.1938 wurden nach dem Groß-Hamburg-Gesetz Altona wie auch Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek zusammen mit Bergedorf Teil der Einheitsgemeinde Hamburg.

Hermann Saß wurde jetzt als Oberschulrat in die Hamburger Schulverwaltung versetzt, bei Beibehaltung seines Amtssitzes in Altona. Saß, der ideologisch wie kaum ein zweiter Schulaufsichtsbeamter einen erbitterten Kampf gegen alle Anzeichen nichtnationalsozialistischer Aktivitäten führte, versagte als Vorgesetzter und Repräsentant der Schulverwaltung immer deutlicher.

### **Unfähiger Schulaufsichtsbeamter**

Seit Saß die Direktorenkonferenz leitete, mehrten sich seine augenscheinlichen Defizite.

Im Februar 1941 beklagt der Schulleiter der Oberrealschule für Jungen in Altona, Peter Meyer, „das personelle Chaos“ in der Behörde und gibt zu erkennen, dass er „den Saß für einen ausgemachten Wichtigtuer hält“. Und an anderer Stelle macht sich Meyer lustig über Oberschulrat Saß, der im Januar den missliebigen Robert Grosse im Unterricht an der OJ Altona hospitieren will und von Schulleiter Peter Mey-



**Altonas Oberbürgermeister Daniel ( hinter dem Rednerpult) mit Stadträten und Ratsherren am 11.Januar 1937 in Altona. Hermann Saß ist der 4. von rechts vorne**



er mit den Worten angekündigt wird: da „kommt so ein kleiner Schulrat“.

Als Nationalsozialist entschied Saß Einzelfälle von HJ-Funktionären. Der Schulbeauftragte der HJ im Gebiet Hamburg, Gefolgschaftsführer Bahrs, hatte am 19.2.1942 die Schulen aufgefordert, bewährte HJ-Führer, die nicht versetzt worden waren, nachträglich zu versetzen. Hermann Saß folgte dem am 7.10.1942 nach einem politischen Gutachten des Oberstammführers vom Bann 11 in Altona und versetzte einen Schüler der 11. Klasse der Schlee-Schule, der in Deutsch mit „mangelhaft“ und in Französisch mit „ungenügend“ beurteilt worden war.

Eine Beurteilung, die von Senator Dr. Offerdinger am 10.5.1943 unterschrieben wird, offenbart das Drama einer Überforderung und Unfähigkeit des Hermann Saß, der offenbar auch mit Krankheit auf diese Situation reagierte. 1940 erschien er mehrere Monate gar nicht im Amt.

In der dienstlichen Beurteilung heißt es, dass „von einem Arbeitseinsatz oder auch nur interessierter Mitarbeit nicht(s) zu spüren“ sei. Über seinen Einsatz wird vermerkt: „Nimmt in der Regel seine zweimal wöchentliche Sprechstunden wahr (11-12 Uhr)“ und: „Zu den allgemeinen angesetzten Sitzungen erscheint er nur, wenn Benachrichtigung möglich ist.“ Eingereichte Anfragen von Eltern „werden von ihm oft nach Gutdünken oder ganz persönlicher Einstellung“ entschieden.

Und über seine Beurteilungskriterien von Lehrern wird festgestellt: „Bei der Beurteilung der in seinem Schulkreis vorhandenen Lehrkräfte läßt Dr. Saß sich leicht nach der günstigen Seite hin beeinflussen, wenn die betr. Lehrkräfte es verstehen, sich im Unterricht der nationalsozialistischen Ausdrucksweise zu bedienen, ohne aber in ihrer Haltung



**Hermann Saß, 3. von links, 1933 im Senatssaal des Altonaer Rathauses**

und ihrem Charakter auch Nationalsozialisten zu sein“. Welch Offenbarungseid.

Positiv wird vermerkt: „Menschlich und charakterlich ist Dr. Saß durchaus angesehen.“

Im Gesamtresümee wird allerdings festgestellt, dass er kein Interesse an seiner Arbeit und auch kein inneres wissenschaftlich-pädagogisches Interesse habe. „Mitarbeiter sagen, daß nur ein Beamter als Träger des goldenen Parteiabzeichens sich das erlauben könne.“

Am 21.5.1943 bekräftigt Offerdinger noch einmal in einem Schreiben an Bürgermeister Krogmann, dass Saß „für meine Bemühungen ein Hemmnis darstellt“. Er hoffe, dass für Saß ein Arbeitsfeld gefunden werde, „auf dem OSR Dr. Saß seinen Fähigkeiten entsprechend – und die hat er wirklich – für sich und die Allgemeinheit befriedigend eingesetzt werden kann.“

Reichsstatthalter Karl Kaufmann greift die Frage nach einer anderweitigen Verwendung von Hermann Saß am 12.7.1943 auf und bittet um einen endgültigen Vorschlag. Falls es keine geeignete Verwendung in Hamburg gebe, müsse auch eine Abordnung nach außerhalb erwogen werden. Der NSDAP-Kreisleiter von Altona, Priwitt, war selbst offenbar unter Handlungsdruck geraten.

Am 3.9.1943 teilt ein Mitarbeiter von Bürgermeister Carl Vincent Krogmann dem Leiter der Schulverwaltung handschriftlich und *vertraulich* mit: „Kreisleiter Piwitt soll Dr. S. Vorhaltungen gemacht haben, er habe sich nicht genügend eingesetzt. Daraufhin hat Dr. S. sich das Leben nehmen wollen.“ Der Umgang mit unfähigen Inhabern des goldenen Parteiabzeichens ist sensibel, wie schon das Beispiel Heinrich Haselmayer gezeigt hat.

Die Ehefrau von Hermann Saß, die mit ihm nach Barmstedt gezogen war, wo ihr Vater eine Molkerei besaß, schreibt an die Schulverwaltung, dass ihr Mann „schon seit längerer Zeit an nervösen Störungen und Schlaflosigkeit litt und dieser Zustand sich besonders seit den Terrorangriffen in Hamburg erheblich vermehrte“. Saß sei zu einem längeren Aufenthalt in der Nervenklinik und benötige einen längeren Urlaub.

Die Schulverwaltung ersuchte Bürgermeister Krogmann, Saß im Bereich Verwaltung anderweitig unterzubringen.

Am 3. 11.1943 wurde er mit der kommissarischen Leitung des Ortsamtes Altona beauftragt – ein Amt, das er nie antrat.

HANS-PETER DE LORENT

*Fortsetzung folgt*



Gegründet 29. September 1922



**Wenn nicht jetzt? Wann dann?  
Nur 1,00 € pro 1.000 € Versicherungssumme  
inkl. Versicherungssteuer!**

**Hamburger Beamten- Feuer- und Einbruchskasse**  
 Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
 Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes

*Nach über 20 jähriger  
 Beitragsstabilität jetzt sogar eine  
 Beitragssenkung auf 1,00 € (inkl. Vers. Steuer)  
 pro 1.000 € Versicherungssumme*

Highlights aus unserer Hausratversicherung bei unschlagbarem  
 Beitragssatz!

- ✓ Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bis zu 3.000 € Schadenhöhe
- ✓ Aufräumkosten bis 100 % der VS\* nach einem Schadenfall
- ✓ Hotelkosten für bis zu 30 Tage nach einem Schadenfall
- ✓ Fahrraddiebstahl bis 1 % der VS\* (max. 500 €)
- ✓ Überspannungsschäden bis 10 % der VS\*
- ✓ Einbruchdiebstahl aus Kfz bis 2% der VS\* (max. 500 €)
- ✓ Kein Abzug wegen Unterversicherung bei versicherten 700 € pro m<sup>2</sup> Wohnfläche
- ✓ Möglichkeit der Höherversicherung von Fahrrädern bis 3 % der VS\* (max. 1.500 €)

...und vieles, vieles mehr.

Einfach unverbindliches Angebot einholen.

\*(Versicherungssumme)

Hamburger Beamten- Feuer-  
 und Einbruchskasse  
 Sascha Suppe  
 Hermannstrasse 46  
 20095 Hamburg

Telefon: 040-33 60 12  
 Fax: 040-28 05 96 06  
 E-Mail: info@hbfe.de  
 Web: www.hbfe.de

Beispiel:  
 Bei einer Versicherungssumme von 60.000 €  
 zahlen Sie ab 2014 bei uns nur noch 60.00 €  
 (inkl. Vers. Steuer) !

**Kann Ihre Versicherung das auch?**

# Wie das alles passieren konnte

Eine von Kolleg\_innen konzipierte Ausstellung zum 1. Weltkrieg offenbart den Wahn, der in die Katastrophe führte

Ich erinnere mich an ein zugegebenermaßen ungewöhnliches Experiment mit Schülern: Alles junge Männer um die 17 und zu den Bildungsverlierern zählend. Sie sollten zur Musik von Jimmy Hendrix' ‚Stars-Spangled Banner‘, eine verzerrte und damit auf Provokation gestimmte Version der US-amerikanischen Nationalhymne, erstmals gespielt vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges auf dem legendären Woodstockfestival 1969, ihren Gefühlen Ausdruck verleihen. Dazu hatte ich Stellwände mit Papier bespannt und breite Pinsel und grelle Plakafarben besorgt, mit denen sie spontan ihre Gefühle in Form und Farbe umsetzen sollten.

Der Zufall wollte es, dass ich aus der Klasse rausgerufen wurde. Da aber die Aktion schon angelaufen war, wollte ich sie nicht abbrechen. Als ich zehn Minuten später in die Klasse kam, waren nicht nur – wie gedacht – die Stellwände ordentlich mit Farbmustern versehen, sondern auch die Tafel mit Parolen beschmiert, die sowohl derb rassistisch als auch antisemitisch waren. Vor allem aber lagen die Schüler auf und hinter den Tischen und ‚spielten‘ mit Feuereifer Krieg.

Wieder Ruhe reingebracht, versuchte ich vor allem die antisemitischen Parolen zu thematisieren. Es stellte sich heraus, dass sie weder etwas über Juden, deren Verfolgung oder gar über Israel wussten, noch eine solche Person je kennengelernt hatten.

Man weiß das aus vielen Untersuchungen, dass der Antisemitismus in unserer Gesellschaft nach wie vor tief verwurzelt ist, ohne dass die Menschen eigentlich wissen, warum sie so denken. Trotzdem hatte mich diese Reaktion erschüttert.

Im Nachhinein muss ich selbstkritisch feststellen, dass es falsch war, auf diese Weise einen Einstieg in antimilitaristisches Verhalten zu erzeugen. Umso mehr war ich von der jetzt von unserem Kollegen Jürgen Walkstein zusammen mit der vom LI abgestellten Kollegin Uta Percy im Schulmuseum konzipierten Ausstellung zum 1. Weltkrieg angetan. Sie zeigt, wie der Wahn erzeugt wurde, der eine ganze Generation auf die Schlachtbank führte. Und – museumspädagogisch sehr ausgefeilt – gelingt es Uta Percy in einem Rollenspiel, die Besucher\_innen auf die Atmosphäre, wie sie in den Klassenzimmern des Kaiserreichs geherrscht haben wird, einzustimmen. Auf diese Weise wird aus heutiger Sicht deutlich, wie die bekannten irren nationalistischen Parolen verfangen konnten. Disziplin und Ordnung, gepaart mit der ständigen Drohung auch der körperlichen Züchtigung, waren die Voraussetzung, dass jener Untertanengeist sich entwickeln konnte, der die gesamte abendländische Kultur in den Abgrund riss.

Ich habe nach dem Besuch der Ausstellung das Bedürfnis gehabt, etwas über die Motive

der jungen Männer zu schreiben, die in diesen Tagen bereit sind, für ein islamisches Kalifat in den Krieg zu ziehen (s. S. 55). Historische Parallelen sind meistens schief, aber was den Fanatismus betrifft, der die Voraussetzung für wohl nahezu alle kriegerischen Handlungen ist, so halte ich es für legitim, einen Zusammenhang zu diesem aus unserer Sicht irren Verhalten herzustellen. Wenn man die in der Ausstellung vorhandenen Zeugnisse betrachtet, die eine ganze Generation im Namen der Nation und später ergänzt durch Rasse gegen vermeintliche christliche (!) Erzfeinde in den Tod geschickt hat, dann ist dies vom gleichen Unverständnis begleitet wie der heutige Kampf für ein islamisches Kalifat.

Deshalb betone ich an dieser Stelle einmal mehr meine Erkenntnis, dass es vor allem der Aufklärung bedarf, die wohl, gepaart wie in diesem Fall auch mit Rollenspielen, die einzige Chance ist, bei den Heranwachsenden ein Bewusstsein herzustellen, das in der Maxime mündet: Nie wieder Krieg! Die Ausstellung leistet dies überzeugend.

JOACHIM GEFFERS

Anmeldungen unter: Hamburger Schulmuseum, Seilerstrasse 42, 20359 Hamburg, Tel.: 040 - 34 58 55. Sprechzeiten: Mo. - Fr. 8.00 bis 16.30 Uhr. Außerhalb der Sprechzeiten läuft ein Anrufbeantworter. Fax: 040 - 31 79 51 07, E-Mail: schulmuseum@li-hamburg.de

Die Ausstellungsmacher\_innen haben Material zusammengestellt, das angefordert werden kann. Sie bitten darum, das Material vor dem Besuch zu bearbeiten.





# Die Eroberung von

## Kriegserziehung in der Schule

Das deutsche Kriegsministerium forderte von den Schulen, die Jugendlichen in einer vormilitärischen Ausbildung zu „wehrfreudigen, aufrechten Charakteren“ zu erziehen, „die stolz auf ihr deutsches Vaterland“ und bereit sind, „jederzeit mit aller Kraft für seine Ehre einzutreten.“

Dies sollte in erster Linie im Turnunterricht geschehen. Der Wehrerziehung diente auch das Kriegsspiel „Die Eroberung von Marmstorf“....

Zu einer vormilitärischen Ausbildung gehörte auch die Erziehung zu deutschen Patrioten. Diesem Ziel diente u.a. die jährliche Sedanfeier. In Ansprachen, begleitet durch patriotische Lieder, wurde des deutschen Sieges über ein französisches Heer am 1. September 1870 gedacht.

Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wurde von der Regierung der Hass gegen die Kriegsgegner geschürt. So lesen wir in einem Protokoll der Lehrerkonferenz einer Hamburger Schule vom 9.12.1916: „Kinder von Angehörigen feindlicher Staaten sollen abgeschult werden.“



Wehrturnen in der Oberrealschule Eppendorf mit militärischem Drill

### Militärische Vorbereitung der Jugend

Die militärische Vorbereitung betreibt turnerische Übungen aller Art: Turnspiele, Übungen im Laufen, im Überwinden natürlicher Hindernisse, Werfen, Schleudern und Stoßen, Marschübungen, Ausbildung im Sehen und Hören, in Geländekenntnis und -benutzung, Ordnungsübungen usw. Diese Übungen kommen dem jungen Mann unmittelbar für seine Person zugute und bilden ihn mitüber für den Heeresdienst vor.

Hamburgische Schulblatt Nr. 15/1916, S. 75



Carl und seine Freunde spielen Krieg, ca. 1915





# n Marmstorf

## Ein Kriegsspiel



Zu Beginn des Krieges, im Herbst 1913, versammelten sich Schüler der Oberklassen einer Schule in Harburg-Hemmfeld zu einem Kriegsspiel. Es wurden zwei Mannschaften gebildet. Die Mannschaft BLAU sollte das Dorf Marmstorf verteidigen, die Mannschaft ROT sollte es erobern.

### Die Eroberung von Marmstorf (Ein Kriegsspiel)

Am „Sedantag“ (1. September) 1913 versammelten sich Schüler der Oberklassen einer Schule in Harburg-Hemmfeld zu einem Kriegsspiel. Es wurden zwei Mannschaften gebildet. Die Mannschaft BLAU sollte das Dorf Marmstorf verteidigen, die Mannschaft ROT sollte es erobern.

Das Spiel lief nach festen Regeln ab. Die Verteidiger stellten Wachen auf, die beobachten sollten, wann der Gegner ROT sich dem Dorf näherte.

Die Angreifer schickten Kundschafter aus, um die Verteidiger zu täuschen. Mit dem Angriff überraschten die ROTEN die BLAUEN. Als der Wachposten der BLAUEN die Angreifer bemerkte, war es schon zu spät. Die Schlacht war entschieden: ROT eroberte Marmstorf!

Der Lehrer, der diesen Bericht verfasst hat, schreibt am Schluss: „Ich habe nie stolzere Jungen gesehen als die fünfzig, wie sie mit dem Liede 'Setz zusammen die Gewehre' nach dem Sammelplatz im Dorf marschierten.“

nach einem Artikel in der „Jugendzeitung“ (Schulbeilage) Nr. 18 1916



### Gebet während der Schlacht

Vater, ich rufe dich!  
Brüllend umwölkt mich der Dampf der  
Geschütze;  
sprühend umzucken mich rasselnde Blitze.  
Lenker der Schlachten, ich rufe dich.  
Vater du, führe mich!

Vater du, führe mich!  
Führ' mich zum Siege,  
führ' mich zum Tode:  
Herr, ich erkenne deine Gebote;  
Herr, wie du willst, so führe mich!  
Gott, ich erkenne dich!

Gott, ich erkenne dich.  
So im herbstlichen Rauschen der Blätter.  
als im Schlachtendonnerwetter,  
Urquell der Gnade, erkenn' ich dich.  
Vater du, segne mich!

Vater du, segne mich!  
In deine Hand befehl' ich mein Leben;  
Du kannst es nehmen, du hast es gegeben;  
zum Leben, zum Sterben segne mich!  
Vater, ich preise dich!

Vater, ich preise dich!  
's ist ja kein Kampf für die Güter der Erde;  
das Heiligste schützen wir mit dem Schwerte;  
drum, fallend und siegend, preis' ich dich.  
Gott, dir ergeb' ich mich!

Gott, dir ergeb' ich mich!  
Wenn mich die Donner des Todes begrüßen,  
wenn meine Adern geöffnet fließen:  
dir, mein Gott, ergeb' ich mich.  
Vater, ich rufe dich!

Theodor Körner

*Quelle: Deutsches Lesebuch. Sechster Teil.  
Herausgegeben von der Gesellschaft der  
Freunde des vaterländischen Schul- und  
Erziehungswesens. Selbstverlag. Hamburg  
1914, S. 310.*



# Lieber sterben als dauerhaft gedemütigt

Die Ursachen für den Fanatismus der aus Deutschland stammenden Kämpfer für ein islamisches Kalifat liegen auch in unserer Gesellschaft begründet

Die Zahlen sind nicht valide. Man spricht von 400 mit steigender Tendenz – eine Dunkelziffer noch nicht mit berücksichtigt (s. Kasten S. 55). Wie viele Kämpfer es nun wirklich sind, die von Deutschland aus das Heil mittels eines islamischen Kalifats über die Welt bringen wollen, ist somit unklar. Aber dies ist nachrangig gegenüber der Frage, wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass junge Menschen, die wir im guten Glauben an Menschenrechte und Demokratie erziehen wollten, geradewegs in die Barbarei abgeglitten sind.

Wenn ich Bilder und Berichte über diese jungen Männer sehe bzw. lese, habe ich oft das Gefühl: Den kenne ich doch! Jahrelang – genau genommen 20 Jahre lang – habe ich im sozialen Brennpunkt mit diesen Männern, damals Jugendlichen, zusammengearbeitet und ahne, was da passiert sein könnte. Es ist nämlich nicht so unwahrscheinlich, dass dieses von außen als Wahnsinn erscheinende Verhalten das Ergebnis jahrelanger Kränkung, Missachtung und Be-

nachteiligung ist. Insofern sind wir auch mit verantwortlich für das, was da passiert ist.

Und was muss alles passiert sein, wenn jemand sagt: „Lieber sterben als auf Dauer gedemütigt“?! Ich denke, es fing damit an, dass wir die Murats, Mohameds und Aydins alleingelassen

haben, als es darum ging, sich das wichtigste Werkzeug, das zum gleichberechtigten Aufwachsen in unserer Gesellschaft unumgänglich ist, nämlich die deutsche Sprache, anzueignen.

Stattdessen hat man sie auf Sonderschulen, die man euphemistisch auch noch Förderschulen nannte, abgeschoben, auf denen sie mit Kindern anderer benachteiligter Gruppen eine Kultur kennenlernten, die sie von Beginn an, wie auch die anderen, als Verlierer stigmatisierte. Einmal in diesem System angelangt, gibt es kaum ein Entrinnen.

Zu den Sprachdefiziten gesellten sich fortan Defizite in den übrigen Kulturtechniken, da sich das Niveau eher an den oftmals noch schwächeren deutschstämmigen Schüler\_innen orientierte. Eine Spirale, die sich kontinuierlich nach unten bewegte. Am Ende stand und steht nicht selten ein junger Mensch, den Schullehrer als strukturellen Analphabeten bezeichnen.

Um dem Dilemma zu entkommen, versuchte man dann in den letzten Jahren diese jungen Erwachsenen über Praktika an einen



**Anders und doch ähnlich: Vorbereitung der Zöglinge auf die christlichen (Erz-)feinde im 1. Weltkrieg (s. Ausstellung Schulumuseum S. 52)**

Beruf heranzuführen. Es liegt auf der Hand, dass es sich in diesem Fall nur um Professionen handeln kann, in denen ihnen nur sehr einfache Tätigkeiten abverlangt werden. Oft genug steht dann das Ausnutzen der Jugendlichen als billige Arbeitskraft im Vordergrund.

Es ist naiv zu glauben, die Betroffenen bekämen das nicht mit. Sie spüren, dass sie damit auf der untersten Stufe der Gesellschaft abgestellt bleiben. Die Reaktion ist Verweigerung. Die aus der Not heraus entwickelten Konzepte der Berufsvorbereitung entpuppten sich wie alle ähnlichen Modelle dieser Art als Flickschusterei an einem System, das vor allem über sein Schulsystem jeden Tag aufs neu Ungerechtigkeiten produziert.

Und dann gibt es, will man den Berichten glauben, noch den anderen Typus von IS-Kämpfer: der, dem es gelungen ist, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Verfolgt man dessen Biografie weiter, so erfährt man nicht selten von aussichtsloser Suche nach einem angemessenen Ausbildungsplatz. Dies ist

nämlich die nächste Benachteiligung, die auf die migrantischen Jugendlichen wartet. Es ist mittlerweile nur zu bekannt, dass die attraktiven Lehrstellen fast ausschließlich über Vitamin B an deutschstämmige Jugendliche vergeben werden – trotz gleicher Leistungen versteht sich.

Wer über Jahre diese gesellschaftlichen Benachteiligungen spürt, ist anfällig für alle Erlösungsphantastereien. Wenn dies noch legitimiert ist mit einer religiösen Heilsbotschaft gepaart

---

*Es wäre natürlich falsch anzunehmen, man könnte das Phänomen monokausal erklären*

---

mit Großmachtphantasien und Versprechen auf Abenteuer, ist die Melange perfekt. So lassen sich die sich als wahnhaft darstellenden Handlungen vielleicht erklären.

Natürlich geht es nicht darum, dem einzelnen die Verantwortung für sein Handeln abzusprechen, bloß hat dieses Handeln

immer auch seine Ursachen, für die die Gesellschaft mitverantwortlich ist.

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Es wäre natürlich falsch anzunehmen, man könnte das Phänomen monokausal erklären. Dazu müssten die zum Teil kaum auflösbaren Widersprüche, die entstehen, wenn die Moderne auf archaische Strukturen stößt, thematisiert werden. Dies verlangte eine Analyse, die sich auch damit auseinandersetzen müsste, wie kapitalistische Strukturen sich mit einer Lebensweise, die sich ausschließlich auf religiös-fundamentalistische Denkweisen und Verhaltensmuster bezieht, überhaupt verbinden lassen.

Trotzdem: Solange es die beschriebenen Diskriminierungen und unser selektives Schulsystem in Verbindung mit der extremen Segregation in den Ballungszentren gibt, wird diese Gefahr der äußeren Bedrohung, wie wir sie jetzt durch die aus Deutschland stammenden IS-Kämpfer erfahren, wohl kaum nachlassen.

JOACHIM GEFFERS

## Den kenne ich doch?

Die Biografien von 378 ausgewanderten Dschihadisten hat der Verfassungsschutz in einer bislang unveröffentlichten Analyse, die der "Berliner Morgenpost" vorliegt, ausgewertet. Darin wurden Personen erfasst, die Deutschland seit Mitte 2012 etwa Richtung Syrien oder den Irak verlassen haben. Der Analyse liegen Daten der Länderpolizeien und Verfassungsschutzbehörden zugrunde. Aus Hamburg sind mehr als 30 Islamisten laut Verfassungsschutz bislang ins Kriegsgebiet nach Syrien aufgebrochen. Gut die Hälfte davon hat die Grenze überquert. Mindestens fünf wurden bisher getötet.

Von den nun knapp 400 untersuchten Ausgewanderten haben 233 einen deutschen Pass, wobei 92 hiervon mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, etwa die marokkanische, türkische oder syrische. 240 der Ausgewanderten wurden als Muslime geboren. Von 54 Personen ist bekannt, dass sie, meist deutschstämmige, Konvertiten sind. Ein Viertel der untersuchten Personen besuchte unmittelbar vor der Ausreise eine Schule, wie aus der Analyse weiter hervorgeht. 26 Prozent verfügen über einen Schulabschluss. Eine Ausbildung haben sechs Prozent zu Ende gebracht, ein Studium zwei Prozent. 20 Prozent der Personen waren zum Zeitpunkt ihrer Ausreise arbeitslos. Einer Beschäftigung gingen nur zwölf Prozent nach, die meisten als Geringqualifizierte mit einem Job im Niedriglohnssektor.

Eine Affinität zu Gewalt zeigten viele der Ausgewanderten bereits, bevor sie sich der Ideologie des militanten Dschihad zuwandten. 117 von ihnen begingen bereits Straftaten, bevor sie sich radikalisierten, meist waren es Gewalt-, aber auch Eigentums- oder Drogendelikte. Aus: HA 12.9.2014

# Die Bundeswehr hat an den Schulen nichts verloren

In der letzten HLZ antwortete Martin Ostendorf auf einen Artikel von Christian Stacke. Die Auslassungen des Kollegen fordern zum Widerspruch heraus

## 1. Die Legitimität der Bundeswehrwerbung hängt an der Legitimität der Bundeswehr selbst

Martin Ostendorf meint, die Werbung der Bundeswehr in eigener Sache sei legitim, weil ihre Existenz und Aufgabe im Grundgesetz geregelt sei. Nirgendwo im GG ist eine Erlaubnis erteilt, die Bundeswehr außer zur Landesverteidigung einzusetzen. Ausnahmen sind nur möglich, wenn es das Grundgesetz regelt (z.B. 87a Nr.4).

Wenn man unsere Verfassung aus ihrer Entstehung heraus betrachtet, erkennt man die zeitgeschichtliche Gebundenheit ihrer Veränderungen in Sachen Armee. Zu Beginn gab es noch keine Regelung zur Landesverteidigung, also auch keine Armee. Historiker gehen davon aus, dass dieser Umstand bei der Beratung des Parlamentarischen Rates sowohl dem Misstrauen mancher Fraktionen der Alliierten, den alten Nazimilitärs gegenüber als auch der pazifistischen Grundstimmung in Deutschland geschuldet war. Auch außenpolitische Überlegungen in der US-Administration und in Frankreich spielten eine Rolle. Gleichwohl wurden im Zusammenhang des bereits tobenden Kalten Krieges verfassungswidrigerweise – wie so oft (bis heute) und unter Missachtung

des Potsdamer Abkommens - aktive Vorbereitungen auf eine eigene Armee getroffen und eine Wiederbewaffnungsdiskussion von der Adenauer-Regierung angestoßen. Angebote auf eine Demilitarisierung Deutschlands wurden noch nicht mal auf ihre Ernsthaftigkeit hin geprüft. Die pazifistischen Gegenbewegungen gegen die Remilitarisierung wurden diskriminiert, kriminalisiert und auch verraten. (Die SPD stieg aus der Bewegung 1958 aus und stimmte dann am 30. Juni 1960 der Wiederbewaffnung und der NATO-Mitgliedschaft zu.) Führend dabei tätig

Bundeswehr seit mindestens 22 Jahren ihre Existenzberechtigung verloren, weil der vorgebliche Feind abhanden gekommen ist, der das Territorium der Bundesrepublik Deutschland hätte militärisch bedrohen können. Die verfassungswidrige und auch völkerrechtswidrige Beteiligung an Kriegen (z.B. Jugoslawien und Afghanistan) liefert qua Gewohnheit und Bundestagsmehrheitszustimmung keine Legitimation und schon gar keine Legitimität. Und dann: wofür wirbt die Bundeswehr denn im Kern? Wenn man die Sichtweise des Kindes in Hans Christian Andersens bekanntem Märchen einnimmt und das bunte Scheingewand der Bundeswehrwerbung ignoriert, kommt heraus: die Bundeswehr wirbt im Kern für eine Ausbildung zum Tötenlernen, zur Praxis des Tötens, zur Hinnahme des Verlustes des eigenen Lebens, zur Hinnahme sog. Kollateralschäden, zur Hinnahme posttraumatischer Schädigungen fürs restliche Leben. Und das alles ohne Legitimität durch die Verfassung oder das Völkerrecht, erst recht nicht moralisch oder friedenspolitisch und das in Schulen und Kindergärten!



die neugegründete Propagandaabteilung der Armee.

Die Bundeswehrführung und der gesamte militärisch-industrielle Komplex suchte nach 1989 händeringend nach einer neuen Legitimationsgrundlage der Armee, ohne die Verfassung entsprechend verändern zu wollen. Betrachtet man es aus dieser Sicht des Grundgesetzes, hat die

liche Leben. Und das alles ohne Legitimität durch die Verfassung oder das Völkerrecht, erst recht nicht moralisch oder friedenspolitisch und das in Schulen und Kindergärten!

## 2. Die Legitimität der Berufsarmee – oder die Moralität des ‚neuen‘ Imperialismus

Martin Ostendorf ist der Mei-

nung, die Werbung für die Armee sei nicht nur legitim (s.o.), sondern auch notwendig, weil sie eine Berufsarmee sei. Wieso eigentlich? Die Wehrpflicht ist nicht abgeschafft. Sie steht immer noch im Grundgesetz. Sie ist nur ausgesetzt. Aber warum? Wenn der Kollege die entsprechenden Begründungen – auch in den Weißbüchern des Bundesverteidigungs-Ministeriums – studiert hätte, stieße er auf die Begründungszusammenhänge, die Christian Stache in seinem Artikel zutreffend und pointiert als imperialistische Ambitionen charakterisiert hat.

Seitens des Militärisch-Industriellen-Politischen-Komplexes passte man zunächst die Propaganda, dann die Bewaffnung, schließlich die personelle Struktur diesen „Notwendigkeiten“ an: schnell agierende Interventionskräfte zur Durchsetzung – wie drückte es noch Horst Köhler vor seinem Rücktritt so offen aus – deutscher „Interessen, zum Beispiel freie Handelswege“.

Die Kurzbegründung war zwar wahr, aber höchst unvollständig. Es ging und geht - ganz allgemein gesagt – um geostrategische Interessen, die mit Waffengewalt durchgesetzt und verteidigt werden sollen. Das ist der alte Imperialismus in neuem Gewand.

Martin Ostendorf konstatiert zwar, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan „kein Lehrstück eines Auslandseinsatzes der neuen Sorte - zur Durchsetzung der Demokratie und westlicher Werte“ sei. Aber: Legitimiert denn die sog. gute Absicht das ungeeignete Mittel? Demokratie einführen und Durchsetzen sog. westlicher Werte durch Soldaten? Demokratie vorleben mit der Waffe in der Hand? Wer glaubt, es ginge tatsächlich um die von Martin Ostendorf behaupteten Ziele, ist Opfer der plattner Regierungs- und Bundeswehrpropaganda geworden.

Worum geht es wirklich?

Heute werden Völker und Gesellschaften von den stärksten Kapitalisten, die längst multinational agieren, ökonomisch beherrscht. Nur in Ausnahmefällen wird vor Ort auch militärisch direkt interveniert, vorbereitet durch entsprechende Propaganda (Achse des Bösen) oder schlichte Lügen (Massenvernichtungsmittel des Irak), wozu dann Konzerne oder Regierungen auch auf entsprechend erfahrene Werbeagenturen zurückgreifen oder ihre Lobbyist\_innen in Marsch setzen.

Und weil es auch heute noch moralischer Begründungen bedarf, um eine halbwegs gesellschaftliche Zustimmung zu Bundeswehreinsetzungen zu gewinnen, werden solche Einsätze mit humanitären Gründen gerechtfertigt. Joschka Fischer bemühte sogar Auschwitz für die Beteiligung der Bundeswehr am Jugoslawienkrieg.

### **3. Der „rechte Rand“ wuchert in die Mitte der Gesellschaft und ist in der Bundeswehr traditionell gut vertreten**

Martin Ostendorf bestreitet schlichtweg die Absicht einer Remilitarisierung und wenn es solche Ambitionen geben sollte, dann allenfalls „am rechten Rand“. Welch eine Fehleinschätzung – oder Unkenntnis.

Unter Militarisierung kann man nicht nur die Priorisierung der Bewaffnung der Bundeswehr zu einer schnell agierenden Interventionsarmee verstehen, es geht vor allem um gesellschaftliche Akzeptanz dieser neuen Rolle. Dazu muss die Bundeswehr in möglichst vielen gesellschaftlichen Feldern akzeptiert und positiv wahrgenommen werden. Und – das Militär muss als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele akzeptiert werden.

Gegen Ende seines Textes schreibt Martin Ostendorf: „Wenn wir über Militarisierung reden, sollten wir uns einmal

die politische (oder militärische?) Kultur (Sic!, HR) unserer Nachbarländer anschauen. Dort ist die Armee ins patriotische Selbstverständnis eingraviert, die für uns wie von einem anderen Planeten wirkt – obwohl wir diese Tradition noch vor 70 Jahren hatten.“ (Das war 1942! HR). Ist das eine Forderung?

Die Bemühungen der Bundeswehr, solcherart Traditionspflege zu betreiben, sind Martin Ostendorf offensichtlich nicht bekanntgeworden, gleichwohl durchziehen sie die Diskussion dieses Aspektes der Bundeswehr von Anfang an und korrespondieren mit Aussagen aus der sog. Mitte der Gesellschaft.

### **4. Eine andere Friedens- und Außenpolitik ist eine langfristige politische Aufgabe. Fangen wir in den Bildungseinrichtungen damit an**

Auch wenn Martin Ostendorf uns mit seinem Artikel eine Normalität der Werbung der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen und gegenüber Minderjährigen außerhalb der Schule andienend möchte – Friedenserziehung sieht anders aus. Die Bundeswehr hat keinen Bildungsauftrag. Die einzige zukunftsfähige Option, ein Leben ohne Waffen und Armee, ohne Rüstungsindustrie, ist nicht naiv, sondern zukunftsfähig und lebenserhaltend, hier und anderswo.

Die GEW hat auf allen Ebenen mit ihren Beschlüssen den Anfang gemacht. Es kommt jedoch darauf an, diese Beschlüsse praktisch umzusetzen. Die Gruppe „Bildung ohne Bundeswehr“, bei der die GEW auch mitmacht, ist aktiv. Methoden und Alternativen zur zivilen Konfliktlösung sind seit langem dokumentiert und erprobt.

HARTMUT RING,  
GEW-Ausschuss für  
Friedenserziehung

# Soldat am Lehrerpult? – Nein Danke!

Eine klare Absage an die Entsendung von so genannten Jugendoffizieren der Bundeswehr in die Schulen charakterisierte eine Tagung im Hamburger Schulmuseum

Der Ort der Tagung „Soldat am Lehrerpult“ des LI in Kooperation mit der Evangelischen Akademie der Nordkirche konnte nicht besser gewählt werden: das HHer Schulmuseum.

Wer sich in den Pausen oder vor Beginn der Tagung genauer umsah, konnte erkennen, dass das Motto der Tagung in der Hamburger Vergangenheit bereits realisiert worden war, mit bekannten fatalen Folgen. Die Einstimmung der Jugend auf vorrangig militärische Lösung politischer Konflikte hat also eine unglückselige Tradition.

Die anwesenden Jugendoffizier\_innen und deren Ausbilder focht das aber nicht an.

Im politischen Kontext, welcher von führenden Politiker\_innen, allen voran Feldprediger Gauck, repräsentiert wird, dass Deutschland sich mehr an solcherart ‚Lösungskonzepten‘ beteiligen soll, scheinen Jugendoffizier\_innen und Karriereberater\_innen Aufwind zu spüren.

Das gesellschaftliche Klima ist aber noch immer mehrheitlich gegen kriegerische Beteiligung. Daher der hohe zweistellige Werbeetat für die Anwerbung junger (auch noch minderjähriger) Kinder und Jugendlicher für die Ausbildung zum Töten und – je nach Sichtweise – zum Morden, alles zivil getarnt (vgl. Bundeswehrwerbung sowohl in den Printmedien, die in der Schulen massenhaft ausliegen oder dem bundeswehreigenen Youtube-Kanal).

Zwar blieben die Stimmen gegen die Anwesenheit von Jugendoffizier\_innen in der Minderheit, waren aber deutlich zu hören, sogar aus den Reihen der LI-Moderator\_innen wagte sich eine Kollegin mit kritischen Fragen hervor.

Von keinem der Gegner\_innen des Unterrichts durch Jugendoffizier\_innen wurde zum Beispiel die Existenz der Bundeswehr in Frage gestellt, auch nicht von

---

*Im politischen Kontext, welcher von führenden Politiker\_innen, allen voran Feldprediger Gauck, repräsentiert wird, dass Deutschland sich mehr an solcherart ‚Lösungskonzepten‘ beteiligen soll, scheinen Jugendoffizier\_innen und Karriereberater\_innen Aufwind zu spüren*

---

den eingeladenen Vertreter\_innen der Geschwister-Scholl-Gesamtschule (Solingen), die die Bundeswehr auf Beschluss der Schulkonferenz nicht in der Schule haben möchte. Trotzdem war die klare Absage an die Bundeswehr in der Schule erfrischend und eindeutig. Ganz im Gegensatz zur namensgleichen Schule im Westen Hamburgs, in der die Schulleitung unter Missachtung des Schulnamens bestrebt ist, Kontakt zur Bundes-

wehr zu bekommen.

Auch der einsame Rufer in der Wüste gegen die Bundeswehr an Schulen, ein Rufer aus der universitären Politischen Didaktik, Prof. Dirk Lange, Didaktik der politischen Bildung, Leibniz-Universität Hannover, stellte die Bundeswehr als solche nicht in Frage. Er konstatierte ein ums andere Mal – ohne dass die andere Seite darauf einging –, dass die Bundeswehr und ihre Jugendoffiziere nicht nur keinen Bildungsauftrag für die Schule hätten, sondern dass darüber hinaus ihre Tätigkeit im Klassenzimmer gegen die allgemein anerkannten Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses (Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schüler\_innenorientierung) massiv verstießen.

Auch die politische Mini‘ausbildung‘ der Offizier\_innen spreche dagegen, zudem seien sie Partei und hätten den Auftrag, den Standpunkt der Bundesregierung bzw. des Verteidigungsministeriums zu vertreten. Genau das könne aber nicht Sinn des Politikunterrichts sein und würde die freie Meinungsbildung der Schüler\_innen verhindern.

Die im Anschluss an die Eröffnungsreferate stattfindenden „Workshops“ waren keine. Weder waren sie arbeitende Gruppen, noch waren sie ergebnisorientiert. So gab es am Ende auch nichts, was die Gruppen hätten vorstellen können: wo nicht ‚gearbeitet‘ wird, kann auch nichts präsentiert werden.



Interessante Erkenntnisse, ja sogar Anregungen für einen Friedensunterricht wurden aber doch möglich: so wurde durch das Referat des Ausbildungsverantwortlichen der Jugendoffizier\_innen Christian Dienst von der bundeswehreigenen „Akademie für Information und Kommunikation“ in Straußberg, deutlich, dass die Anwärtler\_innen gecastet werden: sie sollen jugendlich, aufgeschlossen und sympathisch wirken und aussehen, in ihrer Kommunikation mit Jugendlichen offen und kritisch herüberkommen. Wo das noch nicht ganz klappt, erfolgt eine entsprechende Schulung. Und tatsächlich: unterhält man sich mit ihnen – und sie suchten (wie wahrscheinlich vorher auch geplant) das direkte Gespräch –, so gewinnt man einen positiven Eindruck: alles nette junge, aufgeschlossene und durchaus kritische Menschen, die allerdings keinen Millimeter von ihrem Job-Auftrag abweichen – siehe oben. Den Wenigsten dürfte die Bezeichnung der Kaderschmiede für die Werbung der Bundeswehr bei Kids und jungen Heranwachsenden in Straußberg verdächtig vorkommen. Zu entlarvend erschien wohl der Name der Institution, aus der sie hervorgegangen ist, wobei der Auftrag sich nicht geändert hat: Akademie für Psychologische Verteidigung (Waldbröl), die wiederum mit dem „Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr“ kooperiert. Dies wiederum ist entstanden aus dem „Zentrum für Operative Information“, welches wiederum ein Kind der „Psychologischen Kampfführung“ ist.

Erkenntnisse lieferte die Tagung auch über den Grad der Zustimmung mancher Schulleitung, in diesem Fall des stellv. Schulleiters des Gymnasiums Bornbrook, der in aller Breite – und sichtlich begeistert – seine Schüler\_innen regelmäßig mit zur Bundeswehr nimmt und



Foto: Hartmut Ring

**Von keinem der Gegner\_innen des Unterrichts durch Jugendoffizier\_innen wurde die Existenz der Bundeswehr in Frage gestellt**

„hautnah“ „erlebnispädagogisch gestützt“ Wehrerziehung betreibt. Unterkunft und Verpflegung gratis. Aber als Reservist und CDU-Mitglied hat man damit vielleicht keine Probleme. Prof. Lange würde diesem Kollegen vermutlich die Qualifikation des Politiklehrers absprechen.

Interessant wurde es in der „Arbeitsgruppe 3, in der das Bundeswehr-Planspiel „Pol&Is“ (Politik und internationale Sicherheit) und das alternative Spiel „CivilPowker“ ([www.civilpowker](http://www.civilpowker)) in ihren grundsätzlich verschiedenen Ansätzen vorgestellt und analysiert wurden. Ersteres, das wurde nochmals von denjenigen betont, die das Spiel kennen und es schon einmal durchgespielt haben, lenkt die Schüler\_innen auf die militärische Lösung von Konflikten hin, gesteuert durch den Jugendoffizier oder die -offizierin. Letzteres stellt zivile Konfliktszenarien und -möglichkeiten in den Vordergrund.

Das Abschlusspodium in Form eines Talks gähnte vor Langeweile, obwohl sich der Moderator wie ein schlechter Klon von Günter Jauch gerierte und selbstverliebt seine „kritischen“ Fragen in die Runde warf. Es ergab sich keine neue Perspektive, letzt-

lich wurden alle Standpunkte der Eingangsrunde noch einmal wiederholt, Nachfragen aus dem Publikum – waren nicht vorgeesehen.

Es stellte sich zum Schluss die Frage, wen eine solche Veranstaltung erreichen wollte und warum. Die Frage, ob Soldaten ans Lehrerpult (das Bild aus dem vorletzten Jahrhundert war unfreiwillig eine Karikatur des heutigen Lehrer\_innendaseins) sollen oder nicht, ist in der Realität längst beantwortet: die einen wollen Jugendlichen die Bundeswehr als normale Arbeitgeberin und Spezialistin für Fragen der „Sicherheit“ ausgeben, die anderen halten sich fern von ihr, weil sie ihren Bildungsauftrag ernst nehmen. Die Behauptung, Jugendoffizier\_innen würden gar nicht in der Schule unterrichten, sondern nur informieren, die Lehrer\_innen leiteten während eines solchen Besuches den Unterricht, ist unwahr. Die Bundeswehr hat im Unterricht nichts zu suchen, das hat sich in der GEW seit längerem als Erkenntnis durchgesetzt, bundesweit – zu Recht.

HARTMUT RING,  
Ausschuss für Friedenserziehung



VERANSTALTUNG

# Für eine Wissenschaft und Kultur des Friedens

24.-26.10.: Bundesweiter Zivilklauselkongress in Hamburg

Zivilklauseln sind Selbstverpflichtungen von wissenschaftlichen Einrichtungen, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, zu lehren und zu arbeiten. Die ersten Zivilklauseln wurden von den Alliierten nach der Befreiung vom Faschismus für politisch brisante Einrichtungen eingeführt. An der TU Berlin galt ein Verbot rüstungsrelevanter Forschung und Lehre als Konsequenz aus der Beteiligung der TH Charlottenburg an Nazi-Verbrechen und im Zusammenhang mit dem Vier-Mächte-Status der Stadt. Am Forschungszentrum in Karlsruhe wurde eine Zivilklausel im Jahr 1956 eingeführt, um die Entwicklung von Kernwaffen zu verhindern, bei gleichzeitiger ziviler Reaktorforschung.

Seitdem kämpfen Studienendenbewegung, Gewerkschaften und Friedensbewegung für die Verwirklichung ziviler Wissenschaft sowie die weitere Einführung von Zivilklauseln an Hochschulen und in Hochschulgesetzen. Mittlerweile treten rund 30 Initiativen für die Einführung von Zivilklauseln ein, haben sich in der Bundesrepublik 20 Hochschulen einer friedlichen Entwicklung der Gesellschaft verpflichtet. Alleine in den letzten vier Jahren konnten auf Grund der Kämpfe der Zivilklauselbewegung bereits an 16 Hochschulen solche Regelungen in Leitbilder, Grundordnungen oder Satzungen neu aufgenom-

men werden (vgl. [www.zivilklausel.de](http://www.zivilklausel.de)).

Die Hochschulmitglieder verleihen damit der breiten Kriegsablehnung und großen Friedenssehnsucht in der Bevölkerung spezifisch Geltung. In der von der GEW unterstützten Unterschriftensammlung „Lernen für den Frieden – Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen“ ist gut gefasst, worum es geht: „Bildung und Wissenschaft müssen dazu beitragen, die Ursachen von Krieg, Möglichkeiten ziviler Konfliktlösung und die Voraussetzungen für Frieden zu ergründen. Alle Menschen können sich kooperativ mit den drängenden Problemen der Gesellschaft befassen und für Völkerverständigung und eine menschenwürdige Welt wirken. Angesichts kriegerischer Konflikte weltweit ist das dringend erforderlich.“ (siehe [www.lernenfuerendenfrieden.de](http://www.lernenfuerendenfrieden.de)) Studierenden-, Gewerkschafts- und Friedensbewegung haben es also selbst in der Hand, gemeinsam für eine demokratische und friedliche Entwicklung einzutreten. Das hätte auch Wirkung auf den Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen und die zunehmende Abhängigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen von privaten Geldgebern, insbesondere aus dem Bereich der Rüstungsindustrie und des Militärs, die auf die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik ausgerichtet

sind.

Der diesjährige Zivilklausel-Zukunftskongress lädt ein zur gemeinsamen Verständigung für eine zivile, friedensschaffende Wissenschaft als relevantem Faktor gesellschaftlicher Aufklärung und Veränderung, um die Geschichte wieder gemeinsam in die Hände zu nehmen. Es geht also darum, aus der Geschichte für heute zu lernen, den emanzipatorischen Charakter der jeweiligen Wissenschaften in Gegnerschaft zur Zurichtung für Profit und Krieg zu ergründen und eine neue Qualität gemeinsamer Offensivität und Organisierung zu entwickeln.

Die Teilnahme am Kongress ist kostenlos. Um die Organisation zu erleichtern, wird um frühzeitige Anmeldung unter [kongress@ak-friedenswissenschaft.de](mailto:kongress@ak-friedenswissenschaft.de) gebeten. Wer die Möglichkeit hat, Kongressteilnehmer von außerhalb privat in Hamburg unterzubringen, möge bitte ebenso über die Emailadresse Kontakt aufnehmen.

Der Kongress findet vom 24. bis 26. Oktober an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) statt. Tagungsorte sind am Freitag und Sonntag die Aula am Berliner Tor 21, 20099 Hamburg und am Samstag das Gebäude des Department Soziale Arbeit in der Alexanderstraße 1, 20099 Hamburg.

JOCHEN RASCH

# ...und wir wachsen weiter

Viele Kolleg\_innen sehen in der GEW auch als Ruheständler\_innen eine Perspektive dafür, sich zu engagieren

Mit der Entwicklung der Mitgliederzahlen unserer großen „Betriebsgruppe“ (BG) können wir zufrieden sein. Die BG ist in den letzten Jahren kräftig auf nun über 1600 Mitglieder gewachsen. Sicher ist dies vor allem auf demographische Gründe und die Tatsache zurückzuführen, dass die GEW (... und auch die anderen DGB-Gewerkschaften) in den 70igern besonders erfolgreich agierte: Viele (HR-) Lehrer\_innen wurden besser eingruppiert und zahlreiche neue Stellen geschaffen, nicht nur in den Gesamtschulen. Es war damals fast „normal“, in die GEW einzutreten.

In unserer Generation ist es auch der Regelfall, mit dem Eintritt in die Rente / den Ruhestand in „seiner GEWerkchaft“ zu verbleiben. Wir tun dies nicht nur aus Gründen der Solidarität gegenüber den aktiv beschäftigten Pädagog\_innen in den Dienststellen. Wir wissen zugleich, dass die Durchsetzungsfähigkeit der GEWerkchaften vor allem auch von der Anzahl der (aktiven und zahlenden) Mitglieder abhängt und die Ergebnisse der (z.B. Lohn-) Verhandlungen in der Folge auf die Renten und Pensionen Einfluss haben. Außerdem haben wir eigene Interessen, die wir in und mit der GEW durchsetzen wollen.

In diesem Sinne war und ist es für uns klar, dass wir nicht selbstzufrieden auf die positive Entwicklung der Mitgliederzahlen schauen. Wir wollen „mehr“



**Eins unserer Betätigungsfelder – das Hamburger Schulmuseum. Hier: Jürgen Walkstein (rechts: Uta Percy) bei der Ausstellungseröffnung am 16.9. zum 1. Weltkrieg im Gespräch mit anderen Engagierten. (s. S. 51ff)**

... und dafür in der nächsten Zeit einiges im Rahmen unserer Kräfte tun. Das gilt nicht nur für die Inhalte und Ausgestaltung der monatlichen „Vorstandssitzungen“ der BGR<sup>1</sup>, an der alle interessierten Mitglieder der BGR teilnehmen, mit diskutieren und weitgehend mitentscheiden können. Wir wollen aktiv mit dazu beitragen, dass die älteren Kolleg\_innen vermehrt Angebote und Informationen erhalten, die für den Übergang in den Ruhestand bzw. für „die Zeit danach“ hilfreich sein können (z.B. bei Fragen zum Beihilferecht) und zeigen, dass wir eine lebendige GEWerkchaft sind, die auch für uns ältere Mitglieder Themen, Veranstaltungen und Ansprechpartner\_innen zu bieten hat.

<sup>1</sup> Die aktuellen Termine der Sitzungen, Einladungen und Protokolle sind immer in der HLZ und auf der Homepage der GEW, Seite der Ruheständler\_innen, zu finden.

Dazu haben wir verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, um in der nächsten Zeit unterschiedliche Veranstaltungsangebote zu realisieren. Beispielsweise hat sich aus den sehr spannenden Diskussionen und einem Vortrag zum Thema „Kriegskinder“ (bei dem wir Älteren zunächst an die eigenen Erfahrungen um den 2. WK herum denken) die Idee

ergeben, eine weitere Veranstaltung zu planen, die bewusst den Horizont erweitert, indem sie auch die zahlreichen Kinder und Erwachsenen in den Blick nimmt, die aus (Bürger-)Kriegsgebieten (oftmals traumatisiert) zu uns/in die Schulen gekommen sind und insoweit direkt für alle aktiven Pädagog\_innen eine besondere Herausforderung darstellen.

Mittelfristig (2016) planen wir, erstmals einen „Hamburger Seniorentag der GEW-HH“. Kurzfristig aber stehen die Vorbereitungen zur „Ehrenfeier“<sup>2</sup> am 5. November und zur jährlichen Mitgliederversammlung am 12. November 2014 um 15 Uhr im Curiohaus an.

HOLGER RADTKE

<sup>2</sup> Jährliche Veranstaltung der GEW-HH, zu der die Mitglieder eingeladen werden, die entweder auf eine 50jährige Mitgliedschaft zurückblicken können oder das 80. Lebensjahr erreicht haben.

**AK FINANZ**  
Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
20099 Hamburg  
Tel: (0421) 78180-25  
info@AK-Finanz.de  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Beamtdarlehen / Akademikerdarlehen**  
**4,50% effektiver Jahreszins\***  
Laufzeit 7 Jahre

Umschuldung: Raten bis 50% senken  
Beamtdarlehen ab 10.000 € - 120.000 €  
Baufinanzierungen günstig bis 120%

**\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**  
Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest) ab 4,50% (effektiv 4,75% inkl. Ref.)  
Raten ab 655 €  
Bausparvertrag 4,50%  
Bruttobeitrag 46.620 €  
Sicherheit: Kein Grundschuldbeitrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc.  
Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.  
**0800 - 1000 500**  
Free Call  
Wer vergleicht, kommt zu uns,  
**seit über 35 Jahren.**



# Bildungsclub Hamburg \*



## „Soziale Spaltung und Bildungserfolg“

Prof. Jutta Allmendinger  
(Präsidentin des Wissenschaftszentrum Berlin)  
spricht über ihr Buch:  
Schulaufgaben –  
Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden

**Mittwoch, 29. Oktober 2014 um 15.00 Uhr**  
Curiohaus (Rückgebäude Raum A)  
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg

\*Wir sind ein parteiunabhängiger, übergreifender Kreis bildungsgeminderter und interessierter Menschen in Hamburg, die bessere Bildungschancen für alle Hamburger Schüler\_innen wollen und regelmäßig zusammenkommen, um über die Probleme und Chancen an Hamburgs Schulen zu diskutieren und Vorschläge zu machen, wie Schulen allen Schüler\_innen bestmögliche Chancen bieten können. Wichtig ist uns, in einer repressionsfreien Atmosphäre kontroversen Positionen Raum zu geben und in einer vertrauensvollen Debatte darauf einzugehen. Alle, die daran ebenfalls interessiert sind, laden wir zur Mitarbeit ein. Darüber hinaus führen wir bei Bedarf Veranstaltungen mit Expert\_innen zu den genannten Gebieten durch.  
Kontakt: Sigrid Strauß/Klaus Bullan: sigridk.strauss@web.de

## Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Welche Schritte muss ich unternehmen, um eine Kur- oder Reha-Maßnahme bewilligt zu bekommen?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Am 07.10., 18.11., 09.12 bietet die GEW in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, Raum 9 (Mitgliederverwaltung), eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer\_innen als auch an Beamt\_innen.  
Offene Sprechstunde (ohne Terminvereinbarung) jeweils von 15 bis 17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle.

GERHARD BRAUER





# Das HLZ-Rätzel

## Unsterbliche Legenden

Diesmal würdigen wir vier Persönlichkeiten, die innerhalb von vier Wochen nacheinander starben: ein Journalist und Querdenker, der noch vor Kurzem die Ukrainepolitik von EU und USA geißelte; ein Russlandexperte und Professor, der in einem Bestseller seine Wandlung vom begeisterten Kommunisten zum Kritiker der Sowjetunion beschrieben hatte; ein erfolgreicher Unternehmer, der konsequent seine antikapitalistische Haltung pflegte sowie ein früherer Bergmann, der zur jahrzehntelangen TV-Legende wurde.



**Welche dieser Legenden war lange Zeit gewerkschaftlich organisiert?**

Legenden ja, aber Gewerkschafter?

Einsendungen bitte mit Postanschrift bis zum 28.10.2014 an die hlz, am besten an [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de). Als Gewinn winkt – passend zur kühleren Jahreszeit – das beliebte, extragroße hlz-Saunatuch in Rot oder Blau. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



## Des letzten Rätsels Lösung...

... ist der *Hasselbrack* in den Harburger Bergen. Mit 116 m ist er die höchste natürliche Erhebung Hamburgs. Das wusste auch unsere Gewinnerin Lore Ruckdeschel. Sie erhält den neuen Wanderführer *Outdoor Hamburg* mit 18 Routen in und um Hamburg. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Die HLZ auf dem Gipfel Hamburgs



# Aus der Zensuranstalt...

So was hatte ich mir auch nicht vorgestellt: dass wir als Redaktion eine Diskussion führen würden über das, was wir unseren Autor\_innen aus politischen Gründen gestrichen hatten. Zumal es sich nicht um Nichtmitglieder handelte, über deren Zuschriften wir uns ja i.d.R. auch freuen, bei denen wir allerdings auch schon mal, wenn sie ganz und gar nicht mit unseren Vorstellungen übereingehen oder in Beschimpfungen ausarten, Passagen streichen. In diesem Fall ging es aber um einen Beitrag

von den GEW-Studis. So nennt sich nämlich eine Gruppe von Student\_innen, die an der Uni aktive Arbeit für die GEW leisten und von denen darüber hinaus auch noch einige im Landesvorstand sitzen. Da muss also schon Mächtiges passiert sein, dass wir in deren Texte eingreifen. Aber als politisch nicht nur mächtig polemisch, sondern als falsch hatten wir deren Kommentierung des 1. Mai. (s. hlz 7-8/2014, S. 42) tatsächlich empfunden. Im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Flüchtlingspolitik des Senats, namentlich der Auseinandersetzungen um die Lampedusa-Gruppe, wurde die Politik des Hamburger Senats als rassistisch klassifiziert und der DGB aufgefordert, Olaf Scholz aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Dies erschien uns angesichts der Kompliziertheit der Flüchtlingsfrage in der Tat überzogen und die Forderung nach Ausschluss erinnerte uns an das unsägliche Kapitel der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, mit deren Hilfe unliebsame Gewerkschafter\_innen Anfang der 1970-er Jahre ausgeschlossen wurden. Zudem ist bei uns der Begriff ‚rassistisch‘

angesichts der Deutschen Geschichte auf besondere Weise konnotiert.

Nach einem regen Mailverkehr hatten wir uns auf einen Termin nach den Ferien geeinigt, um über die Sache zu reden. Wer nun wie ich erwartet hatte, dass die drei Erschienenen klein beigeben würden, so im Sinne: na ja, wir sehen ein, dass wir da über das Ziel hinaus geschossen sind, sah sich enttäuscht.

Mit einer seit langem nicht mehr erlebten Frische versuchten die Drei uns davon zu überzeugen, dass es sehr wohl rassistische Politik ist, wenn man Menschen, die aus äußerster Not sich zu uns durchgeschlagen haben, einfach so abschiebt. Wenn man racial profiling betreibt, also Menschen auf der Straße durchsucht, weil sie sich äußerlich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Wer eine solche Politik betreibt, müsse sich das Attribut ‚rassistisch‘ gefallen lassen.

Und im Übrigen: Man schließe sich, was den alltäglichen Rassismus angehe, mit ein. Jede\_r, der in sich gehe und aufrecht sich selbst gegenüber sei, würde dies wissen.

Was den Ausschluss Olaf Scholz' aus der Gewerkschaft betreffe, so sei man im DGB schon so sehr daran gewöhnt, dass die SPD hier eine Hausmacht ausübe, so, als sei das eigentlich ein gemeinsamer Laden. Auch das bringe viele Leute aus ihrem Umfeld auf die Palme. Gewerkschaften seien doch überparteilich, davon merke man aber gar nichts. Und natürlich sei das mit der Ausschlussforderung auch provokativ gemeint gewesen, aber was solle



**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de), E-Mail: [meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)

**Redaktionsleitung:** Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: [j.geffers@freenet.de](mailto:j.geffers@freenet.de)

**Redaktion:** Stefan Gierlich, Manni Heede, Antje Liening, Michael Kratz, Wolfgang Svensson

**Endredaktion:** Susanne Berg

**Redaktionsassistent:** Max Lill

**Titel:** hlz

**Rückseite:** Hamburg Netzwerk: Stoppt TTIP, Ceta und Tisa

**Anschrift der Redaktion:** Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Satz und Druck:** Compact Media GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: [info@compactmedia.de](mailto:info@compactmedia.de)

**Anzeigen:** Eduard van Diem, Tel. 040-890 629 23, [hlz-anzeigen@gew-hamburg.de](mailto:hlz-anzeigen@gew-hamburg.de)

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

**Red.-Schluss hlz 11/2014:** 29.10.2014

man angesichts derart betonierter Strukturen andere machen, um überhaupt einmal eine Reaktion zu erhalten?! Da nützte Wolfgangs Ausflug in die Geschichte, namentlich die Beschreibung der fatalen RGO-Politik der KPD in der Weimarer Republik, nach der die Sozialdemokraten als der Zwillingbruder der Faschisten klassifiziert wurden, wenig.

Auch meine Einlassung, dass wir uns mit dem Thema Lampedusa an prominenter Stelle in unserer Zeitschrift bereits den Unmut mancher Mitglieder zugezogen hätten, überzeugte ebenso wenig wie das Berichten über Austritte und Austrittsdrohungen wegen dieses Themas. Als vom Anspruch her überparteiliche Einheitsgewerkschaft, so nahm ich den Anwurf auf, müsse man umgekehrt eben auch die abweichenden Meinungen aushalten.

Da hatte ich in gewisser Weise ein Eigentor geschossen. Wer sei denn tonangebend und wer die

Randgruppe, die sich naturgemäß lautstärker zu Wort melden müsse? meldete sich bei mir eine innere Stimme. Ich wurde zunehmend stiller, auch nachdem Michael den Jungen vor allem das Recht auf Widerspruch, ja Rebellion zubilligte.

So standen hehre Prinzipien den konkret zu entscheidenden Fragen gegenüber. Grundsätzlich konnte ich natürlich nur zustimmen. In dem konkreten Konflikt gab es aber keine Annäherung.

Bis heute weiß ich nicht, ob es bei mir der fehlende Mut war, die Stellungnahme ungekürzt abzudrucken oder tatsächlich die Verantwortung gegenüber der Organisation. Was ich weiß, ist, dass ich nicht nur beeindruckt war von dem inhaltlichen Niveau der Diskussion, sondern auch von dem Engagement dieser Jungen. Von politisch abstinenter keine Spur. Das ist mehr als ein Hoffnungsschimmer.

JOACHIM GEFFERS

## GEW TERMINE – OKTOBER 2014

### Referat F

Gruppe Gewerkschaftliche Bildung  
Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv.  
Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze,  
mailto:rolandstolze@gwhmail.de

### Referat D

#### GEW Studies

#### Junge GEW

#### FG Grundschule/Vorschule

#### FG Stadtteilschulen

#### FG Gewerbe und Handel

#### FG Gymnasien

#### FG Kinder- und Jugendhilfe

#### FG Sonderpädagogik

#### FG Hochschule u. Forschung

In der Geschäftsstelle nachfragen  
In der Geschäftsstelle nachfragen  
In der Geschäftsstelle nachfragen  
30.10.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum A  
13.11.2014, 17.00-19.00 Uhr, GBW  
17.11.2014, 19.00-21.00 Uhr, GBW  
12.11.2014, 16.30-18.30 Uhr, GBW  
In der Geschäftsstelle nachfragen  
In der Geschäftsstelle nachfragen  
28.10.2014, 17.00-19.30 Uhr, Raum C  
25.11.2014, 17.00-19.30 Uhr, Raum C  
06.10.2014, 18.00-20.00 Uhr, Raum C  
13.10.2014, 18.00-20.00 Uhr, Raum A  
03.11.2014, 18.00-20.00 Uhr, Raum C  
28.10.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum A  
25.11.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum A  
07.10.2014, 19.30-22.00 Uhr, Raum C  
04.11.2014, 19.30-22.00 Uhr, Raum C  
29.10.2014, 17.30-21.00 Uhr, GBW  
19.11.2014, 17.30-21.00 Uhr, GBW  
06.11.2014, 17.00-18.30 Uhr, Raum C  
In der Geschäftsstelle nachfragen  
29.10.2014, 10.15-13.00 Uhr, Raum A  
05.11.2014, 10.15-13.00 Uhr, Raum A  
In der Geschäftsstelle nachfragen  
06.11.2014, 17.00-18.30 Uhr, GA  
14.10.2014, 16.00-18.00 Uhr, Raum C  
03.11.2014, 18.30-21.00 Uhr,  
Fakultät EPB (PI) von-Melle-Park 8, Raum 215

#### AfGG Gleichstellungs- u. Genderpol.

#### FG Bleiberecht

#### AK Inklusion

#### AG soziale Arbeit an Schulen

#### AK Friedenserziehung

#### BG Ruheständler\_innen

#### Mittelamerikagruppe

#### AG PTF soz.-päd. Personal an Schulen

#### AG Fair Childhood

#### AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien



Über 55 Partner in Schleswig-Holstein und Hamburg!

# Mit „Klasse unterwegs“ die Region entdecken

## Das Schulprojekt der DB Regio AG

- Erlebnisreiches Lernen an interessanten Orten in der Region
- Umweltfreundlich und günstig unterwegs in den Nahverkehrszügen in Schleswig-Holstein
- 50% Ermäßigung mit dem Gruppenfahrchein im Schleswig-Holstein-Tarif
- Ab 6 Personen, Anmeldung 10 Tage im Voraus

Weitere Informationen zu Preisen und Gültigkeit im Internet unter [www.bahn.de/klasse-unterwegs](http://www.bahn.de/klasse-unterwegs)

**Die Bahn macht mobil.**



# Hamburger Lehrer-Feuerkasse

seit 1897



## Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.

Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag möglich.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

E-Mail: [info@h-l-f.de](mailto:info@h-l-f.de)

Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)

Tel. : 040 796 128 25/ Fax : 040 796 128 26 (Georg Plicht)

Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)

[www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de](http://www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de)

*Debeka*

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



## Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche?

– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

anders als andere

**Landesgeschäftsstelle  
Hamburg  
Holzdamm 42  
20099 Hamburg  
Telefon (040) 2482 18 - 0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)**

*Debeka*

**Hamburger Netzwerk STOPPT TTIP, CETA und TiSA ruft auf**

**Neoliberale Freihandelsabkommen stoppen**



**DEMONSTRATION**

**Am europäischen Aktionstag**

**11. Oktober 2014**

**Treffpunkt:** 13.00 Uhr am Gewerkschaftshaus  
(Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg)

**Abschlusskundgebung:** am Gänsemarkt

Für Gemeinwohl und Demokratie statt Konzerninteressen. Keine Abkommen zu Lasten von Beschäftigten, Verbrauchern und Umwelt! Kommen die Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP), Kanada (CETA) und weiteren Ländern (TiSA) befürchten wir (u.a.):

- Weitere Privatisierung von Krankenhäusern, Pflegeheimen, HVV, Wasserversorgung und Energie
- Weniger Lebensmittelsicherheit, z.B. Gentechnik und Hormonfleisch
- Den Abbau von Arbeitnehmer/innenrechten und sozialen Standards
- Weniger sozialen Wohnungsbau
- Datenschutz und Netzneutralität werden eingeschränkt
- Abbau von Kulturförderung und Privatisierung öffentlicher Bildung
- Volksentscheide gelten nicht mehr
- Fracking wird erlaubt

